



ÜBERBLICK

Gemeinsam für Gerechtigkeit

Prinzipien und Positionen zu Gerechtigkeit in der Arbeit
von Brot für die Welt

Impressum

Herausgeber

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin, Germany
Tel +49 30 65211 0
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Autoren

Melanie Bleil,
Katherine Braun, Andreas Dieterich,
Hannah Eger, Joachim Fünfgelt,
Mareike Haase, Eva Hanfstängl,
Ingrid Jacobsen, Caroline Kruckow,
Maren Leifker, Francisco Marí,
Christine Meissler, Sabine Minninger,
Antje Monshausen, Carsta Neuen-
roth, Silke Pfeiffer, Eckhard Röhm,
Klaus Seitz, Luise Steinwachs,
Stig Tanzmann, Bernhard Walter,
Nicola Wiebe, Eike Zaumseil

Redaktion Mareike Bethge,
Johannes Grün, Maike Lukow,
Silke Pfeiffer, Elisabeth Schmidt-
Landenberger, Luise Steinwachs

V.i.S.d.P. Klaus Seitz

Fotos Jörg Böthling (S. 36), Jens
Grossmann (S. 18), Florian Kopp
(S. 7, 25), Christof Krackhardt (S. 22),
Thomas Lohnes (S. 11, 20, 23, 28, 31),
Norbert Neetz (S. 38), Christoph Pü-
schner (S. 27, 47), Uli Reinhardt
(S. 12), skylarkstudio - stock.adobe.com
(S. 41), Flavio Valente (S. 17),
Uta Wagner (S. 35), S. Ziese (S. 33)

Layout Büro Schroeder, Hannover

Druck SpreeDruck, Berlin

Art-Nr. 129 503 050

Spenden

Brot für die Welt
Bank für Kirche und Diakonie
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

August 2019

Mitglied der
actalliance

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Einführung	5
Prinzipien sozialer Gerechtigkeit aus ethischer Perspektive	6
Theologisch-biblische Grundlagen von Gerechtigkeit	8
Frieden und Gerechtigkeit	10
Menschenrechte und Gerechtigkeit	12
Geschlechtergerechtigkeit	14
„Eine gerechte Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit den Leidenden, den Unterdrückten und den Benachteiligten umgeht“	16
Einsatz für Gerechtigkeit	
Klima und Gerechtigkeit	18
Wasser und Gerechtigkeit	20
Saatgut und Gerechtigkeit	22
Ernährung und Gerechtigkeit	24
Gesundheit und Gerechtigkeit	26
Biodiversität und Gerechtigkeit	28
Fischerei und Gerechtigkeit	30
Strukturwandel und Gerechtigkeit	32
Steuern und Gerechtigkeit	34
Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit	36
Städtewachstum und Gerechtigkeit	38
Tourismus und Gerechtigkeit	40
Unternehmen und Gerechtigkeit	43
Welthandel und Gerechtigkeit	44
Migration und Gerechtigkeit	46
Gerechtigkeit für gewaltsam Verschwundene und ihre Angehörigen	48
Kernbotschaften zur 60./61. Aktion von Brot für die Welt	50
Quellen	51

Vorwort

Gerechtigkeit – weltweit! Das zu verwirklichen, ist eines der Hauptanliegen von Brot für die Welt. Gerade in den vergangenen Jahren ist die Kluft zwischen Arm und Reich wieder größer geworden. Die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit in Deutschland und weltweit hat sich in einem besorgniserregenden Tempo weiterentwickelt. Darum ist es so wichtig, dass wir unser Anliegen weiter verfolgen und Partnerorganisationen unterstützen, die für Gerechtigkeit streiten und sich gegen wachsende Ungleichheit engagieren.

Solange Teile der Weltgemeinschaft ihren Lebensstil und ihre Art zu wirtschaften auf die Ausbeutung von Mensch und Umwelt gründen, bleiben globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit eine Utopie. Ungerechtigkeit ist ein Ergebnis der Beziehungen zwischen Menschen, zwischen Gesellschaften und zwischen Ländern und verweist damit direkt auf die strukturellen Ursachen von Armut, Hunger und Klimaschäden. Wenn wir es nicht schaffen, die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit weltweit abzubauen, werden die 17 Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung nicht erreicht werden.

Brot für die Welt setzt sich seit mehr als 60 Jahren für Gerechtigkeit ein. Ganz im Sinne der Agenda 2030 handeln wir gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen sowohl auf der lokalen, der nationalen als auch der internationalen Ebene – weil sie alle miteinander zusammenhängen und nur so eine ausgleichende Ordnung geschaffen werden kann. Die wichtigsten Grundlagen sind dabei die Menschenrechte, die universell und unteilbar gültig sind. Wir streiten dafür, dass diese Rechte in nationales Recht übertragen und auch tatsächlich durchgesetzt werden. Wie Gerechtigkeit genau hergestellt werden kann, muss jeweils im politischen Dialog und in der Auseinandersetzung konkretisiert und gefordert werden. Was genau ist Klimagerechtigkeit und wie müssen gerechte Handelsbeziehungen gestaltet werden? Wann ist Steuergerechtigkeit erreicht und was hat soziale Sicherheit mit Gerechtigkeit zu tun? Gibt es gerechten Tourismus und einen gerechten Frieden? Und wie lassen sich Stadt-Land-Beziehungen gerecht gestalten?

Die vorliegende Publikation zeigt auf, in welchen Bereichen sich Brot für die Welt für Gerechtigkeit engagiert, was wir jeweils darunter verstehen und welche Rolle sie in unserer Arbeit und der unserer Partnerorganisationen spielt. Für unsere politische Lobbyarbeit auf Bundesebene, auf Ebene der Europäischen Union und der Vereinten Nationen ist die Orientierung an einer übergreifenden Idee von Gerechtigkeit handlungsleitend: Umfassende Gerechtigkeit, davon sind wir überzeugt, ist nur dann erfüllt, wenn sie tatsächlich Gerechtigkeit für alle meint. Sie ist dabei mehr als die Beseitigung von extremer Ungleichheit, Armut und Hunger. Internationale Gerechtigkeit setzt eine weltweite gesellschaftliche Transformation voraus, die Solidarität und politische Mitsprache ermöglicht, um den strukturellen Ursachen vieler Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre entgegen zu wirken. In diesem Sinne streiten wir auf politischer Ebene für gesellschaftlichen Wandel hin zu weltweiter Gerechtigkeit.

Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel

Präsidentin Brot für die Welt

Einführung

Von Luise Steinwachs

Die Agenda 2030 ist derzeit eine der wichtigsten Referenzen in der Debatte um die Gestaltung unserer Zukunft. Zwar ist sie streng genommen das Ergebnis von Aushandlungen zwischen Staaten, doch in dem dreijährigen Prozess ihrer Erarbeitung sind gleichzeitig auch viele Aspekte von Wissenschaft und Zivilgesellschaft in das Dokument eingegangen. Die im September 2015 von den UN-Mitgliedsstaaten verabschiedete Agenda kann als ein Versuch verstanden werden, im Angesicht von Klimawandel, Ungerechtigkeit, Armut und Krieg die notwendigen Umgestaltungen hin zu einer global nachhaltigen Entwicklung zu konkretisieren. So heißt das Dokument auch nicht umsonst: „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“.

Sicherlich ist es auch der Handhabbarkeit dieser großen Aufgabe zuzurechnen, dass die Agenda in 17 zumeist sektorale Ziele gegliedert wurde – die Sustainable Development Goals (SDGs). Diese Gliederung hat allerdings auch dazu beigetragen, dass die ohnehin zu fachlichen Silos neigende Entwicklungsdebatte verstärkt wurde, und nun im vierten Jahr der Umsetzung zunehmend Stimmen laut werden, die das stärkere Zusammendenken der einzelnen Entwicklungsziele fordern. Die jüngsten Erkenntnisse des ersten globalen Nachhaltigkeitsberichtes „Global Sustainable Development Report“ führen sehr deutlich vor Augen, wie sich einzelne Ziele gegenseitig unterstützen, jedoch noch häufiger in ihrer Erreichung behindern. Wege und Ansätze der Zielerreichung müssen sich an einem ganzheitlichen Denken orientieren, das sich an Menschenrechten und globaler Gerechtigkeit ausrichtet.

Die Idee von Gerechtigkeit kommt – ohne definiert zu werden – in vielen der einzelnen Ziele und auch im ausführlichen Einstiegstext der Agenda 2030 vor. Es geht um „gerechte und inklusive Gesellschaften“. Die Vision der Agenda ist eine Welt, „in der die Menschenrechte und die Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit, die Gerechtigkeit, die Gleichheit und die Nichtdiskriminierung allgemein geachtet werden“. Von „Umweltgerechtigkeit“ ist die Rede, es wird die „gerechte Aufteilung der Vorteile durch die Nutzung genetischer Ressourcen“ gefordert, natürlich soll „Geschlechtergerechtigkeit“ hergestellt werden, und auch der Zugang zu Trinkwasser und zu Sanitärversorgung soll „gerecht“ gestaltet sein. Sogar ein „gerechtes, multilaterales Handelssystem“ wird gefordert.

Was heißt aber Gerechtigkeit konkret?

Die vielfältige Nutzung des Begriffes in der Agenda 2030 geht mit einer gewissen Unbestimmtheit einher. Dies zeigt sich auch daran, dass im offiziellen deutschen Text der Agenda 2030 die englischen Begriffe „just“, „equitable“ und „fair“ mal mit „gerecht“, mal mit „fair“, mal mit „ausgewogen“ übersetzt werden. Und auch für das englische „justice“ gibt es mehrere Übersetzungsmöglichkeiten: „Justiz“ oder „Gerechtigkeit“, beides kommt im deutschen Text vor. Das ist kein Zufall: Tatsächlich wird unter „Gerechtigkeit“ je nach Kontext und nach fachlicher und politischer Debatte etwas anderes verstanden.

Dies ist auch in der Arbeit von Brot für die Welt nicht anders.

Die Vielfalt der Projekte von Brot für die Welt und die zahlreichen fachlichen und politischen Arbeitsfelder spiegeln die aktuelle Debatte und das Ringen um weltweite Gerechtigkeit wider.

Gleichzeitig sind die Kernbotschaften zur 60. und 61. Aktion von Brot für die Welt die Basis unserer Arbeit:

1. Eine Welt frei von Hunger und Armut ist möglich,
2. Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben,
3. Der Schutz der Menschenrechte ist Voraussetzung für eine gerechte Welt.

In der vorliegenden Publikation geht es darum, die Diskussionen um Gerechtigkeit aufzuzeigen, zu bereichern – sei es in den Bereichen Klima, Fischerei, Handel, Migration, Geschlechtergerechtigkeit, Biodiversität oder Tourismus – und diese nutzbar zu machen für die fachliche Auseinandersetzung, für die internationale Partnerarbeit, für die Diskussion in Öffentlichkeit und Kirchengemeinde und für die politische Lobbyarbeit.

Gemeinsam für Gerechtigkeit – die Transformation unserer Welt ist möglich!

Prinzipien sozialer Gerechtigkeit aus ethischer Perspektive

Die Empörung über Ungerechtigkeit, die andere erleiden, ist ein wichtiger Beweggrund unseres Handelns. Das Ringen um Gerechtigkeit, um gerechte gesellschaftliche Verhältnisse weltweit war von Anfang an das Kernanliegen von Brot für die Welt. Unter dem Titel „Den Armen Gerechtigkeit“ wurde es programmatisch in die erste Grundsatzerklärung aufgenommen. Aber wie können wir beurteilen, wie gerecht oder ungerecht eine Gesellschaft ist? Sozialethische Argumente zeigen, dass diese Frage vor allem mit der Situation der Menschen beantwortet werden kann, die benachteiligt sind und in Armut leben.

Von Klaus Seitz

Auf ersten Blick betrachtet könnte man annehmen, dass die soziale Gerechtigkeit einer Gesellschaft umso größer ist, je gleicher ihre Mitglieder an Einkommen und ökonomischen Ressourcen ausgestattet sind. Doch auch eine Gesellschaft, die vollständige sozio-ökonomische Gleichheit anstrebt, wird nicht automatisch als sozial gerecht gelten können. Umgekehrt muss auch soziale Ungleichheit nicht zwangsläufig ungerecht sein. Denn die Vielfalt der Lebensentwürfe, die sich Menschen erschaffen, und die sich auch in einem unterschiedlichen Niveau des erstrebten materiellen Wohlstands äußern kann, ist Ausdruck menschlicher Freiheit. Sie ist Ausdruck der von uns so geschätzten Pluralität und Diversität – sofern dergleichen Unterschiede tatsächlich Ergebnis einer freiwilligen Wahl und nicht Folge struktureller Zwänge oder natürlicher Begrenzungen sind. Wann ist soziale Ungleichheit ungerecht? Sie ist dann nicht mehr zu rechtfertigen, wenn sie die Freiheit beschneidet, unterschiedliche Lebensstile zu verwirklichen. Der indische Ökonom und Philosoph Amartya Sen beschreibt dies als „Ungleichheit der Verwirklichungschancen“.

Auch wenn Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht gleichzusetzen sind, besteht doch ein fundamentaler Zusammenhang zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit. Dies kommt in der einflussreichsten Theorie sozialer Gerechtigkeit der Gegenwart, der Gerechtigkeitstheorie des US-amerikanischen Philosophen John Rawls, deutlich zum Ausdruck. Rawls erläuterte soziale Gerechtigkeit mit zwei Gerechtigkeitsgrundsätzen: Der erste benennt die allgemeine Gleichheit an Grundrechten. Der zweite beschreibt die eng gefassten Konditionen, unter denen sozio-ökonomische Ungleichheit aus ethischer Sicht zulässig ist.

Der erste Grundsatz, der Gleichheits- beziehungsweise Freiheitsgrundsatz, besagt, dass jede Person ein gleiches Recht auf das umfassende System gleicher Grundfreiheiten hat, das mit demselben System von Freiheit für alle vereinbar ist. Der zweite Grundsatz beschreibt soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten als zulässig, soweit diese den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen (Differenzprinzip) und mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die allen gemäß fairer Chancengleichheit offenstehen (Chancengleichheitsprinzip) (Rawls 1979, S. 81 ff.).

Dahinter steht somit eine Gerechtigkeitsvorstellung, die Rawls folgendermaßen charakterisiert: „Alle sozialen Werte – Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung – sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht. Ungerechtigkeit besteht demnach einfach in Ungleichheiten, die nicht jedem Nutzen bringen“ (Rawls 1979, S. 83).

Ungleichheit ist also nur dann der Gleichheit vorzuziehen, wenn alle davon profitieren – vor allem aber die Schlechtestgestellten. Die Lebenssituation der Benachteiligten wird zum zentralen Gesichtspunkt für die Beurteilung, wie gerecht oder ungerecht die Verteilung von Wohlstand, Macht und anderen sozialen Werten in einer Gesellschaft ist.

Mit dem Prinzip „Leave no one behind“ hat die Orientierung an der Situation der Schlechtestgestellten Eingang in die Agenda 2030 und die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung gefunden. In der Agenda 2030 verpflichten sich die Staaten, „auf dieser großen gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen. Im Bewusstsein der grundlegenden Bedeutung der Würde des Menschen ist es unser Wunsch, dass alle Ziele und Zielvorgaben für alle Nationen und Völker und für alle Teile der Gesellschaft erfüllt werden, und wir werden uns bemühen, diejenigen zuerst zu erreichen, die am weitesten zurückliegen“ (United Nations Agenda 2030, paragraph 4 of the Agenda’s Declaration).

Die Parteinahme für diejenigen, „die am weitesten zurückliegen“, ist fundamental in der christlichen Ethik verwurzelt. Die Bibel richtet den Blick auf die Schwächsten der Gesellschaft. In diesem Sinne hat auch die Entwicklungsdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD, 1973), die über Jahrzehnte für die protestantische kirchliche Entwicklungsarbeit leitend war, diesen sozialetischen Ausgangspunkt klar formuliert: „Für den Kirchlichen Entwicklungsdienst ist eine

Grundentscheidung gefallen: Er hat sich der Menschen anzunehmen, die an den Rand ihrer Gesellschaft gedrängt werden und denen niemand hilft. Um ihretwillen arbeitet er mit an der Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse“ (Rat der EKD 1973, S. 19). Ausgehend von der Befreiungstheologie Lateinamerikas wird diese Parteinahme für die Schlechtestgestellten über die konfessionellen Grenzen hinweg als „vorrangige Option für die Armen“ charakterisiert. EKD und Katholische Bischofskonferenz erklärten diese Option, die vorrangige Zuwendung zu den Armen, Schwachen und Benachteiligten, in der gemeinsamen Denkschrift „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ zum „verpflichtenden Kriterium des Handelns“ (Rat der EKD und Deutsche Bischofskonferenz 1997, S. 45).

Das Gleichheitsprinzip ist auch im weltgesellschaftlichen Rahmen gültig

Gerecht kann eine Gesellschaft nur insoweit sein, als sie vor denen bestehen kann, die in ihr am schlechtesten gestellt sind. Dieser unbestechliche Maßstab sozialer Gerechtigkeit gilt im nationalen wie auch im internationalen Rahmen. Rawls wollte seine Gerechtigkeitstheorie zunächst auf nationale Gesellschaften beschränkt wissen. Doch angesichts der Globalisierung gesellschaftlicher Handlungsräume gehen heute viele Vertreterinnen und Vertreter der politischen Philosophie davon aus, dass nicht nur das Gleichheitsprinzip, sondern ebenso das Differenzprinzip auch im weltgesellschaftlichen Rahmen Gültigkeit hat. Soziale Gerechtigkeit muss, da die Menschheit zu einer Kooperations- wie zu einer Risikogemeinschaft geworden ist, auch im Weltmaßstab ausbuchstabiert werden, wie dies – in der Nachfolge von Rawls – Philosophen wie Charles Beitz oder Thomas Pogge ausgeführt haben.

Nach Auffassung von Pogge sind angesichts dramatischer Armut Ungleichheiten immer und überall ungerechtfertigt, wenn Transfers ohne große Opportunitätskosten das Leiden der am wenigsten Begünstigten lindern könnten. Pogge führt hierzu folgendes Beispiel an: Die reichsten fünf Prozent der Welt haben zwischen 1988 und 2008 einen weiteren Einkommenszuwachs erzielt, der 2,9 Prozent des weltweiten Haushaltseinkommens entspricht, und damit in etwa dem gesamten Einkommen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung im Jahr 2008. Wäre dieser Zuwachs an die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung gegangen, wäre allein schon dadurch die extreme Armut überwunden – ohne dass die



Im argentinischen Chaco, einem der artenreichsten Lebensräume der Erde, machen skrupellose Vertreter des Agrobusiness den indigenen Völkern ihr Land streitig. Mit Zäunen und großen Toren markieren Großgrundbesitzer ihr Revier.

Wohlhabendsten eine unzumutbare Einbuße hätten hinnehmen müssen (vgl. Pogge 2015).

Soziale Gerechtigkeit setzt nicht nur voraus, dass alle Menschen dieselben Rechte haben – wie dies auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ausgewiesen ist – sondern dass sie auch die Chance haben, ihre Rechte und ihre Freiheiten zu verwirklichen. Dafür wiederum ist es erforderlich, dass alle ausreichend am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und an den politischen Entscheidungsprozessen teilhaben können. Auf der internationalen Ebene beinhaltet das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit die Verpflichtung der Staaten, ihre Kooperationsbeziehungen so zu regeln, dass sie allen daran Beteiligten zugutekommen, insbesondere aber den Benachteiligten. Und das schließt dann auch die Verpflichtung ein, intolerable sozio-ökonomische Ungleichheit in und zwischen den Staaten zu überwinden.

Theologisch-biblische Grundlagen von Gerechtigkeit

Der Gedanke der Gerechtigkeit prägt bereits das alttestamentliche Rechtsverständnis stark. Arme Menschen, Witwen, Waisen und Fremde zum Beispiel sollen besonders gestärkt werden. Wenn die Bedürfnisse aller erfüllt werden, ist die soziale Ordnung gerecht. Durch diese Gerechtigkeit wird Gottes Reich im Neuen Testament charakterisiert. Christinnen und Christen wissen sich zum Leben aus Gottes Gerechtigkeit gerufen. Gott schafft Gerechtigkeit sowie eine gerechte Ordnung und es ist sein Wille, dass alle Menschen daran teilhaben.

Von Eckhard Röhm

„Er wird den Erdkreis richten mit Gerechtigkeit und die Völker regieren, wie es recht ist“ (Psalm 9,9). Mit diesem Psalmwort ist vieles von dem umrissen, was Gerechtigkeit im Alten und Neuen Testament bedeutet. Recht beschreibt eine Ordnung, die Menschen

hilft, in einer Gemeinschaft gedeihlich miteinander auszukommen. Und gerecht ist diese Ordnung, wenn die Bedürfnisse aller erfüllt werden, insbesondere die der Schwachen.

Gerechtigkeit ist vor allem ein Beziehungsbegriff: Menschen leben miteinander nach Prinzipien der Gerechtigkeit. Nach alt- und neutestamentlichem Verständnis ist aber Gerechtigkeit nicht einfach da oder von einer Gemeinschaft ausgehandelt, sondern sie ist ein Geschenk Gottes (siehe 1. Mose 15,6, Psalm 50,6, Psalm 71,19 und andere). In Gott hat sie ihren Ursprung. Die Thora, Gottes Weisung, ist Geschenk Gottes und nicht Werk des Menschen. Sie dient dem Menschen, damit begleitet er die Menschen. Gerechtigkeit zu wirken, gehört geradezu zum Wesen Gottes. Gott macht diejenigen gerecht, die an ihn glauben (zum Beispiel Galater 2,16). Und dass Menschen glauben und mit Gott verbunden sind, das wird sichtbar an ihrem gerechten Handeln (zum Beispiel Matthäus 25,31-16).



Nach alt- und neutestamentlichem Verständnis ist Gerechtigkeit nicht einfach da oder von einer Gemeinschaft ausgehandelt, sondern sie ist ein Geschenk Gottes.

Wie aber kann Gerechtigkeit in einem Gemeinwesen so Gestalt gewinnen, dass die Bedürfnisse aller Beteiligten tatsächlich erfüllt werden? In der griechischen Antike warfen die sogenannten Sophisten die Frage auf, ob es statt eines allgemeinen Strebens der Menschen nach Gerechtigkeit nicht eher ein solches nach Macht gäbe. Plato überlegte weiterführend, dass Ausübung von Macht ein Mittel sein könne, Gerechtigkeit überhaupt zu schaffen. Auf das Wie der Machtausübung müsse daher viel Augenmerk gelegt, ja, die Macht der Ausübenden müsse eingehend geschult werden, damit wahrhaftige Gerechtigkeit entstehen könne. Aristoteles dagegen fokussierte darauf, wie die Verteilung von Gütern, Lasten und Pflichten zwischen Menschen so gestaltet werden könne, dass sie dem Gemeinwesen und dem guten Miteinander diene. Auch Thomas von Aquin konzentrierte sich vor allem auf diesen sozialen Aspekt.

An ihn knüpfen letztlich die Dimensionen sozialer Gerechtigkeit an, wie wir sie heute verstehen: Die Gemeinwohlgerechtigkeit regelt durch Gesetze die Beziehungen zwischen Einzelnen und der Gesamtheit; die Vertragsgerechtigkeit bestimmt das Miteinander von Gruppen und Einzelpersonen innerhalb einer Gesellschaft; die Verteilungsgerechtigkeit formuliert, welche Lasten und Verpflichtungen Einzelne übernehmen müssen und welche Hilfe sie umgekehrt von der Gemeinschaft einfordern können.

Unterbegriffe dieser Verteilungsgerechtigkeit beschreiben, wie die Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden (Bedürfnisgerechtigkeit), wie alle möglichst gleiche Chancen erhalten (Chancengerechtigkeit) und wie sie im Rahmen dessen, was sie vermögen, Leistungen erbringen können (Leistungsgerechtigkeit).

Wie aber kann es gelingen, dass Menschen sich nicht nur für ihre Einzelinteressen einsetzen, sondern tatsächlich für umfassende Gerechtigkeit für alle Menschen?

Alle Menschen müssen Zugang zu den Ressourcen der Welt haben

Der Philosoph John Rawls (1921-2002) sagte, dazu müssten eigentlich alle Menschen in einen Urzustand zurückkehren, in dem sie noch gar nicht wissen, wer sie einmal sein, was sie einmal können und was sie einmal besitzen werden (Schleier des Nichtwissens). Dann verfolgten sie keine Eigeninteressen und könnten Gerechtigkeit so gestalten, dass jedem Menschen gedient ist im Rahmen dessen, was er oder sie kann und braucht. Zudem müssen

Menschen über Einkommen und Vermögen, über Freiheit und Bildungschancen verfügen, damit sie in einen fairen Austausch miteinander treten können.

Nach dem indischen Philosophen Amartya Sen kommt es in einer globalen Welt darauf an, dass Menschen aller Erdteile Zugang zu den Ressourcen der Welt haben, diese „in Lebenschancen transformieren können“ und niemand davon ausgeschlossen ist. Das heißt, dass sich die Bemühungen auf diejenigen richten müssen, die sich aus irgendeinem Grund diesen Zugang und damit auch den Zugang zu Gerechtigkeit nicht selber schaffen können.

Dieser Gedanke prägt bereits stark das alttestamentliche Rechtsverständnis. Die Rechte strukturell benachteiligter Menschen wie Witwen, Waisen und Fremde sollen besonders gestärkt werden (beispielsweise 3. Mose 19,33, 5. Mose 10,18). Menschen, die hochverschuldet sind, dürfen unter dieser Schuldenlast nicht ewig ächzen, sondern müssen in regelmäßigen Abständen entschuldet werden (3. Mose 25,10).

Damit stehen wir in der Tradition des Volkes Israels und an diesem Punkt in auch ganz ähnlicher Weise in einer Gemeinschaft mit dem Islam: Er begreift die Gerechtigkeit als eines der Grundprinzipien des Lebens der Gläubigen. Nach Sure 2,82 sollen Menschen Gerechtigkeit üben gegenüber Eltern und Verwandten, aber auch gegenüber Witwen, Waisen und armen Menschen. In einer der fünf Säulen des Islam, der Pflicht zur Gabe von Almosen, findet dies seinen deutlichsten Ausdruck.

Das Gesetz Gottes, das diese Ordnung schützt, ist für den frommen Menschen etwas Wunderschönes, etwas, über das er Tag und Nacht sinniert; es ist sozusagen sein Lebensinhalt (Psalm 1,2). Im Neuen Testament wird Gottes Reich geradezu durch diese Gerechtigkeit charakterisiert (Matthäus 6,33). So wissen wir uns als Christinnen und Christen zum Leben aus Gottes Gerechtigkeit gerufen. Gott schafft Gerechtigkeit, eine gerechte Ordnung, und es ist Gottes Wille, dass alle Menschen daran teilhaben (siehe zum Beispiel 1. Timotheus 2,4).

Frieden und Gerechtigkeit

Wer den Frieden fördern und bewahren will, muss für Gerechtigkeit sorgen und die sozialen Spannungen ausgleichen. Denn ungleiche Verteilung oder Zugangschancen bedrohen ihn ständig – in einzelnen Ländern und weltweit. Friedensarbeit bedeutet daher immer auch, sich in gesellschaftliche, politische und ökonomische Machtverhältnisse einzumischen, die vielfach Ursachen für Gewalt und/oder Kriege sind. Gewaltfreiheit und -prävention sind dabei Herausforderung und Grundlage des Handelns.

Von Andreas Dieterich und Caroline Kruckow

Im biblischen Zeugnis sind Gerechtigkeit und Frieden nicht voneinander zu trennen: „Die Frucht der Gerechtigkeit wird Frieden sein und der Ertrag der Gerechtigkeit Ruhe und Sicherheit auf ewig“, verheißt der Prophet Jesaja (Jesaja 32,17). Die Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft in Genf stellte im Jahr 1966 fest, dass Gerechtigkeit und Frieden nicht nur „Aufgaben für die jeweiligen nationalen Gesellschaften [sind], sondern auch für das Verhältnis zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern“. Damit ist ein Bereich gemeinsamer Verantwortung beschrieben: „Gerechtigkeit und Frieden in einer interdependenten Welt“ wurde seit der Weltkirchenkonferenz 1968 zum Leitthema kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit. Schon in der Entwicklungsdenkschrift der EKD von 1973 heißt es: „Da wir heute die Lage der Menschen in der ganzen Welt kennen und auch über die Mittel verfügen, gibt es keine Entschuldigung mehr. Es ist eine Welt, und die ungeheuren Ungleichheiten zwischen den Menschen verschiedener Nationen und verschiedener Kontinente sind so unentschuldigbar wie die großen Unterschiede innerhalb von Nationen.“

Dabei wurde der Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit konkret formuliert: „Dieser Einsatz für Gerechtigkeit in der ganzen Welt ist zugleich ein wirkungsvoller Beitrag zum Frieden. Denn im umfassenden Sinn der biblischen Verkündigung wie auch der politischen Wirklichkeit bedeutet Friede mehr als das Ruhem der Waffen oder auch das ständig bedrohte Gleichgewicht hoch gerüsteter Mächte. Ungerechte Verhältnisse im innenpolitischen wie im weltpolitischen Bereich stellen eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Die Friedensbemühungen der Menschen müssen daher die Suche nach mehr Gerechtigkeit und den Ausgleich der sozialen Spannungen durch weltweite Entwicklungsprogramme miteinschließen. Entwicklungsverantwortung, Eintreten

für Gerechtigkeit und dauerhaften Frieden sind infolgedessen unmittelbar miteinander verknüpft.“

Mit der scheinbaren Auflösung des Ost-West-Konfliktes und nach den Anschlägen vom 11. September 2001 entstanden neue globale Herausforderungen an die Friedens- und Sicherheitspolitik, denen sich auch die Kirchen stellen mussten. Die EKD stieß dazu einen Diskussionsprozess an, der 2007 in der Friedensdenkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ mündete. In der Einleitung heißt es: „Friede ist keine Selbstverständlichkeit. Ihn zu wahren, zu fördern und zu erneuern, ist eine immerwährende Aufgabe“. Die Denkschrift von 2007 hebt die Notwendigkeit der Prävention, den Vorrang der Gewaltfreiheit und die Bedeutung des zivilen Friedensdienstes und der Entwicklungsdienste hervor, um einen nachhaltigen Frieden zu fördern, zu bewahren oder wiederherzustellen. Außerdem entwickelte sie die Leitidee des „gerechten Friedens“. Gerechtigkeit wird hier als „Kategorie einer sozialen Praxis der Solidarität“ verstanden, „die sich vorrangig den Schwachen und Benachteiligten zuwendet und sich im Gebot der Nächsten- und Feindesliebe erfüllt“. Frieden wird als gesellschaftlicher Prozess gesehen, in dem Gewalt ab- und (politische und soziale) Gerechtigkeit zunimmt.

Konflikte offenlegen und konstruktiv überwinden

Dies ist auch für Brot für die Welt handlungsleitend. Die kirchliche Entwicklungsarbeit berücksichtigt den engen Zusammenhang zwischen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Unser Leitwert vom gerechten Frieden orientiert sich am ganzheitlichen Ansatz, den die internationale ökumenische Bewegung und der Weltkirchenrat in den vergangenen Dekaden formuliert haben („Friede in der Gemeinschaft, Friede mit der Erde, Friede in der Wirtschaft, Friede zwischen den Völkern“). Gerechtigkeit ist in diesem Verständnis eng mit Verteilungsgerechtigkeit und Zugangschancen verknüpft, bedeutet aber auch, dass es keine Gewalt und Unterdrückung gibt.

Das Grundanliegen von Brot für die Welt ist es, Menschen dabei zu unterstützen, ihr Leben aus eigener Kraft zu verbessern, selbst zu bestimmen und würdevoll zu gestalten. Beispielhaft dafür, dass Frieden von innen wachsen muss und lokale Gemeinschaften am besten wissen, was Frieden für sie bedeutet und auf welchem Weg Gerechtigkeit herzustellen ist, steht die Arbeit einer Brot für die Welt-Partnerorganisation in der Demokratischen



Politische Arbeit trägt dazu bei, Konflikte offenzulegen, diese konstruktiv zu bearbeiten und Ungerechtigkeiten zu überwinden.

Republik Kongo. Sie setzt sich für die Mitbestimmung der Gemeinden bei der Gewinnung und Nutzung von Rohstoffen wie beispielsweise Coltan ein. Ziel ist es, die negativen und konflikterschürenden Auswirkungen der Rohstoffgewinnung wie Umweltverschmutzung, Korruption oder Kinderarbeit für die lokale Bevölkerung zu mindern und die gewonnenen Ressourcen verstärkt für die eigene Entwicklung zu nutzen.

Aber Friedensarbeit bedeutet auch im Globalen Norden Verantwortung für die Folgen unseres Lebensstils und unserer Politik zu übernehmen. Dafür müssen auch die internationalen Rahmenbedingungen und das Handeln in allen Politikfeldern im Sinne von globaler Gerechtigkeit und Friedensförderung verändert werden. So setzt sich Brot für die Welt gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen in Deutschland, Europa und weltweit für eine ökologische und soziale Wertschöpfungskette ein. Dabei fordern wir von der Bundesregierung, dass sie deutsche Unternehmen gesetzlich verpflichtet, bei ihren Geschäften die Menschenrechte zu achten, über die

ganze Lieferkette hinweg, bis hin zur Coltan-Mine in der Demokratischen Republik Kongo.

Politische Arbeit im Globalen Süden wie auch Lobby- und Advocacyarbeit im Globalen Norden tragen dadurch dazu bei, Konflikte offenzulegen, diese konstruktiv zu bearbeiten und Ungerechtigkeiten als Konfliktursachen zu überwinden. Ganz besonders wichtig ist dabei immer ein geschlechterspezifischer Blick. Männer und Frauen haben in den jeweiligen Gesellschaften verschiedene Zugänge zu Macht und bringen unterschiedliche Potentiale und Einflussmöglichkeiten ein, die entweder friedensfördernd oder konfliktverschärfend wirken können. So verstanden bedeutet Entwicklungsarbeit für Frieden und Gerechtigkeit immer auch, sich in gesellschaftliche, politische und ökonomische Machtverhältnisse einzumischen, die vielfach Ursachen für Gewalt und/oder Krieg sind. Die Arbeit an Konflikten, gewaltfrei und konstruktiv, bildet daher eine zentrale Herausforderung in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, die in der Gerechtigkeitsdebatte nicht fehlen darf.

Menschenrechte und Gerechtigkeit

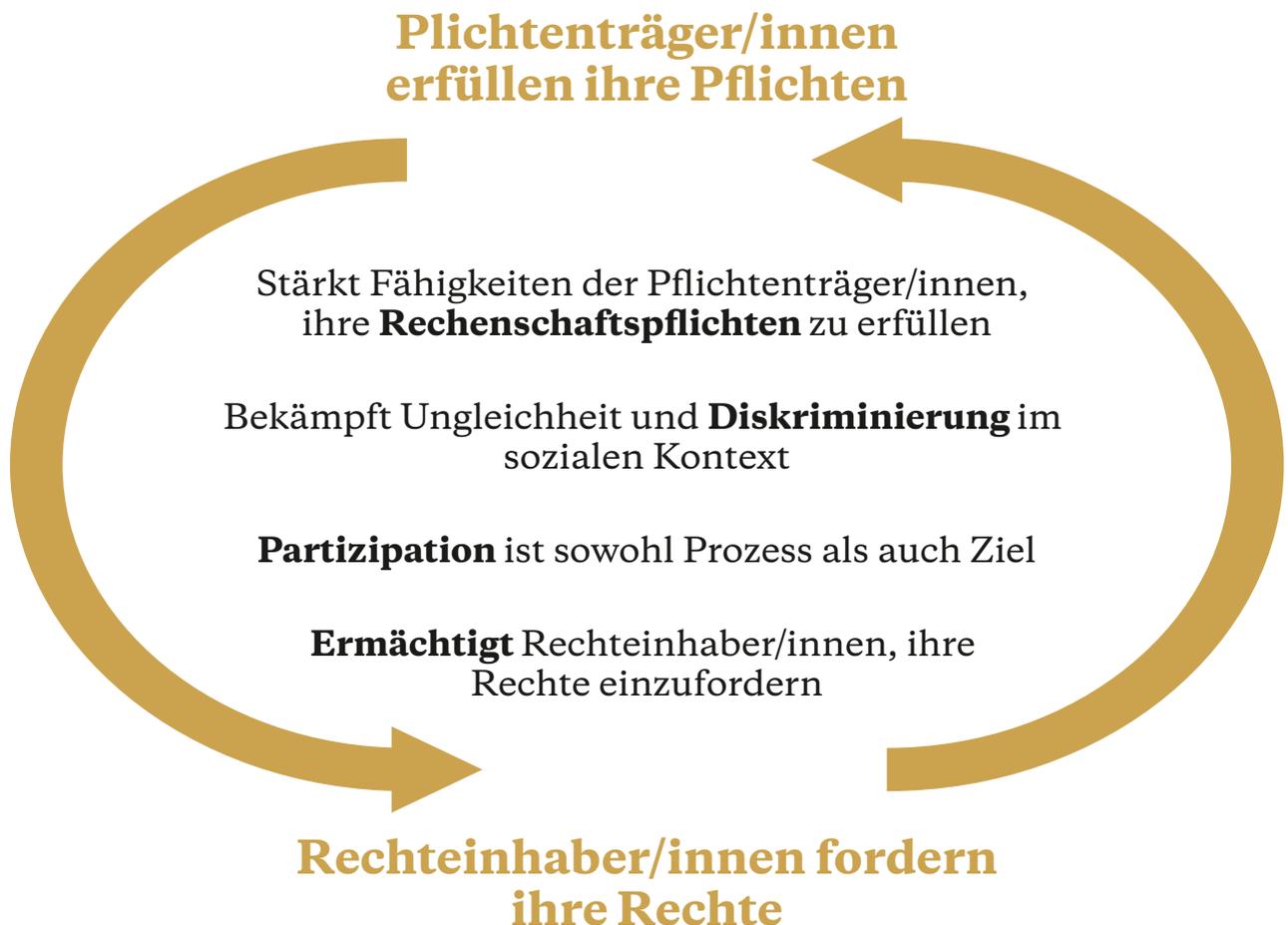
Was haben Gerechtigkeit und Menschenrechte miteinander zu tun? Viel: Der Bezug auf gleiche, grundlegende Rechte ist seit jeher eine zentrale Definitionsgrundlage für Gerechtigkeit. Weltweit sind internationale Menschenrechtsstandards eine entscheidende Referenz, um Gerechtigkeit einzufordern. Umso beunruhigender ist es, dass nationale und internationale Menschenrechtsinstitutionen und -instrumente von Regierungen angefeindet werden und der Bezug auf die Menschenrechte in vielen Politikbereichen alles andere als selbstverständlich ist.

Von Christine Meissler und Silke Pfeiffer

Wenn wir über Gerechtigkeit sprechen, beziehen wir uns meist auf das Prinzip einer ausgleichenden Ordnung innerhalb einer Gemeinschaft. Dies betrifft ganz verschiedene Ebenen. Im Privaten geht es um Gerechtigkeit in der Familie oder Partnerschaft, wenn wir zum Beispiel

die Hausarbeit aufteilen. In der Gesellschaft sprechen wir über Gerechtigkeit beispielsweise in Verbindung mit Bildungs- oder Aufstiegschancen für unterschiedliche Gesellschaftsschichten. Aber auch global haben wir es mit Gerechtigkeitsfragen zu tun, wenn wir zum Beispiel auf die Klimagerechtigkeit blicken: Die Betroffenen des Klimawandels im Pazifik, in Bangladesch oder Mosambik sind nicht diejenigen, die für die Ursachen, unter anderem den CO₂-Ausstoß, verantwortlich sind. Doch sie haben besonders unter den Folgen zu leiden.

Was gerecht ist, wurde und wird von unterschiedlichen Menschen und Gesellschaften unterschiedlich interpretiert. Dies hängt mit Traditionen, Erziehung und Erfahrungen zusammen. Und doch ist der Bezug auf gleiche, grundlegende Rechte für alle Menschen seit jeher ein zentraler Aspekt von Gerechtigkeitsdefinitionen. Menschenrechte wiederum haben universelle Geltung, das heißt, dass sie für alle Menschen weltweit gleichermaßen gelten und nicht relativierbar sind. Menschenrechte sind



Ansprüche, die jedem Menschen zustehen und darauf abzielen, die Würde und Freiheit jedes Individuums zu achten, zu fördern und zu schützen. Sie umfassen bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dimensionen.

Hier ist es wichtig, zwischen einer moralischen Forderung und Recht zu unterscheiden. Die moralische Forderung ist, dass einem Menschen sein Recht zuteil werden soll. Doch erst durch das Recht kann der moralische Anspruch gesetzlich begründet, umgesetzt und wirksam eingefordert werden. Aber auch das geltende Recht kann ungerecht sein, beziehungsweise als solches empfunden werden. Es kommt zum Beispiel vor, dass Gerichtsurteile gesprochen werden, die wir ungerecht finden. Recht und Gerechtigkeit sind nicht das Gleiche. Das beste Beispiel dafür sind Unrechtsregime, in denen das herrschende Recht illegitim sein kann und internationale Menschenrechtstandards verletzt.

Gerade aus diesem Grund ist es so wichtig, dass fundamentale Menschenrechte zwingender Bestandteil des Völkerrechts sind und somit universelle und globale Gültigkeit behalten, auch wenn sich nationale Regierungen darüber hinwegsetzen. Internationale Menschenrechtstandards sind eine entscheidende Referenz, um Gerechtigkeit einzufordern und zu erlangen. Besonders soziale und wirtschaftliche Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung, Gesundheit, Bildung und Arbeit sind zentrale Hebel auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit. Sie enthalten einen Anspruch auf Gleichberechtigung, also beispielsweise auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu angemessener Nahrung, zur Gesundheitsversorgung, zum Bildungssystem, zum Arbeitsmarkt und zu anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Aber auch bürgerliche und politische Freiheits- und Beteiligungsrechte wie die Meinungs-, Religions- und Versammlungsfreiheit oder der Zugang zum Recht sind zentrale Voraussetzungen für Gerechtigkeit, weil sie es Menschen erlauben, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen und Verstöße durch die Justiz verfolgen zu lassen – unabhängig von ihrem sozialen oder politischen Status innerhalb einer Gesellschaft.

Menschenrechte müssen umgesetzt werden

Das klingt nach schöner Theorie. Weltweit werden täglich Menschen aufgrund ihrer Religion, ihres Geschlechts oder ihrer Herkunft diskriminiert, verschleppt, getötet. Das Recht auf Nahrung und das Recht auf gesundheitliche Versorgung sind nach wie vor für Millionen von

Menschen nicht durchgesetzt. Um die Welt gerechter zu machen, genügt es nicht, dass Menschenrechte auf dem Papier stehen; sie müssen umgesetzt werden. Da dies oft am Widerstand der Mächtigen scheitert, benötigt es den weltweiten Einsatz mutiger Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen. Dass sie sich auf international verbrieft Rechte und Instrumente der Durchsetzung beziehen können, ist ein großer Fortschritt, auch wenn sie dadurch nicht vor Angriffen verschont bleiben.

Umso beunruhigender ist es, dass weltweit nationale und internationale Menschenrechtsinstitutionen und -instrumente von Regierungen angefeindet werden und der Bezug auf die Menschenrechte in vielen Politikbereichen alles andere als selbstverständlich geworden ist.

Deshalb ist für die Arbeit von Brot für die Welt und für unsere Partner der rechtebasierte Ansatz so wichtig. Er leitet die Grundbedürfnisse der Menschen aus den universellen Menschenrechten ab. Nach dieser Vorstellung sind Menschen keine passiven Empfänger von Leistungen, sondern Inhaberinnen und Inhaber von Rechten. Nachhaltige soziale Gerechtigkeit entsteht so nicht durch das Verteilen von Almosen. Gerechtigkeit beinhaltet die Verwirklichung von Rechten, einschließlich des Rechts auf Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und politischer Mitbestimmung.

Das Ziel des rechtebasierten Ansatzes ist deshalb, Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Rechte zu kennen und sie bei staatlichen Institutionen einfordern zu können. Im Vordergrund stehen immer die besonders benachteiligten und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen. Menschenrechtsbasierte Arbeit ist darauf gerichtet, staatliches Handeln zu beeinflussen, anstatt es zu ersetzen. Deshalb müssen staatliche Institutionen und Entscheidungsträgerinnen und -träger als sogenannte Pflichtenträgerinnen und -träger dafür sensibilisiert werden, dass es Menschenrechte gibt und dass sie diese schützen, garantieren und umsetzen müssen.

Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechterverhältnisse sind weltweit geprägt von ungleichen Machtverhältnissen und fest verankerten Wertehierarchien. Das betrifft Frauen und Männer ebenso wie Menschen mit anderen Geschlechtsidentitäten, die um ihre Rechte kämpfen, national und international. Die aktuelle Tendenz politisch rechter Strömungen, Gender-Studies und Gender-Mainstreaming als Gender-Wahn zu ideologisieren, ist der Versuch, Erreichtes in Frage zu stellen. Trotzdem finden in vielen Ländern gesellschaftliche Veränderungen statt, die mehr Gerechtigkeit schaffen.

Von Carsta Neuenroth

Weltweit erwarten und fordern Menschen, dass es in den Gesellschaften, in denen sie leben, gerecht zugehen soll. Im Verständnis vieler Menschen herrscht Gerechtigkeit, wenn die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen ausgeglichen und einzelne Gruppen nicht bevorzugt werden. Das Gerechtigkeitsempfinden ist in der Regel geprägt von der Idee der Gleichheit beziehungsweise Gleichberechtigung aller Menschen, auch von Frauen und Männern. Dieser Gedanke ist in vielen modernen Verfassungen verankert. Männer und Frauen sind gleichberechtigt, heißt es beispielsweise im Grundgesetz (Artikel 3, Absatz 2).

In der Praxis sind die weltweit vorherrschenden Geschlechterverhältnisse jedoch geprägt durch ungleiche Machtverhältnisse und fest verankerte Wertehierarchien, die Männer und Jungen privilegieren. Besonders im Globalen Süden zeigt sich das beispielsweise in der Tatsache, dass Männer beim Land- und Erbrecht bevorzugt werden. In Honduras, Nigeria und Peru liegt die Zahl der Landbesitzerinnen bei unter 20 Prozent. In den meisten Ländern der Welt, einschließlich des Globalen Nordens, werden Männer für die gleiche Arbeit besser entlohnt als Frauen. In Deutschland beträgt der Abstand bei den Gehältern zwischen Frauen und Männern (Gender Pay Gap) 21 Prozent. Und wer wirft einem Mann Egoismus vor, wenn er seine Karriere verfolgt, obwohl er Kinder hat? In vielen Gesellschaften hingegen haben Frauen und Mädchen überhaupt keine Möglichkeit, selbstbestimmt zu entscheiden, was für ein Leben sie führen möchten. Die Haus- und Sorgearbeit, die Frauen und Mädchen weltweit zugeschrieben wird, und die sie in ihren Familien und Gemeinschaften leisten, wird weder gesellschaftlich noch wirtschaftlich anerkannt und wertgeschätzt. Das ist ungerecht.

Schon früh haben Frauen für gleiche Rechte gekämpft

Frauen wehren sich schon lange gegen diese Ungerechtigkeit. Ein frühes Beispiel ist Olympe de Gouges (1748-1793). Sie entwickelte sich während der Französischen Revolution zu einer leidenschaftlichen Verfechterin von Frauenrechten und wehrte sich dagegen, dass die Revolutionäre die weibliche Hälfte der Bevölkerung ausschlossen. 1791 verfasste sie die Erklärung der „Rechte der Frau und Bürgerin“ als Protest gegen die Männerprivilegien.

Seit vielen Jahrzehnten kämpfen Frauen weltweit für Geschlechtergerechtigkeit und dafür, Diskriminierung und Benachteiligung aufgrund des Geschlechts zu beenden. Frauenbewegungen waren und sind auf allen Kontinenten präsent. Sie agieren dementsprechend in ganz unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontexten. Es versteht sich deshalb von selbst, dass sie durch eine Vielzahl unterschiedlicher Diskurse, Ziele und Positionen gekennzeichnet sind, die nie so zahlreich waren wie heute.

Zwischen Geschlecht und anderen Kategorien gesellschaftlicher Ungleichheit (Intersektionalität), die sich in Rassismus und Klassen- oder Kastendenken manifestieren, gibt es entscheidende Zusammenhänge. Vor allem die Bewegungen aus dem Globalen Süden haben diese Verbindungen hergeleitet und in die Diskussion eingebracht. Sie haben deutlich gemacht, dass es beispielsweise einer schwarzen oder einer indigenen Frau wenig nützt, gleichberechtigt zu sein, wenn sie aufgrund ihrer Hautfarbe und ethnischen Zuschreibung trotzdem diskriminiert wird. Wer sich für Geschlechtergerechtigkeit einsetzt, muss sich mit intersektionalen Zusammenhängen befassen, um der Komplexität des jeweiligen Kontextes gerecht zu werden.

Die internationale Gemeinschaft reagiert

Die Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen, die sich mit der Situation von Frauen und Mädchen befasst, tagt seit 1946 jährlich. Mit der Verabschiedung der Frauenrechtskonvention (CEDAW) 1979 verpflichtete sich die internationale Gemeinschaft, jede Form der Diskriminierung von Frauen zu beseitigen. Spätestens seit der Weltfrauenkonferenz von Peking 1995 ist es Frauenrechtsaktivistinnen gelungen, die Frauenrechtsagenda global zu verankern. Seitdem sind Forderungen nach Gleichberechtigung in zahlreichen Menschenrechtsinstrumenten verankert. Zahlreiche Forderungen, die Frauenbewegungen seit vielen Jahren artikulieren, sind 2015 im SDG 5 („Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für

alle Frauen und Mädchen erreichen“) der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung aufgegriffen worden.

Geschlechtergerechtigkeit weiter denken

Geschlechtergerechtigkeit gilt auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*personen und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI). Sie werden aufgrund ihrer sexuellen Orientierung beziehungsweise Geschlechtsidentität in vielen Gesellschaften benachteiligt, diskriminiert oder sogar kriminalisiert.

In zahlreichen Ländern in verschiedenen Teilen der Welt führten in den vergangenen Jahren besonders die Forderungen nach der Ehe gleichgeschlechtlicher Paare dazu, dass Gesetze entsprechend verändert wurden und so mehr Gleichberechtigung entstand. In Deutschland setzte das Bundeskabinett inzwischen eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2017 um und brachte einen Gesetzentwurf auf den Weg, der neben „männlich“ und „weiblich“ auch den Eintrag „divers“ vorsieht, um intergeschlechtliche Menschen nicht länger zu diskriminieren. Gleiche Rechte schaffen Gleichberechtigung und ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe. Nur so kann eine Gesellschaft (Geschlechter-)Gerechtigkeit erreichen

Herausforderungen beim Engagement für Geschlechtergerechtigkeit

Besonders Männer sind häufig der Meinung, dass Geschlechtergerechtigkeit vor allem eine Angelegenheit von Frauen sei. Das führt dazu, dass sich viele Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit – das gilt auch für Projekte von Brot für die Welt – vorwiegend an Frauen richten. Männer verschließen sich zwar in der Regel der wachsenden Teilhabe von Frauen in Projekten und Programmen nicht. Doch sie stellen dabei ihre privilegierte Position als Männer nicht in Frage, sondern erwarten, dass sich Frauen und Mädchen an das bestehende patriarchal geprägte System anpassen. Geschlechtergerechtigkeit lässt sich jedoch nicht erreichen, ohne Macht umzuverteilen und Privilegien abzubauen.

Geschlechtergerechte Politik, die struktureller und institutionell verankerter Ungerechtigkeit auf allen Ebenen entgegenwirkt, stößt deshalb auf den Widerstand mächtiger Männer und führt immer wieder zu politischen Rückschlägen. Die Geschichte der Frauenbewegungen sowie anderer sozialer Bewegungen ist geprägt von solchen Erfahrungen. Die Tendenz politisch rechter Strömungen, Gender-Studies und Gender-Mainstreaming



Der Regenbogen ist ein Symbol für Frieden, Toleranz und die Vielfalt von Lebensformen.

als Gender-Wahn zu ideologisieren und zu bekämpfen, ist aktuell weltweit verbreitet. Trotzdem finden in vielen Ländern gesellschaftliche Veränderungen hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit statt.

Die Herausforderung besteht darin, das Erreichte auch nachhaltig zu gestalten. Menschen- und Frauenrechte müssen rechtlich verankert und konsequent durchgesetzt werden. Dafür setzen sich Brot für die Welt und seine Partnerorganisationen kontinuierlich ein.

„Eine gerechte Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit den Leidenden, den Unterdrückten und den Benachteiligten umgeht.“

Silke Pfeiffer sprach mit Sofia Monsalve Suárez, Generalsekretärin der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN.

Wie definierst du Gerechtigkeit?

Sofia Monsalve Suárez: Verschiedene Erfahrungen und Einstellungen haben mein Gerechtigkeitsverständnis geprägt. Es basiert zum einen spirituell auf dem christlichen Glauben. Gerechtigkeit wird in Bezug auf das Leben der Menschen miteinander definiert, aber auch in Bezug zu Gott, zu anderen Lebewesen und der Schöpfung. Als Lateinamerikanerin bin ich außerdem stark von der Theologie der Befreiung geprägt. Diese verknüpft Gerechtigkeit eng mit den Armen und Unterdrückten. Die Befreiungstheologie nimmt die Perspektive der Unterdrückten in den Blick. Ihr Leiden ist eine Ungerechtigkeit, die die Gesellschaft wieder gutmachen muss. Ich bin aber auch Philosophin und habe mich mit den theoretischen Gerechtigkeitsdefinitionen beschäftigt, die unsere westlichen Gesellschaften und den politischen Diskurs stark geformt haben.

Nichts desto trotz hat Gerechtigkeit für mich eine starke existenzielle oder emotionale Dimension. In meiner Arbeit erlebe ich weltweit, dass der Begriff eine große Kraft besitzt. Menschen streben nach Gerechtigkeit und wollen diese als kollektiven Wert erlangen. Die Frage nach Gerechtigkeit ist immer mit der Fragen des Zusammenlebens in der Gemeinschaft verknüpft: Wie ist eine Gemeinschaft gestaltet und vor allem, wie geht sie mit den Leidenden, den Unterdrückten und den Benachteiligten um?

Worin besteht für dich die größte Ungerechtigkeit heutzutage?

Monsalve Suárez: Die größte Ungerechtigkeit ist für mich die Tatsache, dass das globale System des Finanzkapitals so viel Macht konzentriert. Es besitzt so viel Macht über unser Leben und den Lebensraum. Finanzkonzerne in New York besitzen beispielsweise sowohl beträchtliche Anteile von Agrarland in Brasilien oder Sambia, aber auch Wohnungen in Städten wie Berlin oder Barcelona. Und ihr Besitz wächst ständig. So nehmen sie Einfluss auf die Entwicklung und Fragen von Stadtplanung, Verdrängung und Landraub. Das ist sehr

ungerecht. Das Finanzsystem hat offensichtlich nicht mehr die Menschen, ihre Gemeinschaften und ihre Beziehung zur Natur im Blick, sondern lediglich Profitinteressen. Offen und im Verborgenen. Es ist so anonym und so abstrakt. Das Finanzsystem hat sich komplett der Kontrolle oder der Regulierung von verfassten Gemeinschaften entzogen und agiert nun völlig ungestört von Demonstrationen oder jeglicher Form der politischen Einflussnahme.

Wie sind für dich Gerechtigkeit und Menschenrechte verbunden?

Monsalve Suárez: Gerechtigkeit und Menschenrechte sind bereits in der Definition der Menschenrechte unauflösbar miteinander verbunden: Die Menschenwürde ist unantastbar. Sie muss besonders geschützt werden, alle Menschen haben von Geburt an Menschenwürde. In den verschiedenen Formen, wie Gerechtigkeit verstanden werden kann, spielt die Menschenwürde eine sehr wichtige Rolle. Menschenrechtsarbeit bezieht sich vor allem auf Menschen, die ihrer Würde beraubt wurden oder die unterdrückt werden. Ihre Menschenrechte müssen verwirklicht werden. In dieser Perspektive der Unterdrückten, der Benachteiligten, besteht eine zentrale Verbindung zu Gerechtigkeit.

Worin unterscheiden sich beide?

Monsalve Suárez: Bei Menschenrechten spielt die historische Dimension eine weniger starke Rolle als beim Thema Gerechtigkeit. In den USA beispielsweise ist das Konzept des Rechts auf Nahrung wenig verwurzelt. Man findet dort vielmehr Bewegungen und Initiativen, die sich mit der Forderung nach ‚Food Justice‘ identifizieren. Dabei stehen Rassendiskriminierung und ihre historischen Wurzeln im Fokus, also die Frage, warum schwarze Gemeinschaften schlechter ernährt sind oder auch stärker von Hunger und Mangelernährung geprägt sind als andere. Doch auch im Konzept der ‚Food Justice‘ steckt die Dimension des Menschenrechtes auf Nahrung, das heißt, die Aktivistinnen und Aktivisten für ‚Food Justice‘ engagieren sich auch für dieses mit. Gerade in der aktuellen politischen Situation in den USA ist das Bekenntnis zu Menschenrechten in ihrer gesamten Bandbreite umso stärker ausgeprägt.

Das Konzept der Gerechtigkeit ist insgesamt viel politischer, während Menschenrechte stärker auf Gesetze, auch auf internationale Standards, wie auch auf Gerichte und Gerichtsbarkeit fokussiert sind. Unparteilichkeit bleibt eine zentrale Kategorie bei Menschenrechten. Menschenrechte stehen als Referenz über der Politik. Bestimmte Werte sind damit einfach nicht zu diskutieren. So entsteht ein Spannungsfeld, insbesondere, wenn wir zu wirtschaftlichen und sozialen Rechten arbeiten. Eine menschenrechtsbasierte Ernährungspolitik zu fordern ist nicht so einfach wie zu sagen: „Wir schaffen die Todesstrafe ab“. Bei wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen (WSK)-Rechten geht es um die Verteilung von Ressourcen. Das ist also eine sehr politische Frage.

Gerechtigkeit besitzt außerdem eine viel stärkere gemeinschaftliche Dimension. Bei den Menschenrechten hingegen bleibt das Individuum weiterhin die zentrale Kategorie, wenn auch nicht die einzige. Denn wir bewegen uns auch in Richtung kollektiver Menschenrechte.

Wie arbeitet FIAN als Menschenrechtsorganisation zu Gerechtigkeit?

Monsalve Suárez: Tatsächlich ist das Nachdenken über die Zusammenhänge zwischen Menschenrechten und Gerechtigkeit für uns sehr aktuell. Wir leben in einer Zeit, in der Menschenrechte in Ländern, die sich ihnen traditionell verschrieben haben, wie den USA, Frankreich, aber auch Deutschland oder Großbritannien in Frage gestellt werden. Die politische Unterstützung für die Menschenrechte schwindet. Mit Menschenrechten werden weit entfernte Richterinnen und Richter an Gerichten, „die Leute in Genf“ oder die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) assoziiert. Zu Gerechtigkeit hingegen scheint fast jeder Bezug und eine Meinung zu haben. Deshalb versuchen wir, die Verbindung zwischen beiden immer wieder zu zeigen. Menschenrechte müssen weiterhin eine zentrale Kategorie unserer Gesellschaften bleiben.

Zentrale Fragen waren bei FIAN seit der Gründung: Wer hat Zugang zu den Ressourcen und wer kontrolliert sie? Wer kontrolliert das Wasser, wer das Land? Das sind zentrale Gerechtigkeitsfragen. Es sind Fragen, die stark mit Machtverhältnissen verbunden sind. Wir stehen auf der Seite der landlosen Menschen oder derer, die davon



Sofia Monsalve Suárez,
Generalsekretärin von FIAN International

bedroht sind, ihr Land zu verlieren oder von ihrem Land vertrieben zu werden. Wer verantwortet diese Entwicklung? Wir versuchen, ungerechte Machtstrukturen aufzudecken und gegen diese vorzugehen. So sollen Menschen und ihre Gemeinschaften ihre Souveränität wieder erlangen und Entscheidungsfindungen demokratischer gestaltet werden.

Wir versuchen, seit einigen Jahren auch ein ganzheitlicheres Verständnis vom Recht auf Nahrung voranzutreiben. Dabei beschränken wir uns nicht nur auf Ressourcenkontrolle, sondern beschäftigen uns auch mit der Frage, wie wir uns ernähren. Das bezieht auch Fragen des Umweltschutzes und der Klimakrise mit ein. Unsere Ernährungsform muss nachhaltig sein und darf die Zukunft unserer Kinder und Nachkommen nicht gefährden.

Sofía Monsalve Suárez ist seit 2016 Generalsekretärin der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN International. FIAN International ist eine langjährige Partnerorganisation von Brot für die Welt. Die kolumbianische Politikwissenschaftlerin ist seit über 25 Jahren in der Menschenrechtsarbeit tätig. Sie ist eins von elf Mitgliedern der Global Reference Group, die die Leitung von Brot für die Welt in strategischen Fragen berät.

Klima und Gerechtigkeit

Stärkere Überschwemmungen, heftigere Unwetter und häufigere Dürren: Die Erwärmung der Erde führt zu extremen Wetterlagen und bedroht die Lebensgrundlage der Menschen – besonders im Globalen Süden. Durchschnittlich verlassen jedes Jahr über 26 Millionen deswegen ihre Heimat – das sind dreimal mehr als diejenigen, die wegen Krieg oder zivilen Konflikten fliehen. Die Kluft zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern ist heute etwa um ein Viertel größer, als sie es ohne Klimawandel wäre.

Von Sabine Minninger

Der Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC) vom Oktober 2018 zeigt, dass bereits 1,5 Grad Celsius globaler Erwärmung hohe Risiken für den Planeten bergen. Ihm zufolge liegt der aktuelle Wert sogar schon bei etwa einem Grad Celsius. Die derzeitigen Anstrengungen im Klimaschutz reichen nicht aus, so der Sonderbericht weiter, um die internationalen Klimaziele zu erreichen. Im Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 hatte die Staatengemeinschaft beschlossen, die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius, wenn möglich unter 1,5 Grad Celsius zu drücken.

Der Klimawandel wirkt sich bereits heute auf Millionen Menschen aus. Insbesondere in den Ländern des Globalen Südens ist er längst zur Klimakatastrophe geworden. Er bedroht in ungleich stärkerem Maße die arme Bevölkerung des Globalen Südens und untergräbt damit die Anstrengungen im Kampf gegen Armut und Hunger.

Die Kluft zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern ist heute etwa um ein Viertel größer, als sie es ohne Klimawandel wäre. Das sagt eine Studie der US-amerikanischen Stanford University, die in dem Fachblatt *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* (PNAS) veröffentlicht wurde. Die Zahlen sind alarmierend: 26 Millionen Menschen werden jedes Jahr durch Naturkatastrophen zurück in die Armut gedrängt. Der langjährige globale Klimarisikoindex von Germanwatch zeigt, dass die zehn Staaten, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, allesamt zu den Entwicklungsländern gehören. Laut dem Norwegian Refugee Council fliehen durchschnittlich jedes Jahr über 26 Millionen Menschen aufgrund von extremen Umweltereignissen aus ihrer Heimat – das sind dreimal mehr als diejenigen, die wegen Krieg oder zivilen Konflikten fliehen. Laut Bericht des Weltklimarates, ob und wie das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen ist, zeichnet sich ab, dass diese bedenkliche Entwicklung noch deutlich beschleunigt wird. Allein in Afrika südlich der Sahara, in Lateinamerika und in Südasien werden bis 2050 insgesamt mehr als 140 Millionen Menschen von Dürren, Missernten, Sturmfluten und steigendem Meeresspiegel bedroht sein.

Die Gefahr, Opfer des Klimawandels zu werden, ist extrem ungleich verteilt. So sind die Länder des Globalen Südens besonders betroffen. Einerseits wegen ihrer geographischen Lage, andererseits sind viele Menschen aufgrund ihrer Armut besonders verwundbar. Im Zusammenwirken mit anderen globalen Krisen – unter anderem dem Artensterben, der Zerstörung der natürlichen



Die gefährlichen Auswirkungen der Klimakrise bedrohen jetzt schon durch Superstürme wie den Taifun Haiyan die Lebensgrundlagen der Menschen im Globalen Süden.

Lebensgrundlagen, dem Biodiversitätsverlust, dem Bevölkerungswachstum und der dramatisch zunehmenden sozialen Ungleichheit – stellt der Klimawandel die Weltgemeinschaft vor eine Herausforderung, die in der Menschheitsgeschichte einzigartig ist. Besonders ungerecht ist, dass die Länder des Globalen Südens, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind, minimal zum CO₂-Ausstoß beigetragen haben. Für Brot für die Welt bedeutet Klimagerechtigkeit, dass jedem Menschen grundsätzlich gleiche Nutzungsrechte an der Atmosphäre zustehen, freilich im Rahmen der ökologischen Verträglichkeit. Der Umfang der zulässigen Pro-Kopf-Emissionen wäre damit auf ein global verträgliches Maß zu begrenzen. Die Tatsache, dass die Menschen in Bangladesch durchschnittlich Emissionen in Höhe von 0,4 Tonnen CO₂ verursachen, Deutsche aber 9,2 Tonnen, Bangladesch jedoch ungleich heftiger von den Folgen des Klimawandels betroffen ist, offenbart einen globalen Gerechtigkeitsskandal. Würde man zusätzlich die Emissionen in ihrer Entwicklung zurückverfolgen, wie das mitunter gefordert wird, wird der Skandal umso größer.

Die Lasten des Klimawandels müssen gerecht verteilt werden

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung impliziert Klimagerechtigkeit daher nicht nur, dass alle Staaten verpflichtet sind, die Emissionen drastisch zurückzuschrauben, damit die globale Erwärmung möglichst nicht das 1,5 Grad-Limit überschreitet. Sie bedeutet auch, dass die Lasten gerecht zu verteilen sind. Angesichts der Hauptverantwortung des Globalen Nordens für den Klimawandel wie auch seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bedeutet dies, die Länder des Globalen Südens zu unterstützen: beim Klimaschutz, bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie beim Umgang mit Schäden und Verlusten – einschließlich der klimabedingten Migration.

Im Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 erkennt die Weltgemeinschaft ihre gemeinsame Verantwortung an, sowohl die Klimarisiken zu mindern als auch den armen Staaten finanziell zu helfen. Von der Umstellung auf Erneuerbare Energien und ressourcenschonendes Wirtschaften sollen sie wirtschaftlich profitieren. Außerdem soll ihre Klima-Resilienz – also die Widerstandsfähigkeit gegen die Folgen des Klimawandels – gestärkt werden. Damit reicht Paris weit über ein Klimaschutzabkommen hinaus und strebt eine sozial-ökologische Transformation an. Vor allem bietet es eine völkerrechtlich

bindende Grundlage, Regierungen in die Verantwortung zu nehmen, damit sie ihren Versprechen auch nachkommen. Deshalb ist dieses Abkommen ein wichtiger Hebel für unsere Arbeit in der Klimapolitik.

Die theologischen Leitlinien von Brot für die Welt greifen den Terminus der Klimagerechtigkeit ebenfalls auf und stellen ihn der sozialen Gerechtigkeit, der Gendergerechtigkeit und der Generationengerechtigkeit zur Seite: „Menschliche und gesellschaftliche Entwicklung sind nur dann als positiv einzuschätzen, wenn ihre Umweltwirkungen nicht die Zukunft der Biodiversität und die Lebensmöglichkeiten kommender Generationen belasten. Wir orientieren uns an einer Ethik des Genug und des rechten Maßes, die ein Leben in Fülle nicht alleine an materiellen Werten festmacht, sondern sich in Formen von würdigem und als sinnvoll erlebtem Leben in Gemeinschaft und Ergänzung ausdrückt“.

Zusammen mit Partnerorganisationen und Bündnissen weltweit fordert Brot für die Welt Klimagerechtigkeit und fokussiert dabei vor allem auf die Rechte und spezifischen Belange der Bevölkerungsgruppen, die besonders verletzlich, schutzbedürftig und benachteiligt sind, damit niemand in der Klimakrise zurückgelassen wird.

Brot für die Welt verfolgt dabei vier langfristige Hauptziele:

- Eine kohlenstoffarme Entwicklung zu fördern durch den Einsatz von 100% Erneuerbaren Energien sowie durch Klima- und Ressourcenschutz ;
- Die Klima-Resilienz zu erhöhen, insbesondere im ländlichen Raum sowie in der Landwirtschaft und Ernährungssicherheit;
- Nachhaltiger sowohl auf die klimabedingte Vertreibung und Migration zu reagieren als auch auf die Klimarisiken und -schäden – beides auf Basis der Menschenrechte, sowie
- eine angemessene Klimafinanzierung sicherzustellen, quantitativ wie qualitativ.

Wichtige Maßstäbe zur Beurteilung der ethischen Fragen, vor die uns der Klimawandel stellt, sind nicht nur in der christlichen Ethik verwurzelt, sondern sie sind auch in einer Reihe von Verträgen und Vereinbarungen unter dem Dach der Vereinten Nationen verankert: von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte über die Beschlüsse von Rio 1992 bis zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen. Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass diese ethischen Leitplanken auch in der internationalen Politik Beachtung finden und Wirkung entfalten.

Wasser und Gerechtigkeit

Wasser ist lebensnotwendig – nicht nur als Trinkwasser, sondern auch für die Hygiene, die Bewirtschaftung von Feldern und das Tränken von Vieh. Aber der Zugang zu sauberem Wasser ist an vielen Orten sehr ungleich verteilt und wird immer knapper, weil mächtige Nutzer ihn für sich vereinnahmen. Brot für die Welt und seine Partnerorganisationen kämpfen daher für mehr Gerechtigkeit beim Zugang und bei der Verteilung von Wasser.

Von Eike Zaumseil

„Niemanden zurücklassen“ lautet der Titel des jüngsten UN-Weltwasserberichts (UNESCO 2019). Er erinnert an das Kernversprechen der SDGs „Leave no one behind“, Armut und Hunger zu überwinden und Ungleichheit zu reduzieren. Ein eigenes Wasserziel (SDG 6) sichert zu, das Menschenrecht auf sauberes und bezahlbares Trinkwasser weltweit zu verwirklichen und zu erreichen, dass bis 2030 die globalen Wasserressourcen nachhaltig genutzt werden.

Der Weltwasserbericht macht deutlich, wie groß die Herausforderungen dabei sind. Mehr als zwei Milliarden Menschen sind demnach gezwungen, jeden Tag Wasser zu trinken, das mit Fäkalien und Krankheitserregern verschmutzt ist. Fast eine Milliarde Menschen muss weite Wege in Kauf nehmen, um überhaupt an eine Wasserquelle zu gelangen. Jeder dritte Mensch kann keine vernünftigen Sanitäreinrichtungen benutzen oder muss seine Notdurft ungeschützt im Freien verrichten, ohne Wasser und Seife. Die Folgen sind millionenfaches Elend und geraubte Zukunftschancen. Durchfallerkrankungen aufgrund des verunreinigten Wassers und mangelnder



Ein Mann und zwei Jungen holen mit einem Ochsenge-spann an einer Zisterne in der Gemeinde Barreiros, Carnaíba (Brasilien), Wasser für die Familie. Das Wasser wird oft von Tankwagen aus Stauseen und Kanälen in die Gemeinschaftszisternen gebracht.

Hygiene töten jährlich mehr Kinder als jegliche Form von Krieg und Gewalt. Vor allem Frauen und Mädchen raubt stundenlanges tägliches Wasserholen die Zeit für Bildung, Beruf oder Freizeit.

Wassermangel ist jedoch kein Schicksal, sondern vor allem ein gravierendes Verteilungs- und Gerechtigkeitsproblem. So zeigt der Weltwasserbericht große Unterschiede – zwischen Arm und Reich sowie zwischen Stadt und Land. Vor allem benachteiligten und einkommensschwachen Gruppen fehlt der Zugang zu sauberem Wasser. Oft mangelt es an finanziellen Ressourcen oder auch schlicht an politischem Willen, die ärmste Bevölkerung mit Trinkwasser zu versorgen. So werden viele Menschen in Slums und informellen Siedlungen vom städtischen Versorgungsnetz nicht erreicht und müssen ihr Wasser überteuert von privaten Wasserhändlern kaufen. Gleichzeitig können die Bewohnerinnen und Bewohner in wohlhabenden Stadtquartieren problemlos ihre Pools und Gärten bewässern.

Noch schwieriger ist die Situation auf dem Land. Das knappe Wasser muss dort oft von weit entfernten Quellen aufwändig herbeigeschafft werden. Dabei geht es nicht nur um Trinkwasser, sondern auch um Wasser für die Landwirtschaft und damit um die Ernährungssicherheit. In vielen Ländern müssen Kleinbauern- und nomadische Viehhirtenfamilien fürchten, bei dem verschärften Wettbewerb um Wasser leer auszugehen. Gleichzeitig werden die „Cash Crops“ der industriellen Exportlandwirtschaft wie Futtersoja, Baumwolle oder Avocados intensiv bewässert. Hier zeigt sich die globale Dimension von Wasserungerechtigkeit. Durch den Export wasserintensiver Produkte wird auch das für die Erzeugung nötige Wasser in virtueller Form aus den Anbauregionen exportiert. Vor allem in trockenen Regionen, die für den Weltmarkt produzieren, fehlt dieses Wasser dann sehr spürbar den Menschen vor Ort.

Wasser wird knapp...

Auch die ökologische Wasserkrise spitzt sich immer weiter zu. Die intensive Bewässerungslandwirtschaft, aber zunehmend auch Industrie und wachsende Städte, haben die Grenzen nachhaltiger Wassernutzung vielerorts längst überschritten. Die fortschreitende Zerstörung natürlicher Ökosysteme wie Böden, Wälder und Feuchtgebiete gefährdet die sensiblen Wasserkreisläufe. Gelingt es nicht, die Klimakatastrophe aufzuhalten, werden erratische Regenfälle, schmelzende Gletscher und Hitzewellen die Situation massiv verschärfen. Der Dürresommer 2018

in weiten Teilen Europas hat gezeigt, dass kaum ein Ort auf der Welt von der Wasserkrise verschont bleiben wird. Mehr als zwei Milliarden Menschen leben schon heute in Gebieten mit ständigem Wassermangel. Schon 2050 könnte die Hälfte der Weltbevölkerung betroffen sein.

...und knapp gemacht

Die Klimakrise und die Wasserkrise sind nicht nur in ihrer Wirkung eng miteinander verbunden. Die gleichen globalen Eliten und Konzerne, die für den Großteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, übernutzen und verschmutzen die natürlichen Wasserquellen. Fast 90 Prozent des Wasserverbrauchs gehen auf das Konto der industriellen Landwirtschaft, des Bergbaus oder der Schwerindustrie. Ihre Pestizide, Düngemittel und Industriegifte verseuchen Flüsse, Seen und das Grundwasser.

Der Wettbewerb um die schwindenden Wasserressourcen ist längst in vollem Gange. Nationale Eliten, global agierende Wasserkonzerne und Investmentfonds kaufen weltweit Wasserrechte, Wasserdienstleistungen und ganze Wasservorkommen auf. Wasser gilt als „neues Öl“, das Investoren sichere Renditen verspricht. Die Privatisierung und der Handel mit Wasser schränken den Zugang der lokalen Bevölkerung zugunsten einzelner kommerzieller Interessen immer weiter ein.

So kassieren renditegetriebene Privatunternehmen oft höhere Gebühren für Wasser und Abwasserbeseitigung als kommunale Betreiber. Abgefüllt in den Flaschen von Getränkeherstellern wird das Wasser zum Luxusgut und damit unerschwinglich für alle, die in Armut leben. Vor allem der Verkauf oder die Verpachtung ganzer Landstriche an nationale und internationale Konzerne ist besorgniserregend. Denn wer das Land kontrolliert, kontrolliert oft auch das Grund- und Oberflächenwasser. In Sierra Leone zum Beispiel sicherte ein Pachtvertrag dem Schweizer Unternehmen Addax auf zehntausenden Hektar Land weitreichende Nutzungsrechte über alle Wasserressourcen, einschließlich der Flüsse und Bäche, um Zuckerrohr anzubauen und Biotreibstoff für den europäischen Markt herzustellen. Die Auswirkungen solcher Landdeals auf die umliegenden Gemeinden werden in den Verträgen meist kaum berücksichtigt. Diese verlieren nicht nur den Zugang zum Wasser, sondern auch ihren Einfluss, die kostbare Ressource für die Zukunft zu bewahren.

Ungleichheit und Diskriminierung beenden

Ob Wasser in Zukunft sauber und trinkbar ist und wer Zugang dazu hat, hängt mehr denn je von politischen

Entscheidungen rund um die Wassernutzung ab. Sowohl das Menschenrecht auf Wasser als auch die Ziele für nachhaltige Entwicklung bilden wichtige normative Grundlagen für mehr Wassergerechtigkeit. Sie nehmen Regierungen in die Pflicht, einen politischen und rechtlichen Rahmen zu schaffen, um einen gerechten und sozialen Zugang zu Wasser zu gewährleisten und es für nachfolgende Generationen zu bewahren.

„Niemanden zurücklassen“ heißt vor allem, denjenigen einen gerechten Zugang zu ermöglichen, die in besonderem Maße von Wassermangel betroffen sind: Das sind Menschen, die in Armut leben, manche Frauen, Kinder, Geflüchtete, Kleinbauernfamilien und viele andere, die oft übersehen werden oder Diskriminierung erfahren, wenn sie versuchen, Wasser für ihren Haushalt oder die Landwirtschaft zu erhalten.

Nur ein Menschenrechtsansatz, der auf Partizipation, Nicht-Diskriminierung und Gleichberechtigung setzt, kann die strukturellen Ursachen für den mangelnden Zugang zu Wasser erkennen und beseitigen. Er zeigt auf, dass es bei den Lösungen um mehr gehen muss als darum, eine Wasserinfrastruktur bereitzustellen. Wasser muss auch für alle erschwinglich sein. Dabei gilt es auch, geschlechtsbedingte Benachteiligungen sowie andere Formen von Diskriminierung in den Blick zu nehmen.

Da sich Interessenkonflikte um die Wassernutzung oft nicht vermeiden lassen, ist es unbedingt erforderlich, die Rechte benachteiligter Gruppen in der kommunalen Entwicklungsplanung zu stärken. Sie sollen mitsprechen und mitentscheiden dürfen, und ihre oft informellen Land- Weide- und Wasserrechte müssen offiziell anerkannt werden. Die zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen von Brot für die Welt spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie klären Menschen über ihre Rechte auf und helfen ihnen dabei, sie auch gegenüber mächtigen und besser organisierten wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen.

Doch all das wird wenig nützen, wenn es nicht gelingt, der maßlosen Übernutzung und Verschmutzung von Wasser Einhalt zu gebieten. Dazu bedarf es neben weitreichenden Veränderungen in der Klima-, Agrar- oder Handelspolitik auch eines Stopps der Privatisierung und Kommerzialisierung von Wasser. Die Politik ist gefragt! Staaten dürfen die Verantwortung für einen gerechten Interessenausgleich um unser wichtigstes Lebensmittel nicht aus der Hand geben. Wasser muss zuerst den Menschen und Ökosystemen zugutekommen, die es für ihr Überleben brauchen.

Saatgut und Gerechtigkeit

Große Agrarkonzerne wie Bayer haben kein Interesse daran, dass Bäuerinnen und Bauern – wie seit Jahrtausenden üblich – ihr Saatgut züchten und untereinander teilen. Sie wollen Geld mit ihren eigenen Produkten verdienen. Sortenschutzgesetze und Patente sichern ihr Geschäftsmodell ab und erschweren und kriminalisieren diejenigen, die für uns alle ein großes Allgemeingut geschaffen haben.

Von Stig Tanzmann

Die Frage von Gerechtigkeit und Saatgut ist eng mit den Fragen der Biodiversität und den historischen und aktuellen Leistungen von Bäuerinnen und Bauern und indigenen Gruppen verbunden. Sie haben über Jahrtausende Auslese und Zucht betrieben und uns damit die Arten und Sorten beschert, die wir heute in der Agrobiodiversität haben. Die historischen Leistungen sind beachtlich. Allein auf dem indischen Subkontinent sind aus bäuerlicher Zucht weit über hunderttausend Reissorten entstanden. Bäuerliche und indigene Saatgut- und Ernährungssysteme sind die Basis unserer heutigen Ernährung und definieren, was wir heute essen. Es ist ein großes Allgemeingut, von dem wir alle in unserer Ernährung zehren. Gleichzeitig ist dieser Prozess nicht abgeschlossen. Insbesondere in den Ländern des Globalen Südens erzeugen Bäuerinnen und Bauern immer weiter neues Saatgut und neue Sorten.

Dem gegenüber steht die zunehmende und immer stärker konzentrierte Macht von Agrarkonzernen wie Bayer, deren Geschäftsmodell es ist, den Bäuerinnen und Bauern Saatgut und dazu passende chemische Dünger und Pestizide zu verkaufen. Dieses Geschäftsmodell



Mandala aus 28 unterschiedlichen Saaten und Produkten beim Brot für die Welt-Projektpartner ICRA in Indien.

sichern die Agrarkonzerne rechtlich ab. Es wurden und werden Saatgutgesetze eingeführt, die dem bäuerlichen Saatgut den Zugang zum formalen Markt verwehren, weil es unter anderem nicht einheitlich genug sei. Über Sortenschutzgesetze wird auch der traditionelle Tausch von Saatgut zwischen Bäuerinnen und Bauern weltweit massiv erschwert und teilweise sogar kriminalisiert. In einem nächsten Schritt melden die Konzerne dann Patente auf Pflanzen an, um exklusive Rechte am Saatgut zu haben. Bis heute hat allein das europäische Patentamt über 3.500 Patente auf Tiere und Pflanzen erteilt.

Gleichzeitig basieren die Züchtungen der Konzerne auf dem Zugang zu jahrtausendealten Allgemeingütern im Bereich Saatgut, die die Bäuerinnen und Bauern geschaffen haben. Hier besteht ein massiver Gerechtigkeitskonflikt: Die Konzerne nutzen Allgemeingüter, um auf ihrer Basis Geld zu verdienen. Mit dem Anspruch, Pflanzen auch zu patentieren, greifen die Konzerne sogar nach den Allgemeingütern selbst und streben danach, sie zu monopolisieren.

Der Versuch, auf internationaler Ebene zu mehr Gerechtigkeit zu kommen

Der Saatgutvertrag der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) versucht, die bäuerlichen Leistungen nicht nur anzuerkennen, sondern auch rechtlich abzusichern. So werden dort die Farmers' Rights definiert, die Bauern erlauben, Saatgut zu lagern, wieder auszusäen, zu tauschen und zu handeln (United Nations 2018). Diese Rechte sollen sicherstellen, dass Bäuerinnen und Bauern weiterhin tun können, was sie über Jahrtausende getan haben. Ihr wichtiger Beitrag zum Allgemeinwohl wird so nicht nur erhalten, sondern sogar noch gefördert. Gleichzeitig gibt es – ähnlich wie in der UN-Konvention zu Biologischer Vielfalt (CBD) – einen Mechanismus für den Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechten Vorteilsausgleich (ABS). Er ermöglicht einerseits dem Privatsektor, mit den agrargenetischen Ressourcen zu arbeiten und fordert andererseits, dass sich öffentliche Einrichtungen an ihrem Erhalt finanziell beteiligen.

Leider wurde und wird der FAO-Saatgutvertrag und insbesondere das Kapitel zu Farmers' Rights von den Vertragsstaaten nur sehr unzureichend umgesetzt, gleiches gilt für den Mechanismus ABS. Insbesondere im Globalen Norden dominieren die Interessen der großen Züchter und Konzerne die Gesetzgebungen zu Saatgut, was einen unzureichenden Interessensausgleich zur

Folge hat. Bei den internationalen Verhandlungen zum FAO-Saatgutvertrag versuchen die Staaten des Globalen Nordens meist auch, die Themen Farmers' Rights und ABS so zu gestalten, dass daraus keine großen Verpflichtungen für sie und die Konzerne, die auf ihren Territorien angesiedelt sind, entstehen.

Die Ungerechtigkeit vergrößert sich noch

Dramatisch ist, dass im Zuge von Handelsverträgen und Entwicklungsinitiativen wie der Allianz für eine neue Grüne Revolution in Afrika (AGRA) die Gesetzgebungen zu Saatgut auch in den Ländern des Globalen Südens immer häufiger so geschrieben werden, dass sie die Farmers' Rights einschränken. So wird es für viele Bäuerinnen und Bauern immer schwieriger, ihre traditionelle Saatgutarbeit fortsetzen, ohne in Konflikt mit Gesetzen zu kommen oder ihr Saatgut den Konzernen auszuliefern. Dies ist insbesondere in Afrika ein Problem, wo bäuerliche Saatgutssysteme sehr präsent sind und es häufig gar keine Möglichkeit gibt, an zertifiziertes Saatgut zu kommen. Die Ungerechtigkeit verschärft sich noch dadurch, dass Bäuerinnen und Bauern nun auf einmal Geld für Saatgut bezahlen müssen, also für etwas, was vor kurzen noch kostenlos zu haben oder sogar ihr Eigentum war. Brot für die Welt setzt sich mit seinen Partnerorganisationen dafür ein, diese Gesetzgebungen zu verhindern oder im Sinne der Farmers' Rights neu zu gestalten und bäuerliche Saatgutssysteme über den Aufbau von Saatgutbanken zu stärken.

Neue Probleme mit der Digitalisierung und neuer Gentechnik

Eine neue Herausforderung bei dem Versuch, einen gerechten Interessensausgleich im Saatgutbereich zu etablieren und auszubauen, ist die Digitalisierung von Saatgutbanken und genetischer Ressourcen sowie die Möglichkeiten, die mit neuen Gentechniken wie CRISPR einhergehen. Über die Digitalisierung der genetischen Ressourcen ist es heute möglich, genetische Informationen auch ohne den physischen Austausch von Saatgut zu handeln. Es handelt sich um Daten, die auf Basis bäuerlichen Saatgutes erfasst wurden und in das System des FAO-Saatgutvertrages eingespeist wurden. Man sollte daher davon ausgehen können, dass sie auch unter das ABS-System fallen. Das heißt, dass im Mechanismus für Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich Konzerne zu Zahlungen verpflichtet werden und die Nutzung des Saatguts offen gelegt werden muss.



Saatgut aus der Saatgutbank von Maria Jose da Silva, das sie zu einem Austausch von Kleinbauern mitnimmt, fotografiert auf dem Anwesen der Familie in der Gemeinde Barreiros, Carnaíba.

Dies sehen aber viele Staaten des Globalen Nordens und vor allem viele Konzerne überhaupt nicht so. Sie vertreten vielmehr den Standpunkt, dass ja nicht mehr die kompletten Genome der Pflanzen betroffen sind, sondern nur noch die Teile, die für die Züchtung relevant sind. Der Fachbegriff dafür ist digital sequence information (DSI). Mit Hilfe der neuen Gentechniken können diese genetischen Informationen dann wieder in neue Sorten eingebaut und so materialisiert werden. Da es nur um Sequenzen geht und nicht um das ganze Saatgut, entfällt der Mechanismus zum Zugangs- und Vorteilsausgleich, so das Argument. Diese Argumentation würde aber bedeuten, dass ein zentrales, ausgleichendes Element des Saatgutvertrages ausgehebelt und bestehende Ungerechtigkeit verschärft würde. Brot für die Welt setzt sich daher zusammen mit seinen Partnerorganisationen dafür ein, dass auch die digitale Sequenzinformation (DSI) unter den Mechanismus für Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich fällt. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt auch dafür ein, dass mit CRISPR erzeugte Pflanzen im Sinne des Gentechnikrechts reguliert werden und damit nachgewiesen werden kann, wenn mit digitalen Sequenzinformationen gearbeitet wurde.

Zusätzlich bedeutet auch diese immer kleinteiligere genetische Sicht auf Saatgut, dass sich immer stärker ein rein technisches Verständnis von Saatgut durchsetzt. Es wird auf die Bausteine der DNA reduziert und hat keinen kulturellen oder religiösen Wert mehr. Die Multifunktionalität von Saatgut wird so geleugnet. Auch das ist ein Gerechtigkeitsproblem für die Bäuerinnen und Bauern, die mit ganz anderen Methoden die Saatgutvielfalt aufgebaut und erhalten haben und versuchen, sie weiter auszubauen.

Ernährung und Gerechtigkeit

Von den 822 Millionen Menschen weltweit, die an Hunger leiden und sich nicht ausreichend und gesund ernähren können, leben 80 Prozent auf dem Land. Wenn lokale Wirtschaftssysteme und -kreisläufe der kleinbäuerlichen Landwirtschaft ausgebaut, Frauenrechte gestärkt und die Interessen armer Bevölkerungsgruppen durchgesetzt werden, sind soziale und ökologische Fortschritte möglich.

Von Bernhard Walter

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ruft im Ziel 10 der Ziele für nachhaltige Entwicklung auf, Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu reduzieren. Dies ist unbedingt notwendig, um den Hunger zu überwinden (SDG 2). Wie sehr beides zusammenhängt, wird bei einem Blick auf die Zahlen deutlich. 2018 haben bei einer Weltbevölkerung von 7,6 Milliarden Menschen 822 Millionen gehungert, zwei Milliarden fehlte es an lebenswichtigen Mikronährstoffen und Vitaminen. Gleichzeitig sind diejenigen, die Nahrung produzieren – also die Menschen auf dem Land – besonders betroffen: Bis zu 80 Prozent der Menschen, die hungern müssen, leben von der Landwirtschaft oder den natürlichen Ressourcen.

Dabei produzieren Millionen von Kleinbäuerinnen und -bauern, Hirtinnen und Hirten, Fischerinnen und Fischer wie auch Indigene auf kleinsten Flächen den größten Teil aller weltweiten Lebensmittel, in vielen Ländern in Afrika und Asien bis zu 80 Prozent. Und die (klein-)bäuerliche Landwirtschaft ist häufig die einzige Wirtschaftsform, um die Existenz vieler Menschen zu sichern. Immerhin leben 2,6 Milliarden Menschen von ihr. Liegt die bewirtschaftete Fläche unter zwei Hektar, spricht man von kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Darunter fallen 83 Prozent der weltweit 537 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe. Sie bewirtschaften etwa 60 Prozent der weltweiten Ackerflächen – häufig jedoch qualitativ schlechte und nicht bewässerungsfähige Böden – und leisten den größten Teil der Agrarinvestitionen.

Doch die Durchschnittsgröße der kleinen Betriebe sinkt. Mittlerweile liegt sie in Asien bei 1,06 Hektar und in Afrika bei 1,3 Hektar. Dadurch ist es vielen Kleinbäuerinnen und -bauern nicht mehr möglich, ihre Familie durch den eigenen Anbau ausreichend zu versorgen. Sie müssen sich zusätzliche Arbeit suchen. Dabei ist in vielen Ländern genügend Land da, jedoch ungerecht verteilt. Eine gerechte Verteilung von und der Zugang zu

Land durch Land- und Agrarreformen ist Grundlage für eine stabile und nachhaltige Ernährungssicherung.

Die Wirtschaftsweise bäuerlicher Familienbetriebe verstehen

Lokale Wirtschaftssysteme können nur dann tragfähig sein, wenn sie berücksichtigen, dass sich die Wirtschaftsweise bäuerlicher Familienbetriebe in erster Linie an Sicherheit und Nachhaltigkeit orientiert. In Tansania zum Beispiel nutzen Bäuerinnen und Bauern wieder stärker einheimische, widerstandsfähige und nährstoffreiche Sorten und setzen auf die Vorteile von Mischkulturen und natürlicher Bekämpfung von Schädlingen. Und sie schonen ihre knappen natürlichen Ressourcen. Regenwasser wird kostengünstig über die Dachrinnen der Häuser in Zisternen gesammelt und für den Gemüseanbau verwendet. So entschärfen sie Verteilungskonflikte um Wasser und Land. Die Produzentinnen und Produzenten brauchen weniger Kapital und sind nicht mehr so abhängig von externen Betriebsmitteln. All das hat die Ernährungssituation der Bevölkerung deutlich verbessert. Gleichzeitig muss der Zugang zu ausreichendem und sauberem Wasser für den Verbrauch und die Landwirtschaft erstritten und staatlich gewährleistet werden. Wasser ist ein Menschenrecht.

Agrarökologische Prinzipien in der bäuerlichen Landwirtschaft etablieren

Fossile Energieträger und wichtige Nährstoffe wie Phosphat und Kalium werden in Zukunft immer knapper und teurer werden. Die Erträge durch stärkere chemisch-mineralische Düngung zu steigern, stößt an ökologische Grenzen. Und für viele kleinbäuerliche Betriebe ist es nicht rentabel, noch mehr Energie und Maschinen einzusetzen. Deshalb müssen die Anbaumethoden verbessert, regional erzeugtes Saatgut eingesetzt, die Fruchtbarkeit des Bodens aufgebaut, Unkraut mechanisch bekämpft, Pflanzen biologisch geschützt sowie Anbaumethoden genutzt werden, die Wasser sparen. So kann es gelingen, die Produktion umweltschonend und im Einklang mit den vorhandenen natürlichen Ressourcen zu intensivieren. Kleinbäuerliche Landwirtschaft muss daher im Fokus staatlicher Agrarförderung stehen und eine gerechte Verteilung der für die Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Mittel muss für sie sicher gestellt werden – nicht nur für große Agrarkonzerne.

Wenn Bäuerinnen und Bauern dafür qualifiziert werden und wenn sie genügend Land, Wasser und



Dank der neuen Anbaumethoden und Gewächshäuser, die durch die Brot für die Welt-Partnerorganisation SERMIXE in der Gemeinde eingeführt wurden, gibt es heute eine Vielzahl von unterschiedlichen Produkten und ausgewogene Ernährung.

Arbeitskraft haben, werden sie sogar einen höheren Nährwert pro Hektar erzielen als die industriell organisierte Landwirtschaft. In vielen Ländern des Globalen Südens können die Erträge im Ackerbau noch deutlich gesteigert werden – ohne der Umwelt zu schaden. Diese agrarökologischen Produktionsmethoden sollten gemeinsam erprobt und weiterentwickelt werden. Wie zum Beispiel in Tansania. Dort beraten über 40 kleinbäuerliche Verbände, organisiert im panafrikanischen Netzwerk PELUM (Participatory Ecological Land Use Management) kleinbäuerliche Betriebe in diesen Anbaumethoden und setzen sich in ihrer Lobbyarbeit auf nationaler und internationaler Ebene für agrarökologische Landwirtschaft ein.

Frauenrechte und die Interessen der Produzentinnen und Produzenten stärken

Agrarökologie und regionale Produktions- und Vermarktungsgenossenschaften sind in ein umfassendes Konzept ländlicher Entwicklung einzubinden. Dazu gehört, das Handwerk auf dem Land in seiner Vielfältigkeit weiterzuentwickeln und zu stützen sowie Kleingewerbe und Kleinindustrie aufzubauen. Soll das Wirtschaftssystem

für alle effizient und gewinnbringend umgestaltet werden, ist auch die systematische Teilhabe von Frauen unabdingbar. Meist sind sie es, die das komplexe Anbauwissen von Generation zu Generation weitergeben, die Produkte vermarkten und die Hauptverantwortung für die Existenzsicherung ihrer Familien tragen. Allerdings muss hier auch darauf geachtet werden, dass dies nicht dazu führt, die Mehrfachbelastung von Frauen noch zu verstärken. Geschlechtergerechtigkeit ist nur möglich, wenn Frauen und Männer gleichermaßen Verantwortung übernehmen und gemeinsam gestalten.

Und Ungerechtigkeiten können nicht abgebaut werden, ohne die kollektiven Rechte der Produzentinnen und Produzenten zu stärken und ihnen in einer politischen Interessensvertretung eine Stimme zu geben. So haben sich über 200 Millionen Bäuerinnen und Bauern in dem weltweit agierenden Verband La Via Campesina zusammengeschlossen. Ziel ist es, der ländlichen Bevölkerung ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Agrarökologische Anbaumethoden – eingebettet in eine Politik der Ernährungssouveränität und der Verwirklichung des Rechtes auf Nahrung – sind ein wichtiger Baustein für mehr Gerechtigkeit und für mehr Ernährungssicherheit.

Gesundheit und Gerechtigkeit

Weltweit haben Menschen ungleiche Chancen auf ein gesundes Leben und eine gute Gesundheitsversorgung. Die Unterschiede zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden sind jedoch besonders groß. Menschen, die in Armut leben, werden eher krank und haben oft nicht die Mittel, sich medizinisch versorgen zu lassen. Oder sie verarmen, weil die medizinische Behandlung für sie zu viel kostet. Diese Benachteiligungen gibt es in vielen Gesellschaften – Deutschland ist da keine Ausnahme.

Von Hannah Eger und Mareike Haase

Ob wir gesund sind und ob wir es auch bleiben, ist abhängig von den Bedingungen, in denen wir geboren werden, aufwachsen, leben und arbeiten. Von Armut geprägte Lebensbedingungen – wie mangelhafte Ernährung, ungesunde Wohnverhältnisse oder schlechte Arbeitsbedingungen – führen zu Krankheiten und einer niedrigeren Lebenserwartung. Menschen, die in Armut leben, haben von Beginn an wenig Chancen auf ein gesundes Leben. Werden sie krank, haben sie häufig nicht die finanziellen Mittel, sich medizinisch versorgen zu lassen. Oder sie verarmen, weil die Behandlung für sie zu teuer ist und sie möglicherweise darüber hinaus wegen ihrer Erkrankung empfindliche Einnahmeausfälle hinnehmen müssen. Es entsteht ein Teufelskreis aus Armut und Krankheit, dem sie schwer entfliehen können.

Ursächlich für Krankheit sind vielfach Faktoren, die von einzelnen Personen schwer zu ändern sind. Medizinische Versorgung kann zwar die Symptome bekämpfen, sie wird aber kaum ungerechte Startchancen verhindern. Langfristige Erfolge sind dann möglich, wenn die grundsätzlichen Bedingungen verändert werden: So sank beispielsweise die Anzahl der Todesfälle durch Tuberkulose ab Beginn des 20. Jahrhunderts deutlich, obwohl erst 1943 ein Antibiotikum zur Verfügung stand. Der Grund waren bessere Arbeitsbedingungen, Wohnverhältnisse und Ernährung. Es ist also vor allem politisches Handeln gefragt, um für gerechte Chancen auf ein gesundes Leben oder auch Gesundheitsgerechtigkeit zu sorgen.

Menschen in Südafrika haben eine durchschnittliche Lebenserwartung von nur 63 Jahren

Ungerechtigkeit betrifft Menschen weltweit, jedoch sind die Unterschiede zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden besonders groß. So wird ein Mensch in Deutschland durchschnittlich 81 Jahre alt, während

ein Kind, das heute im westafrikanischen Sierra Leone geboren wird, nur eine Aussicht auf 52 Lebensjahre hat (UNDP 2018).

Aber nicht nur zwischen einzelnen Ländern, auch innerhalb von Gesellschaften gibt es große Unterschiede. Nach Daten der Weltbank ist Südafrika das Land mit der größten Einkommensungleichheit weltweit. Vom Wirtschaftswachstum hat nur ein Teil der Bevölkerung profitiert, während viele Menschen weiterhin in Armut leben. Gleichzeitig ist das öffentliche Gesundheitssystem schlecht ausgestattet und kann den Bedürfnissen der ärmeren Bevölkerung kaum gerecht werden. Im Vergleich zur privaten Versorgung wird in die öffentliche Gesundheitsversorgung wenig investiert, auch gibt es viel zu wenig Personal. Während im privaten Bereich ein Arzt oder eine Ärztin für etwa 500 Patientinnen und Patienten da ist, sind es im öffentlichen Sektor etwa 11.000. So hat die ärmere Bevölkerung ungleich schlechtere Chancen auf eine angemessene Versorgung, was sich in der Lebenserwartung ausdrückt.

Wie kann mehr Gerechtigkeit erreicht werden? Da Gesundheit nicht nur vom medizinischen Fortschritt geprägt wird, sondern die gesamten Lebensbedingungen und das soziale Umfeld eine tragende Rolle spielen, ist es wichtig, sich mit den strukturellen Ursachen von Krankheiten zu befassen. Politische Entscheidungen müssen über verschiedene Bereiche hinweg getroffen werden und es sollte ein Austausch zwischen den einzelnen Sektoren wie Bildung, Ernährung, soziale Sicherung und Arbeitsbedingungen stattfinden. Umfassende Informationen über Gesundheitsgefahren und Arbeitsrechte versetzen Menschen in die Lage, selbst Verbesserungen für sich einzufordern zu können. Gleichzeitig braucht es soziale Sicherungssysteme, die Menschen gegenüber den Nachteilen durch Krankheit und Arbeitsunfähigkeit absichern und verhindern, dass sie dadurch in Armutssituationen geraten.

Eine Gesundheitsversorgung, die nahe am Wohnort angeboten wird und die bezahlbar ist

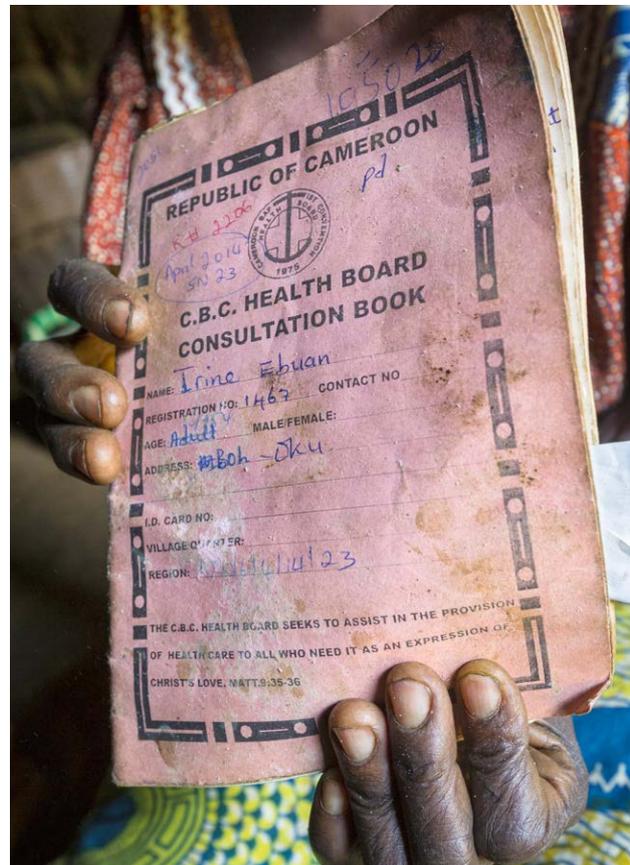
Ungerechtigkeit im Gesundheitsbereich muss stets auf zwei eng miteinander verzahnten Ebenen bekämpft werden: Es gilt, die global-politischen Rahmenbedingungen und gleichzeitig die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern. Genau hier setzt die Arbeit von Brot für die Welt an – gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen weltweit.

Grundlegend für ihr Engagement ist dabei das Konzept Primary Health Care. Primary Health Care, seit 1978 das Gesundheitskonzept der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen, fördert eine Gesundheitsversorgung, die nahe am Wohnort angeboten wird, die bezahlbar ist, und an der alle teilhaben können. Gesundheit wird ganzheitlich betrachtet und bezieht die Lebensbedingungen und sozialen Gegebenheiten der Menschen mit ein. So kann entsprechend ihrer Bedürfnisse gehandelt und Gerechtigkeit geschaffen werden.

Im Fokus steht die Teilhabe der Bevölkerung: Die Menschen sollen aktiv an Entscheidungen, die ihre Gesundheit betreffen, beteiligt werden. Die Cameroon Baptist Convention (CBC), eine langjährige Partnerorganisation von Brot für die Welt, hat in der Nord-West Provinz in Kamerun im Sinne von Primary Health Care eine Gesundheitsarbeit initiiert und gestärkt, die es bis dato so gut wie nicht gab. Mit Unterstützung von CBC gründeten die jeweiligen Dorfgemeinschaften lokale Gesundheitskomitees. Sie sind dafür verantwortlich, kleine Gesundheitseinrichtungen in ihrem Ort zu bauen, sie instand zu halten, zu managen und zu finanzieren.

Bis heute wurde ein Netz aus über 50 dieser Einrichtungen ins Leben gerufen. Sie arbeiten insbesondere präventiv für die Gesundheit von Müttern und Kindern und konzentrieren sich dabei vor allem auf Ernährungsberatung und Informationen. Um die Gesundheitsposten zu stärken, werden stetig Menschen aus der Gemeinde als Gesundheitshelferinnen und -helfer und Hebammen ausgebildet. Zudem sind die dörflichen Gesundheitsposten durch ein Referenzsystem an städtische Versorgungszentren mit spezialisierter Medizin angebunden, um die Menschen auch in schwierigeren Fällen versorgen zu können. Gleichzeitig tauscht sich die CBC mit staatlichen Stellen aus, um Erfahrungen zu teilen und darauf zu achten, dass der Staat seine Verantwortung wahrnimmt, die Chancen der Menschen in Kamerun auf ein Leben in Gesundheit nachhaltig zu verbessern und zu stärken.

Auf internationaler Ebene setzt sich das Ecumenical Pharmaceutical Network (EPN) für verbesserte globale Bedingungen ein. Durch Lobby- und Advocacyarbeit versucht das afrikanische Netzwerk mit Sitz in Kenia, Menschen weltweit einen gerechten Zugang zu Medikamenten zu verschaffen. Oft gibt es für Erkrankungen im Globalen Süden keine Medikamente, oder sie sind durch Patente geschützt und damit zu teuer für ärmere Länder. EPN dringt darauf, dass Präparate bedarfsgerecht entwickelt werden und auch für alle Menschen weltweit



Dieses Gesundheitsbuch enthält die gewissenhaft geführte Pflegedokumentation von Irene Ebouan (60). Die Brot für die Welt-Partnerorganisation CBCHS setzt sich für eine bessere medizinische Versorgung ein.

erschwinglich sind. Dafür fordert die Organisation von den Regierungen, entsprechende Regulierungen für den globalen Medikamentenmarkt einzuführen. Durch Lobbyarbeit in Kenia, aber auch auf Ebene der UN-Weltgesundheitsorganisation setzt sich EPN unter anderem für eine Preispolitik ein: Regierungen sollen besser über die tatsächlichen Herstellungskosten von Medikamenten informiert werden, um mit den pharmazeutischen Unternehmen günstigere Preise verhandeln zu können.

Darüber hinaus engagiert sich Brot für die Welt gegenüber der deutschen Bundesregierung und auch der Weltgesundheitsorganisation für umfassende Ansätze und globale Rahmenwerke zur Verbesserung von Gesundheit, die die zugrundeliegenden Ursachen von Krankheit angehen – so dass sich am Ende alle Menschen medizinisch versorgen können und gerechte Chancen auf ein gesundes Leben haben.

Biodiversität und Gerechtigkeit

Die Vielfalt der Natur ist stark vom Klima und den geologischen Bedingungen abhängig. Deswegen ist sie nicht gleichmäßig auf der Erde verteilt. Daher stellt sich die Frage, wie der Zugang zu Biodiversität für alle und der Austausch von biologischen Ressourcen gerecht geregelt werden kann. Die Länder des Globalen Südens kämpfen vor allem darum, die Souveränität über ihre Biodiversität wiederzuerlangen, die ihnen in der Kolonialzeit geraubt wurde.

Von Stig Tanzmann

Die Biodiversität auf unserem Planeten ist sehr ungleich verteilt. Das liegt unter anderem an den unterschiedlichen klimatischen und geologischen Gegebenheiten, an die sich die Natur über Jahrtausende angepasst hat – gerade durch diesen Prozess zeichnet sich Biodiversität in ihrer Vielfalt aus. So können zum Beispiel semiaride Regionen besonders reich an Biodiversität sein, da die Natur dort viele Möglichkeiten hat, sich in verschiedenen Nischen einzurichten und sich in diverse Richtungen zu entwickeln. Um diesen Diversifizierungsprozess innerhalb und zwischen den verschiedenen Arten in den

unterschiedlichen Regionen gerecht zu erfassen, spricht man heute von Zentren der Diversität.

Im Gerechtigkeitsdiskurs zu Biodiversität geht es um die Frage, wie ein gerechter Zugang zu Biodiversität gesichert und der Austausch von biologischen Ressourcen erfolgen kann.

Die gerechte Nutzung der Biodiversität ist ein zentrales Thema der Menschheit

Biologische Vielfalt ist ein Segen und kann den Menschen großen Wohlstand bringen. Schon seit Jahrtausenden streben sie danach, Zugang zur biologischen Vielfalt anderer Regionen zu erhalten oder sie zum gegenseitigen Nutzen untereinander zu tauschen. So verbreitete sich zum Beispiel der Ackerbau aus dem heutigen Nahen Osten. Gleichzeitig ist der Zugang zu biologischer Vielfalt und das Wissen über sie häufig mit Macht und Konflikten verbunden. Auch diejenigen, die Ackerbau betrieben, gerieten mit Gruppen aneinander, die die Natur anders nutzen wollten. In diesem Fall standen Ackerbäuerinnen und -bauern gegen nomadische Viehalterinnen und Viehalter und/ oder Jäger und Sammler – eine Jahrtausende alte Auseinandersetzung zwischen Menschen



Der Zugang zu Biodiversität für alle muss gerecht geregelt werden.

um die gerechte Nutzung der Biodiversität. Ihre Aktualität wird in unserer Gesellschaft, die vom Ackerbau und nun vor allem global zunehmend städtisch geprägt ist, zu Unrecht kaum beachtet. Somit ist auch das Verständnis für viele Konflikte um Gerechtigkeit, die zurzeit den Planeten prägen, verstellt.

Die Bibel befasst sich intensiv mit dem Streben nach Gerechtigkeit bei der Nutzung der Biodiversität in den Auseinandersetzungen zwischen Hirten und Ackerbäuerinnen und -bauern. In der Schöpfungsgeschichte mahnt sie außerdem, dass die Natur und ihre Vielfalt ein Recht darauf haben, vom Menschen bewahrt und geschätzt zu werden. Brot für die Welt versteht die Bewahrung der Schöpfung daher als eine seiner Kernaufgaben und als ein zentrales Anliegen bei der Verwirklichung von Gerechtigkeit.

Die Kolonialmächte haben die Biodiversität rücksichtslos für sich genutzt

Bisher wird in Europa zu wenig beachtet, wie stark der Kolonialismus davon geprägt war, Kontrolle und Herrschaft über die Biodiversität anderer Länder und Regionen zu erlangen. Ziel war es, Macht und Überlegenheit zu gewinnen, Kapital anzuhäufen und damit den eigenen Eliten und ihrem Herrschaftsanspruch zu dienen. Mit welcher Systematik und Rücksichtslosigkeit die Kolonialmächte dabei gegenüber Menschen, Biodiversität und Kultur vorgingen, beschreibt der Historiker Sven Beckert eindrücklich in seinem Buch „King Cotton“ am Beispiel Baumwolle. Sie erfassten die Biodiversität laut Beckert strategisch und zerstörten oder okkupierten gleichzeitig die lokalen Wissenssysteme. So lagert noch heute ein Großteil des Wissens zur biologischen Vielfalt in Einrichtungen der Staaten des Globalen Nordens. Die Staaten des Globalen Südens, aber auch bäuerliche Bewegungen wie La Via Campesina und indigene Gruppen versuchen nun, die Souveränität über die Biodiversität wiederzuerlangen, die ihren Ursprung in ihren Regionen hat. Sie wollen damit Gerechtigkeit schaffen und erreichen, dass es zu einem fairen Vorteilsausgleich kommt, wenn ihre biologischen Ressourcen genutzt werden.

Das wissenschaftliche Verständnis von Biodiversität lässt traditionelles Wissen außen vor

Die kolonialen Sammlungen haben den Vorteil, dass sie die Biodiversität mit den Mitteln und im Kontext ihrer Zeit erfasst haben. So können wir heute den Verlust der vergangenen Jahrhunderte ermessen. Gleichzeitig

entstand ein wissenschaftliches Verständnis von Biodiversität, das sehr stark von Nutzungs- und Inwertsetzungsgedanken geleitet ist. Es versucht, Biodiversität – geleitet vom Paradigma der Industrialisierung – immer besser nutzbar und wissenschaftlich verstehbar zu machen.

Dieses Verständnis lässt traditionelles Wissen und Spiritualität außen vor. Aus der Gerechtigkeitsperspektive ist das problematisch, denn damit werden häufig gerade die Gruppen ausgeschlossen, die die Biodiversität über Jahrtausende maßgeblich geprägt und auf ihrer Basis Wissenssysteme aufgebaut haben. Die wissenschaftliche Perspektive ist dabei nicht bereit, diese komplexen Wissenssysteme auf Augenhöhe in den eigenen Diskurs zu integrieren.

Verschärft werden die Probleme durch neue industrielle Konzepte der Inwertsetzung der Natur wie zum Beispiel der Bioökonomie. Ihr Ziel ist es, der industriellen und digitalen Wachstumsgesellschaft eine neue Ressourcenbasis zu geben – eine „natürliche Ressourcenbasis“. Dafür wird die Biodiversität erneut und systematisch auf ihren Nutzen und ihre Inwertsetzungsmöglichkeiten hin unter- und durchsucht und selektiert. Nur die effizientesten Pflanzen wie Mais, Soja, Reis, Weizen und Ölpalme werden immer großflächiger angebaut. Gleichzeitig werden Produkte der Biodiversität als molekulare oder genetische Einzelprodukte betrachtet und aus ihrem natürlichen Kontext gerissen. Mit Hilfe neuer Gentechnik (CRISPR/Cas) wird Biodiversität als beliebig veränderbare Kombination der Bausteine der DNA im Dienst der Wachstumsgesellschaft begriffen.

Damit indigenen Gruppen, bäuerlichen Bewegungen, aber auch der Biodiversität selbst mehr Gerechtigkeit widerfährt, unterstützt Brot für die Welt seit Jahrzehnten bäuerliche Organisationen, indigene Gemeinschaften und NGOs. Brot für die Welt hilft ihnen dabei, ihr Recht auf Gerechtigkeit im Rahmen internationaler Vertragswerke wie der Biodiversitätskonvention CBD und nationalen Diskursen einzufordern.

Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt seit Jahrzehnten dafür ein, die Agrarökologie als holistisches Konzept, das den Schutz und die Nutzung der Komplexität der Agrarökologie im Zentrum ihres Ansatzes verfolgt, zu fördern. Agrarökologie strebt nach einem gerechten und einvernehmlichen Interessenausgleich zwischen Mensch und Natur und ist somit ein zentraler Baustein bei der Bewahrung der Schöpfung.

Fischerei und Gerechtigkeit

Unsere Meere sind überfischt, durch Gas- und Ölfunde verschmutzt und durch Plastikabfall vermüllt. Auch die Folgen der Klimakatastrophe bedrohen den handwerklichen Fischereisektor des Globalen Südens und damit die Lebensgrundlage vieler Menschen. Wem wird in Zukunft der Wildfisch in den Meeren gehören?

Von Francisco Mari

Die Frage nach dem Zugang zu den natürlichen Ressourcen ist für Milliarden Menschen in Ländern des Globalen Südens noch immer entscheidend für ihr tägliches Überleben. Dies gilt auch für die über 50 Millionen Menschen, meist Männer und wenige Frauen, die fast täglich auf das Meer hinausfahren und dem wechselnden Glück des Fangerfolgs ausgesetzt sind. Von ihren Fängen hängen auch die Einkommen von weiteren weltweit über 200 Millionen Arbeitsplätzen ab – in der Fischverarbeitung, im Handwerk oder in den Kleinfabriken. Fast 50 Prozent der dort Beschäftigten sind Frauen. Wieviel Fisch gefangen werden kann, wo und auch wie lange Fischer auf Fang gehen können, hängt von einer Vielzahl Faktoren ab, die Fischerinnen und Fischer nicht direkt beeinflussen können, wenn sie nachhaltig fischen.

Jahrhundertlang war die Fahrt auf das offene Meer zum Fischen vollkommen unregelt. Man brauchte nur ein ausreichend großes Boot, Netze und Proviant. Erst nachdem die Nationalstaaten entstanden waren, wurden die unmittelbaren Küstengewässer in drei bis zwölf Seemeilen Entfernung der nationalen Souveränität unterstellt. Im Globalen Süden war aber die Macht über Küsten und Meere Teil der kolonialen Herrschaft. Als sich die industrielle Fischerei Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte, begann auch dort die Ausplünderung der weltweiten Fischgründe.

Zumindest auf dem Papier endete die koloniale „Freiheit der Meere“, als die meisten Kolonien unabhängig wurden. Da die einheimischen Fischbestände zeitgleich in Europa, Nordamerika, aber auch in Japan aufgrund einer übermäßigen Befischung stark dezimiert waren, begann in den 1970er Jahren ein globaler Kampf um die Fischgründe. Die Frage „Wem gehören eigentlich die globalen Fischbestände?“ wurde zum Thema der internationalen Politik. Sie führte teilweise zu heftigen Konflikten, die zum Beispiel als „Kabeljaukrieg“ zwischen Island und Großbritannien in die Geschichte eingegangen sind.

Fisch gibt es nur nahe der Küste

Die Tatsache, dass der „blaue Planet“ zu 70 Prozent von Meerwasser durchzogen ist, bedeutet nicht, dass die gesamte Meeresfläche mit gleichgroßen Mengen von Meeresfisch gefüllt ist. Da die Arten am untersten Ende der Futterpyramide Nahrung brauchen, die meist nur nahe der Küste vorkommt, finden sich die meisten Arten, von denen der Mensch sich ernährt, in einem Abstand von nur drei- bis vierhundert Kilometern vor den Küsten. Je größer der Fangfisch, desto weiter lebt er von der Küste entfernt, beispielsweise der Thunfisch. In der Folge der Konflikte um die Fischbestände vor den Küsten riefen manche Staaten Mitte der 1970er Jahre (beispielsweise Island) einseitig 200 Seemeilenzonen (etwa 370 Kilometer) aus, in denen niemand ohne Erlaubnis des Küstenstaates fischen durfte. Daraufhin einigte sich die Staatengemeinschaft in dem sogenannten Seerechtsübereinkommen (SRÜ) darauf, dass alle Küstenstaaten der Welt die Gewässer 200 Seemeilen vor ihrer Küste wirtschaftlich nutzen können und diese quasi in ihre Souveränität übergehen. Damit wurde weltweit fast der gesamte Fischbestand der Erde nationalisiert. Auch wenn es im Rest (70 Prozent) der Ozeane ebenfalls Fisch gibt, ist er selten und schwer zu fangen.

Die Absicht war, den Entwicklungsländern einen Anteil des Wertes am Fischreichtum vor ihren Küsten zu sichern. Seitdem das SRÜ vor genau 25 Jahren in Kraft trat, müssen die Schiffe der großen Fangflotten eine Lizenz beim Küstenstaat erwerben und auch deren Regeln beachten. Dazu gehören Verbote, zu nah an der Küste zu fischen, um nicht in die Fischgründe der Kleinfischerinnen und -fischer zu geraten.

Fangnationen halten sich nicht an Regeln

Soweit die Theorie. In der Wirklichkeit haben sich die großen Fangnationen wie Spanien, Japan, China und die damalige Sowjetunion nur untereinander daran gehalten. Wenn sie in Entwicklungsländern fischten – mit oder ohne Lizenz – hatten sie wenig zu befürchten. Die meisten Länder dort hatten und haben keine Küstenpolizei, Radar oder Marine, um die fremden Trawler auch nur zu entdecken. So konnten die Industrieschiffe trotz SRÜ jahrzehntelang die Fischgründe weiter plündern. Sie haben damit die handwerklichen Fischereien weltweit in eine verzweifelte Lage gebracht: Der Meeresboden wurde durch ihre Grundschleppnetze zerstört. Für Barsche, Krabben oder Tintenfisch wurde oft die zehnbis zwanzigfache Menge anderer Fisch mitgefangen, der

im Globalen Norden nicht vermarktet werden kann. Dieser Beifang wurde massenhaft tot über Bord geworfen, wodurch weltweit die Bestände zurückgingen. Und immer wieder gab es Konflikte auf offener See, weil sie die Netze der kleinen Fischereien zerrissen. Die Folge war, dass ganze Küstengebiete verarmten und der wichtigste Proteinlieferant Fisch die Ernährung der Menschen nicht mehr sichern konnte.

Aber die weltweiten Fischereigemeinschaften wollten ihren Lebensunterhalt nicht ohne Widerstand verlieren. Um die Jahrtausendwende begannen sie, sich global zu vernetzen und die Weltstaatengemeinschaft aufzufordern, endlich Regeln zu erlassen; direkte Adressatin war die für die globale Fischerei zuständige Welternährungsorganisation FAO. Diese sollte anerkennen, dass die handwerkliche Fischerei einen privilegierten Zugang zu den eigenen Fischgründen haben muss und Schutzvorschriften erlassen werden müssen. Auf der ersten FAO-Konferenz zur handwerklichen Fischerei 2008 begannen mit der Erklärung von Bangkok dann tatsächlich die Verhandlungen. Sie führten im Jahr 2014 dazu, dass Leitlinien zum Schutz der Kleinfischerei verabschiedet wurden, die auch menschenrechtliche Garantien für Männer und Frauen in der Fischerei umfassen.

Brot für die Welt hat von Anfang an den Verhandlungsprozess für die Leitlinien unterstützt. Schwerpunkt war dabei, demokratische Strukturen für die Kleinfischereinnen und -fischer in Afrika aufzubauen und eine kontinentale Vertretung zu gründen. In vielen Ländern des Globalen Südens haben die Leitlinien dazu geführt, dass die Fischereigesetze neu formuliert und die Rechte des handwerklichen Sektors anerkannt wurden. Gemeinsam setzen sich Brot für die Welt und seine Partner erfolgreich dafür ein, dass bei allen politischen Entscheidungen der EU und der Bundesregierung, die das Meer betreffen, die Grundsätze der FAO-Leitlinien berücksichtigt werden. Dies gilt auch bei Meeresschutzprojekten der Entwicklungspolitik und bei der Ausgestaltung der EU-Fischereiabkommen mit Entwicklungsländern.

FAO-Leitlinien zum Schutz der handwerklichen Fischerei

Die EU überwacht streng, ob diese Abkommen von ihrer Flotte eingehalten werden und sanktioniert Verfehlungen. Leider können nicht alle Fangflotten so überwacht werden. Nach FAO-Schätzungen stammen etwa 30 Prozent des in Industrieländern konsumierten Fisches aus illegalem Fang. Die Einfuhrkontrollen, zumindest in der



Fischer Amrizal (30) hat mit Schnur und Haken Thunfische und Tangiri-Fische rund 30 Meilen vor Banda Aceh, Indonesien, gefangen.

EU, den USA und Japan, sind zwar strenger geworden, aber noch immer dringen asiatische und auch europäische Trawler illegal in die Fanggründe der Entwicklungsländer ein. Lokale Kleinfischerinnen und -fischer fangen so immer weniger Fisch, und die wenigen Fische sind oft sehr klein. Das verstärkt Armut und Hunger an den Küsten.

Auch die Verschmutzung durch Gas- und Ölfunde sowie Plastikmüll und die Folgen der Klimakatastrophe beeinflussen den handwerklichen Fischereisektor negativ. Sie werfen die Frage auf, wem in Zukunft der Wildfisch in den Meeren gehört. Die jetzige Verteilung ist vollkommen ungerecht. 3,4 Millionen Kleinboote in den Entwicklungsländern fangen nur 40 Prozent der weltweiten Bestände für die Ernährung meist armer Menschen. 30.000 industrielle Boote holen 60 Prozent der 80 Millionen Tonnen Jahresfang aus dem Meer, und zwar für den Konsum in Industrie- und Schwellenländern. So verbrauchen die Menschen im Globalen Norden 20 bis 40 Kilogramm Fisch pro Jahr, während in Afrika nur zehn Kilogramm und in Indien gar nur vier Kilogramm Fisch konsumiert werden. An dieser Ungerechtigkeit ist auch die EU beteiligt, die die Hälfte ihres Konsums aus Entwicklungsländern bezieht – ebenso wie Deutschland, das 80 Prozent importiert.

Dabei ist Fisch in vielen Entwicklungsländern als Proteinquelle unersetzlich. Alternativen zum Fischfang als Lebensunterhalt an den Küsten gibt es kaum.

Strukturwandel und Gerechtigkeit

Ein Strukturwandel – zum Beispiel in der Energiepolitik – muss gerecht für alle gestaltet werden. Für die Menschen im Globalen Süden, die am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden. Für die zukünftigen Generationen, die in einer erhitzten Welt leben müssen. In der Debatte um den Kohleausstieg ist der Erhalt von Arbeitsplätzen und billiger Energie häufig wichtiger als die Energiewende und der Klimaschutz. So schaffen wir keine globale Gerechtigkeit!

Von Joachim Fünfgelt

Das Thema Gerechtigkeit in der Energiepolitik hat spätestens seit dem Jahr 2018 Hochkonjunktur. Unter dem Stichwort Just Transition (Gerechter Strukturwandel) wurde im Rahmen der Klimaverhandlungen im Dezember 2018 diskutiert, wie man die Energiewende so organisieren kann, dass sie nicht zu Lasten von Arbeiterinnen und Arbeitern in fossilen Industrien geht. So unterzeichneten seinerzeit 29 Staaten eine vom Internationalen Gewerkschaftsbund initiierte Deklaration. Sie will, dass im Rahmen des Strukturwandels hin zu einer klimafreundlichen Energieerzeugung soziale Belange berücksichtigt werden. Zu den unterzeichnenden Staaten gehörten vor allem Mitglieder der EU, darunter auch Deutschland. Während die Forderung nach einer Just Transition ethisch legitim ist, sehen viele Partnerorganisationen von Brot für die Welt das Konzept kritisch. Zu oft wird mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Just Transition ein Stillstand in der Klimapolitik gerechtfertigt.

In Deutschland wurde die Forderung nach Just Transition insbesondere während der Arbeit der Kohlekommission diskutiert, die einen Vorschlag zum Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland erarbeiten sollte. In der Kommission waren neben Regierungsvertreterinnen und -vertretern unter anderem sieben Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Industrie und jeweils drei aus Gewerkschaften und Umweltverbänden. Entwicklungs- und Jugendverbände waren nicht eingeladen. Gerechtigkeit spielte in den Diskussionen eine wichtige Rolle – im Sinne von Gerechtigkeit für Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland. Nicht als Gerechtigkeit für Menschen, die 2018 in Deutschland unter den Folgen des Dürresommers gelitten haben. Nicht als Gerechtigkeit für Menschen im Globalen Süden, die schon lange besonders heftig unter den Folgen der Klimakrise leiden. Und auch nicht als Gerechtigkeit für Menschen, die in Zukunft unter den Folgen der Klimakrise leiden werden.

Diese eindimensionale Betrachtung hat in der Debatte um den Kohleausstieg zu einem eindimensionalen Verständnis von Gerechtigkeit geführt: Energiewende und Klimaschutz seien wichtig, aber der Erhalt von Arbeitsplätzen und billiger Energie mindestens genauso. Die Frage war also: Wie schaffen wir es, trotz Klimaschutz und Kohleausstieg, Gerechtigkeit zu erhalten und bestehende Arbeitsplätze zu schützen? Jobs first! Damit wurde die Debatte auf den Kopf gestellt, da Klimaschutz ja für Gerechtigkeit sorgen soll. So hat die Kohlekommission zunächst ausgiebig darüber diskutiert, wie Kohleregionen und Industrie unterstützt werden können. Den für den Klimaschutz entscheidende Fahrplan zum Ausstieg inklusive des Datums für die Abschaltung der Kohlekraftwerke schob die Kommission bis zum Ende vor sich her. Als Ergebnis legte sie einen Bericht vor, der den Kohleregionen, den Beschäftigten und der Industrie stark entgegen kam, aber aufgrund zu langer Restlaufzeiten für Kohlekraftwerke die Ziele des Pariser Klimaabkommens verfehlen würde.

Eine gerechte Energiepolitik braucht eine globale Perspektive

Die Abwägung zwischen Arbeitsplätzen in Deutschland und effektivem Klimaschutz führt also in eine Zwickmühle. Auf der einen Seite steigt der Druck, der Klimakrise zu begegnen, rasant. Auf der anderen Seite müssen soziale Härten in den Kohlerevieren abgewendet werden. Je mehr Zeit dabei durch Untätigkeit verloren geht, desto schwieriger wird es, geeignete Lösungen zu finden. In dieser Situation wäre es hilfreich, über den Tellerrand hinaus zu schauen und das Problem von einer globalen Gerechtigkeitsperspektive aus zu betrachten.

Der im Oktober 2018 erschienene 1,5 Grad-Bericht des Weltklimarats IPCC hat sehr deutlich gezeigt, dass kein Strukturwandel als gerecht bezeichnet werden kann, der nicht darauf abzielt, die Erhitzung der Erde auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Die Folgen jeder anderen Strategie sind aus einer globalen Gerechtigkeitsperspektive nicht vertretbar. Und selbst bei 1,5 Grad Erhitzung müsste die Unterstützung für Menschen im Globalen Süden deutlich verstärkt werden.

Mit einer globalen Gerechtigkeitsperspektive wäre die Kohlekommission also anders vorgegangen. Zunächst wären auch Menschen aus dem Globalen Süden sowie junge Menschen als Hauptbetroffene der Klimakrise in der Kommission vertreten gewesen, um ihre Sicht und ihre Forderungen einbringen zu können. Dann wäre



In der ersten Jahreshälfte 2019 produzierte Windenergie in Deutschland rund 67,2 TWh Strom und lag damit deutlich vor Braunkohle mit 53,0 TWh. Ein gerechter Strukturwandel sollte darauf aufbauen und die Nutzung von Kohle bis spätestens 2030 beenden.

geprüft worden, bis wann die Transformation im Energiesektor abgeschlossen sein muss, damit das 1,5 Grad-Ziel erreicht wird. Wissenschaftler errechneten hierfür das Jahr 2030 mit entsprechendem Ausstiegspfad. Diesen hätte man als nicht verhandelbar angesehen und dann darüber gesprochen, wie man ihn sozial gerecht ausgestaltet. Das Ergebnis wäre mit der 1,5 Grad-Grenze vereinbar gewesen und hätte mehr Planungssicherheit für die Wirtschaft gebracht. Es hätte die sozialen Fragen diskutiert, die sich in Deutschland durch den Kohleausstieg ergeben, ohne sie als Begründung für weniger Klimaschutz vorzubringen.

Ein wirklich gerechter Strukturwandel, eine wirkliche Just Transition, ist also nur mit einem globalen Gerechtigkeitsansatz möglich. Um einen solchen zu entwickeln und die politischen Schlussfolgerungen zu ziehen, ist es entscheidend, alle betroffenen Gruppen und ihre Akteurinnen und Akteure in den politischen Diskurs einzubinden: Gewerkschaften genauso wie Entwicklungs- und

Sozialverbände, Umweltverbände, Jugendverbände oder Frauenverbände. Neue, möglichst breite Allianzen sind notwendig, um die notwendige Transformation zu gestalten.

Steuern und Gerechtigkeit

Die Folgen von Finanzkrisen sind verheerend und weltweit ungleich verteilt. Sie treffen vor allem die Länder des Globalen Südens hart, die unter hoher Arbeitslosigkeit leiden und kaum soziale Sicherungssysteme haben. Auch ein bedeutender Teil der illegalen Kapitalflucht ereignet sich dort. Sie destabilisiert ganze Länder und untergräbt Steuereinnahmen, die dort für soziale Aufgaben dringend gebraucht würden.

Von Eva Hanfstängl

Seit der Finanzkrise im Jahr 2008 haben internationale Finanzspekulationen wieder zugenommen. Die Finanzprodukte, mit denen gehandelt wird, werden immer komplexer. Der Schattenbankenbereich, das sind unregulierte Finanzunternehmen, wächst. Zu diesen Schattenbanken zählen vor allem Hedgefonds, Investmentfonds und einige Geschäfte der Versicherungen. Hinzu kommt, dass Finanztransaktionen heutzutage immer schneller abgewickelt werden. Finanzexperten schließen daher die Gefahr einer neuen globalen Finanzkrise nicht mehr aus.

Die verheerenden Folgen von Finanzkrisen sind weltweit ungleich verteilt. Zwar leiden auch reiche Staaten darunter, doch sie konnten bisher mit der Aufnahme immens hoher Kredite für teure Konjunkturprogramme die Krisenfolgen abmildern. Die meisten Entwicklungsländer hingegen haben diese Möglichkeit nicht. Sie leiden unter hoher Arbeitslosigkeit und unzureichenden sozialen Sicherungssystemen. Das ist ungerecht. Dennoch fehlt es der G20 (Gruppe der 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer sowie der EU) am politischen Willen, sich auf internationaler Ebene auf ausreichende Regulierungsmaßnahmen des globalen Finanzsystems zu verständigen.

Eine umfassende Finanztransaktionssteuer einführen

Geld ist weltweit genug vorhanden, um die Armut weltweit auszurotten – es müsste nur gerechter verteilt werden. Stattdessen steigt die ungleiche Verteilung von Kapitalvermögen derzeit ins Extreme, denn die Unternehmenssteuern sind in den meisten Ländern zu niedrig und die Vermögenssteuer wurde weitgehend abgeschafft. In vielen Ländern des Globalen Südens gibt es noch immer keine progressiven Steuersysteme, die die Reichen stärker besteuern würden. Hinzu kommt, dass die enormen Gewinne aus den Finanzspekulationen in den meisten Ländern weiterhin komplett steuerfrei sind. Andererseits

zahlen alle – auch die arme Bevölkerung – Verbrauchssteuern, und jeder Arbeitnehmer zahlt Lohnsteuern.

Dabei könnte schon eine geringe Finanztransaktionssteuer von nur 0,1 Prozent auf alle spekulativen Finanztransaktionen national ein- bis zweistellige, global aber dreistellige Milliardenbeträge generieren. Diese könnten verwendet werden, um die Bekämpfung der Armut und Maßnahmen gegen Klimawandel zu finanzieren und auch, um die anderen Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Gleichzeitig könnte die Finanztransaktionssteuer mit dazu beitragen, dass globale Krisen zukünftig weniger häufig auftreten und weniger heftig verlaufen, denn mit der Steuer würden Finanztransaktionen entschleunigt und das Geschehen an den Finanzmärkten könnte besser kontrolliert werden. Doch leider wird auf deutscher und EU-Ebene zur Zeit nur diskutiert, ob der Aktienhandel besteuert wird. Das aber hat keine regulierenden Effekte und kann auch nur wenige zusätzliche Finanzmittel generieren. Gemeinsam mit anderen NGOs fordert Brot für die Welt daher, eine umfassendere Finanztransaktionssteuer einzuführen, die den Handel mit allen spekulativen Anlageninstrumenten einbezieht.

Gemeinsam gegen Steuerflucht und Schattenfinanzwirtschaft

Großkonzerne verschieben ihre Gewinne in Staaten, in sogenannte Steueroasen, in denen die Steuern am niedrigsten sind. Durch skandalöse Buchhaltungstricks entgehen so den Staaten Milliarden an Steuereinnahmen, die dann für wichtige soziale Aufgaben fehlen. Zwar sind genaue Zahlen nur schwer zu ermitteln, aber Daten-Leaks wie die Paradise- und Panama-Papers lassen die enormen Dimensionen erahnen. Es wird geschätzt, dass sich mittlerweile etwa 21 bis 32 Billionen US-Dollar an privatem Finanzvermögen in sogenannten Steueroasen befinden und so nur wenig oder gar nicht besteuert wurden. Das meiste stammt aus (immer noch) legaler Steuervermeidung.

Ein bedeutender Teil der Kapitalflucht ereignet sich in Ländern des Globalen Südens. Sie destabilisiert ganze Länder und untergräbt nötige Steuereinnahmen. Dem Staat entgehen damit Mittel für Sozialausgaben, für Bildung und Gesundheit. Den Schaden tragen durch höhere Belastungen die Menschen, die diese am wenigsten verkraften können.

Lange hatten zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter auch das Netzwerk Steuergerechtigkeit, gefordert, Informationen über Finanzkonten automatisch

auszutauschen. 2015 hat die Gruppe der G20 endlich einen von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ausgearbeiteten Aktionsplan gegen Steuerflucht beschlossen und damit begonnen, mit Steuerdaten derart zu verfahren. Unternehmen müssen nun – länderbezogen – wichtige Daten erheben und den Behörden mitteilen. Dazu zählen die Orte der unternehmerischen Tätigkeit und Umsatzerlöse, also Erlöse aus dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen, sowie Gewinne aus Investmenttätigkeiten.

Über 100 Staaten tauschen mittlerweile gegenseitig ihre Steuerinformationen aus, darunter sind auch viele Steueroasen. Das ergab laut OECD schon 95 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen. Deutschland beteiligt sich an dieser internationalen Initiative. Dies ist einer der größten politischen Lobbyerfolge bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung in den vergangenen Jahren. Aber die G20-Beschlüsse werden bisher noch zu halbherzig umgesetzt, einige Punkte sind sogar durch Ausnahmeregelungen verwässert worden.

Gemeinsam mit dem Netzwerk Steuergerechtigkeit fordert Brot für die Welt daher ein noch entschiedeneres Vorgehen gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung, Kapitalflucht und Korruption. Darüber hinaus muss es eine weltweite Mindeststeuer für internationale Wirtschaftsakteure geben, damit der ruinöse Steuersenkungswettbewerb beendet wird. Denn auch hierdurch entgehen den Staaten immense Steuereinnahmen, gerade auch in Entwicklungsländern. Im Juni 2019 haben die G20-Finanzminister endlich begonnen, über die Einführung einer globalen Mindeststeuer zu verhandeln, damit auch Digitalkonzerne wie Amazon, Google und Facebook mehr Steuern zahlen. 2020 soll eine Gesamtlösung gegen Steuerschlupflöcher beschlossen werden.

Neue Schuldenkrisen verhindern

Sind die Staatseinnahmen zu gering und ist die wirtschaftliche Leistung zu schwach, um Ausgaben und Zahlungsverpflichtungen von Krediten zu erfüllen, entsteht eine Staatsschuldenkrise. Seit der Finanzkrise von 2008 ist die weltweite Verschuldung mittlerweile auf Rekordniveau geklettert. Schon 40 Prozent der Länder mit niedrigem Einkommen kämpfen mit Schuldenproblemen.

Zwar haben die G20-Finanzminister Leitlinien für nachhaltige Kreditaufnahmen beschlossen, aber diese sind nur freiwillig. Außerdem gibt es kein internationales Schiedsgerichtsverfahren, das Entschuldungen und Umschuldungen fair gestalten könnte. Das bedeutet, dass



Durch Steuerflucht entgehen den Staaten Mittel für Sozialausgaben.

für den Schuldendienst auch Sozialprogramme gekürzt werden, was besonders in den Ländern des Globalen Südens dramatische Konsequenzen haben kann.

Das African Forum and Network on Debt and Development, kurz Afrodad, hat daher eine „African Borrowing Charter“ entwickelt mit dem Ziel, die öffentliche Überschuldung von Staaten nachhaltig zu lösen und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu sichern. In dieser für Afrika bedrohlichen Lage ist es immerhin ein großer Erfolg der zivilgesellschaftlichen Lobbyarbeit, dass Fanwell Bokosi, Exekutivdirektor von Afrodad, vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Frühjahrstagung 2019 des IWF und der Weltbank nach Washington eingeladen wurde. Er sprach dort als Hauptredner eines Panels zum Thema Schuldentilgung und konnte seine Forderungen zu Gehör bringen.

Gemeinsam mit dem deutschen Entschuldungsbündnis Erlassjahr und den regionalen Partnerorganisationen Afrodad, Eurodad und Latindadd fordert Brot für die Welt verbindliche Prinzipien für eine verantwortliche Kreditvergabe und Kreditaufnahme sowie ein internationales Schiedsgerichtsverfahren zur Lösung von Staatsschuldenkrisen. Das Finanzsystem muss wieder den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Soziale Ungleichheit trägt direkt dazu bei, dass Menschen in einem Teufelskreis der Armut und Ausgrenzung gefangen bleiben. Im Fall von Kindern wird die daraus entstehende Ungerechtigkeit besonders deutlich. Eine gute Sozialpolitik kann sicherstellen, dass niedriges Einkommen nicht automatisch zu einer geringen Lebenserwartung, schlechter Ernährung und Gesundheit, mangelnder Bildung – und damit zu Chancenlosigkeit führt.

Von Nicola Wiebe

Nach Amartya Sen, indischer Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph, ist Befähigungsgerechtigkeit erreicht, wenn alle Menschen dieselben Chancen haben, selbstbestimmt zu handeln und ihr Leben nach einem eigenem Entwurf, nach eigenen Interessen, Fähigkeiten und Bedürfnissen zu gestalten (Sen 2009). Gerechtigkeit bedeutet nicht Gleichheit, denn Gesellschaften sind durch das Zusammenleben von Menschen geprägt, die eine große Diversität an Einstellungen und Lebensentwürfen einbringen, und die auch unterschiedliche Bedarfe und Bedürfnisse haben. Vielfalt macht den menschlichen

Reichtum einer Gesellschaft aus. Zentrales Anliegen von Sen für die Welt ist es, dass bei aller Verschiedenheit gleiche Rechte und gleichberechtigte Teilhabe, gleichwertige Lebens- und Verwirklichungschancen gewährleistet sind. Im Ansatz von Sen geht es um ein Leben, für das sich Menschen frei und aus guten Gründen entscheiden können, und das die Grundlagen der Selbstachtung und Menschenwürde nicht in Frage stellt.

Beim Blick auf die soziale Ungleichheit, die wir heute global und innerhalb vieler Länder erleben, stellt sich die Frage nach Gerechtigkeit vehement. Ungleichheit ist nicht Ergebnis einer freiwilligen Wahl, hat gravierende, negative Auswirkungen auf die Lebens- und die Verwirklichungschancen von Menschen und verletzt die Menschenwürde. So liegt beispielsweise die durchschnittliche Lebenserwartung in Japan um 35 Jahre höher als im Tschad (UN Population Division 2018). Innerhalb der USA variiert sie um mehr als 20 Jahre zwischen den ökonomisch gut gestellten Verwaltungsbezirken in Colorado und den armen Verwaltungsbezirken in Nord- und Süd-Dakota, in denen eine überwiegend indigene Bevölkerung zu Hause ist (The Guardian 2017).



Sozialpolitik kann bei entsprechender Ausgestaltung sicherstellen, dass niedriges Einkommen nicht automatisch zu mangelnder Bildung und damit verbundener Chancenlosigkeit führt.

Je größer die Kluft zwischen den Gruppen, desto geringer die soziale Mobilität

Große ökonomische Ungleichheit hat regelmäßig Exklusion zur Folge. Sie schließt Menschen vom Zugang zu bestimmten gesellschaftlichen Ressourcen de facto aus, beispielsweise von guter Bildung, bestimmten Segmenten des Arbeitsmarkts oder relevanten Beziehungsnetzwerken. Je größer die Kluft zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und ihren Lebenswelten ist, desto geringer wird die soziale Mobilität und damit die Chance, das eigene Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen und zu gestalten. Ungleichheit trägt direkt dazu bei, dass Menschen in einem Teufelskreis der Armut, Ausgrenzung und Chancenlosigkeit gefangen bleiben. Im Fall von Kindern wird das besonders deutlich. Können Kinder aus armen Familien in ihren ersten Lebensjahren nicht ausreichend und gesund ernährt werden, fehlt es ihnen an Wasser, Hygiene und guter Gesundheitsversorgung, können sie ihre Potentiale, ihre Interessen und Neigungen nicht entwickeln. Sie haben entsprechend schlechte Startbedingungen, später geringe Chancen und wenig Verhandlungsmacht – sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch im politischen Raum, um dort für bessere Lebensbedingungen und Chancengleichheit zu kämpfen.

Exklusion und Benachteiligung entstehen dabei nicht nur durch das Verhalten anderer Menschen, sondern sie können institutionalisiert sein. Gesetze und Politik oder auch diskriminierende gesellschaftliche Normen und Traditionen können Macht und Privilegien stützen und festigen. Ein Beispiel unter unzähligen anderen ist, wenn Mädchen der Zugang zu weiterführender Bildung verwehrt wird oder wenn Menschen, die ein Asylverfahren durchlaufen, weniger Sozialleistungen erhalten und vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben.

Sozialpolitik kann bei entsprechender Ausgestaltung sicherstellen, dass niedriges Einkommen nicht automatisch zu einer geringen Lebenserwartung, einer schlechten Ernährung und Gesundheit, mangelnder Bildung und damit verbundener Chancenlosigkeit führt. Dass verschiedene Länder hier so unterschiedlich erfolgreich sind, zeigt, dass es nicht einfach ist, Gerechtigkeit herzustellen. Erste Voraussetzung ist der politische Wille, eine gemeinwohlorientierte Politik umzusetzen.

Brot für die Welt arbeitet deshalb mit Partnern in verschiedenen Ländern zusammen, die sich für gleichwertige Zugänge zu qualitativ guten sozialen Diensten wie Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit einsetzen.

Die Africa Platform for Social Protection beispielsweise begleitet staatliche Programme der sozialen Sicherheit kritisch. Sie verfolgt, ob auch die besonders benachteiligten alten Menschen in abgelegenen Gebieten ihre Sozialrente erhalten und sinnvoll nutzen können. Ihre Erkenntnisse bringt sie dann in den politischen Dialog mit lokalen Behörden oder Ministerien ein.

Auch international setzt sich Brot für die Welt gemeinsam mit seinen Partnern für universelle soziale Sicherheit als ein Schlüsselement für Gerechtigkeit ein, denn die Sorge um das tägliche Überleben ist weltweit noch immer sehr präsent. Im Jahr 2018 litten 822 Millionen Menschen an chronischer Unterernährung (FAO 2019). Das wäre heute vermeidbar, denn es ist genug da, um alle satt zu machen: Mit zwei bis drei Prozent des Weltsozialprodukts könnte eine Grundsicherung für alle Menschen ermöglicht werden (ILO 2017). Notlagen und Mangelsituationen, die parallel zu extremem Überfluss weiter bestehen, verletzen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Sie bedeuten für Notleidende eine fundamentale Verletzung ihrer menschlichen Würde und beeinträchtigen nicht selten ihre Selbstachtung.

Noch weniger ist die Freiheit gewährleistet, selbst entscheiden und gestalten zu dürfen. Brot für die Welt unterstützt deshalb zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen, die dafür kämpfen, Ungleichheit auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene zu reduzieren. Dazu gehört das Engagement für Gendergerechtigkeit, gegen Rassismus und gegen Diskriminierungen, Unterdrückung und Ausbeutung und Exklusion jeder Art. Ausgangspunkt ist die (Selbst-)Ermächtigung benachteiligter und ausgeschlossener Menschen, die Stärkung ihres Selbstbewusstseins, ihrer Selbstorganisation, Vernetzung und Interessensvertretung in Familie und Gesellschaft, im Wirtschaftsleben und im politischen Raum.

Städtewachstum und Gerechtigkeit

In der Hoffnung auf ein besseres Leben wandern immer mehr Menschen vom Land in die Städte und liefern sich dort prekären Arbeitsverhältnissen und menschenunwürdigen Wohnbedingungen aus. Von der Teilhabe an Bildung, Gesundheitswesen und kulturellen Angeboten sind sie weitgehend ausgeschlossen. Urbane Räume bieten große Potentiale, sich persönlich, ökonomisch, sozial und kulturell zu entwickeln. Die Möglichkeiten, diese Chancen auch zu nutzen, sind jedoch ungerecht verteilt.

Von Ingrid Jacobsen

Das 21. Jahrhundert wird häufig als das Jahrhundert der Städte bezeichnet. Bereits heute lebt mehr als die Hälfte der Menschheit in urbanen Räumen, Schätzungen gehen davon aus, dass es im Jahre 2050 etwa zwei Drittel sein werden. In Zahlen ausgedrückt heißt das, dass die Zahl der Menschen in den Städten in den nächsten 30 Jahren weltweit von heute etwa vier Milliarden auf sechseinhalb Milliarden steigen wird. Dabei sind die Zuwachsraten in Asien und in Afrika besonders hoch. Ein großer Teil des Anstiegs ist dem natürlichen Bevölkerungswachstum geschuldet: Die Stadtbevölkerung ist jung, hier werden



In den Städten des Globalen Südens liegen reiche Villenviertel und verslumte Wohnviertel oft direkt nebeneinander.

besonders viele Kinder geboren. Jedoch trägt auch die Zuwanderung aus ländlichen Gebieten und aus Konflikt- und Krisenregionen stark zum Wachstum der Städte bei.

Schwierige Lebensbedingungen auf dem Land treiben die Menschen in die Stadt

Häufig sind es die schwierigen Lebensbedingungen auf dem Lande, die Menschen in die Stadt treiben. Der Klimawandel und eine zunehmend ungleiche Landverteilung entziehen den Menschen die Lebensgrundlagen auf dem Land. Auch die Aussicht auf lukrativere Beschäftigungsmöglichkeiten, eine bessere Gesundheitsversorgung und vielfältige Bildungsmöglichkeiten sowie nicht zuletzt auf weniger soziale Kontrolle und mehr kulturelle Angebote veranlassen insbesondere junge Menschen, ländliche Regionen zu verlassen. Städte werden dabei vor allem als Orte großer Chancen und Möglichkeiten wahrgenommen, neue Lebensperspektiven zu realisieren. Tatsächlich bieten städtische Räume große Potentiale, sich persönlich, ökonomisch, sozial und kulturell weiter zu entwickeln. Die Möglichkeiten, diese auch zu nutzen, sind jedoch ungerecht verteilt.

Aufgrund der vielen Menschen mit unterschiedlichsten Interessen und Hoffnungen, die in der Stadt aufeinandertreffen, sind städtische Räume und Möglichkeiten hart umkämpft. Dabei haben angestammte Stadtbewohnerinnen und -bewohner und Menschen aus verarmten Wohnvierteln oder diejenigen, die sich aus unterschiedlichsten Gründen neu in städtischen Gebieten niederlassen, ungleiche Ausgangspositionen – in Bezug auf ihre ökonomischen Grundlagen, ihren Bildungsstand und ihre sozialen Netzwerke.

Menschenwürdiger Wohnraum in der Stadt ist Mangelware

Ein besonderer Engpass, um die Chancen einer Stadt wahrzunehmen, ist der Zugang zu adäquatem und rechtlich abgesicherten Wohnraum. Dieser steht nicht nur für eine Unterkunft, die Schutz vor Kälte, Regen und Kriminalität bietet. Er ist in vielen Fällen auch die Voraussetzung, eine staatlich anerkannte Meldeadresse zu bekommen, die wiederum nötig ist, um an dem formalen Arbeitsmarkt oder an den sozialen Sicherungssystemen teilzuhaben. Auch die Möglichkeit, ein Bankkonto zu eröffnen, wählen zu gehen, sich gesellschaftlich zu engagieren oder die Kinder regelmäßig zur Schule zu schicken, ist in den meisten Fällen an einen rechtlich abgesicherten Zugang zu einer Unterkunft gebunden.

Zuwanderung und natürliches Bevölkerungswachstum erhöhen den Druck auf den verfügbaren Wohnraum – nicht nur in den großen Städten der Industrieländer. Ein Drittel der Menschen, die in Schwellen- oder Entwicklungsländern leben, hat keinen Zugang zu adäquatem Wohnraum; in Afrika macht dieser Anteil sogar zwei Drittel aus. In den Städten des Globalen Südens führt das dazu, dass bereits bestehende verarmte Wohnviertel überfüllt sind und verslumen. Die Menschen werden weiter getrieben in informelle Siedlungen und leben dort häufig unter den unwürdigsten Lebensbedingungen. Meistens fehlt es an ausreichenden technischen Infrastrukturen wie Wasser- und Abwassersystemen, Müllabfuhr und Stromleitungen. Auch die Verkehrsinfrastruktur wie zum Beispiel der öffentliche Nahverkehr sowie die Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen bleiben häufig weit hinter den erforderlichen Mindeststandards zurück. Es fehlt an angemessener Stadtplanung, oder die Verantwortlichen setzen die Prioritäten auf Wohnviertel, in denen politisch einflussreiche Bevölkerungsgruppen leben.

Hohe Lebenshaltungskosten in der Stadt schaffen Abhängigkeit

In den Städten des Globalen Südens schlägt sich diese Ungleichheit im Zugang zu adäquatem Wohnraum auch im Stadtbild nieder. In den Städten können reiche Villenviertel und verslumte Wohnviertel nebeneinander bestehen, informelle Siedlungen liegen häufig an Stadträndern oder sogar weit außerhalb der Stadt. Bewohnerinnen und Bewohner aus ärmlichen Wohnverhältnissen und diejenigen aus den reichen Villenvierteln stehen dabei in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zueinander. Aufgrund der hohen Kosten für Unterkunft, Transport und Nahrungsmittel, die ein Leben in der Stadt mit sich bringt, sind die Bewohner verarmter Wohngebiete oder informeller Siedlungen meist gezwungen, jede Möglichkeit wahrzunehmen, Geld zu verdienen. Sie lassen sich häufig auf prekäre und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse ein. Die Sicherheit am Arbeitsplatz ist oft mangelhaft, die Konditionen in der Bauindustrie, in Schiffswerften oder in Manufakturen für Billigprodukte sind mehr als bedenklich, beispielsweise in der Textilindustrie für den Export. Insbesondere Frauen arbeiten zu ungünstigen Bedingungen als Näherinnen, als Haushälterinnen oder Kindermädchen in rechtlich abgesicherten und wohlsituierten Familien, um sich und ihre Angehörigen über Wasser zu halten. Das niedrige Lohnniveau

ermöglicht städtischen Unternehmerinnen und Unternehmern hohe Renditen und entlastet sie gleichzeitig von zeitintensiven reproduktiven Tätigkeiten. Es schafft damit die Grundlage für einen teilweise luxuriösen Lebensstil der städtischen Oberschichten.

Hunger und Fehlernährung sind auch in den Städten weit verbreitet

Ein rasantes und ordnungspolitisch weitgehend ungesteuertes Städtewachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern führt zu teilweise eklatanten Ungerechtigkeiten. Ein Großteil der Bevölkerung kann die Möglichkeiten, die städtische Räume bieten, nicht nutzen. Die guten Bildungsangebote, die eine spätere, gut bezahlte und erfüllende Beschäftigung ermöglichen, stehen nur den Menschen offen, die sich diese Angebote auch leisten können – das gilt auch für die meist privaten und modern ausgestatteten Gesundheitseinrichtungen und nicht zuletzt für eine reichhaltige und gesunde Ernährung. Die Menschen, die zu den Armutgruppen gehören, bleiben hier außen vor, Hunger und Fehlernährung sind auch in städtischen Räumen ein weit verbreitetes Phänomen.

Brot für die Welt unterstützt eine Vielzahl von Partnerorganisationen in ländlichen Gebieten dabei, die Anpassung der ländlichen Regionen an den Klimawandel zu fördern und die Lebensbedingungen insbesondere der jungen Menschen auf dem Land zu verbessern. Auf diese Weise können diese davor bewahrt werden, aus Mangel an Perspektiven im ländlichen Raum in die Städte abzuwandern und sich dort den oben beschriebenen Bedingungen ausliefern zu müssen.

Zudem unterstützt Brot für die Welt auch Projekte in städtischen Räumen, die dazu beitragen, dort die Lebenssituation von benachteiligten Menschen zu verbessern. So wirkt beispielsweise die langjährige Partnerorganisation von Brot für die Welt Development Action Group (DAG) auf die Stadtverwaltung in Kapstadt in Südafrika ein, den Bewohnerinnen und Bewohnern informeller Siedlungen und überbelegter Armutsviertel einen rechtlichen Status zu verleihen und soziale Wohnungsbauprojekte zu realisieren. Über die Absicherung ihrer Wohnverhältnisse sollen die Menschen dort in die Lage versetzt werden, ihre Lebensbedingungen aktiv zu verbessern.

Tourismus und Gerechtigkeit

Der Tourismussektor bietet mehr als 250 Millionen Jobs weltweit, ist wichtigste Devisenquelle für jedes dritte Land des Globalen Südens und scheint unbegrenzt wachsen zu können. Kein Wunder, dass er als Schlüsselsektor gilt, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen und in der Agenda 2030 sogar viermal genannt wird. Eine verantwortungsvolle Tourismuspolitik achtet auf die Qualität der Arbeitsplätze, hat Wasser und Klima sowie die Lebensqualität der Menschen vor Ort im Blick.

Von Antje Monshausen

Die positiven ökonomischen Effekte des Tourismus sind schnell benannt: Tourismus schafft Jobs, Einkommen und Devisen. Der internationale Tourismus trägt zu etwa neun Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes bei. Die Einnahmen des grenzüberschreitenden Tourismus belaufen sich jährlich auf über 1.000 Milliarden US-Dollar. Vor allem in und zwischen Schwellenländern wächst der Tourismus überdurchschnittlich schnell.

Um zu beurteilen, inwiefern die Einnahmen aus dem Tourismus den Menschen vor Ort zugutekommen, muss man genauer hinschauen. Viele Länder des Globalen Südens importieren Konsumgüter für Reisende, so dass ein erheblicher Teil der Einnahmen das Land wieder verlässt. Es ist deswegen kein Wunder, dass Entwicklungs- und Schwellenländer an einem internationalen Gast im Schnitt weniger verdienen als entwickelte Länder.

Die Arbeit im Tourismussektor konzentriert sich stark auf bestimmte Zeiten und Orte. Aufsteigen können meist nur diejenigen, die eine Fremdsprache sprechen und eine Ausbildung oder einen Universitätsabschluss haben. So trägt der Tourismus zwar absolut zu mehr Einkommen bei vielen bei. Gleichzeitig aber kann er die sozioökonomischen Unterschiede in der Gesellschaft vergrößern und damit strukturellen Ursachen von Verarmung Vorschub zu leisten. Statistisch lässt sich nachweisen, dass in den Ländern des Globalen Südens, in denen der Tourismus wächst, langfristig auch die Schere bei den Einkommen weiter auseinandergeht.

Global gesehen befinden sich viele Länder in einem harten ökonomischen Wettbewerb um Hotelketten, Reiseveranstalter und Gäste. Sie werben mit günstigen Investitionsbedingungen, also mit niedrigen Steuern und geringen Umwelt- und Sozialauflagen. Landraub ist gerade in diesen Gebieten kein Einzelfall, sondern ein systematisches Risiko bei der Entwicklung von Tourismus.

Die Steuerbegünstigungen und -befreiungen verhindern darüber hinaus, dass Einnahmen generiert werden, die in den Gesellschaften verteilt werden können und die Menschen erreichen, die nicht direkt vom Tourismus profitieren.

Umwelt und Tourismus – weniger ist mehr!

Die Ökobilanz des Tourismus ist differenziert zu betrachten. Auf lokaler Ebene hängt es sehr von den Investoren und den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern ab, ob Ökosysteme geschützt oder zerstört werden, wenn sie für den Tourismus genutzt werden.

Unbestritten sind die Auswirkungen des Flugverkehrs, dessen Emissionen in hohen atmosphärischen Schichten besonders schädlich für das Klima sind. Der Flugverkehr wächst jährlich um gut fünf Prozent, in einigen Schwellenländern sogar im zweistelligen Bereich. Obwohl weniger als zehn Prozent der Weltbevölkerung jemals geflogen sind, werden mittlerweile jedes Jahr 3,3 Milliarden Flugtickets verkauft, und der Flugverkehr trägt erheblich zum menschengemachten Klimawandel bei.

Das klimaverträgliche Jahresbudget jedes Menschen ist bereits fast zur Hälfte durch einen Hin- und Rückflug von Mitteleuropa nach Tunesien ausgeschöpft – ganz zu schweigen von einem Flug in die Karibik, der etwa zweieinhalb Mal so viele Treibhausgase verursacht als pro Person verträglich sind.

In allen Ländern sind es vor allem die Mitglieder der wachsenden Mittel- und Oberschicht, die Flugreisen unternehmen. Die Folgen des Klimawandels treffen aber besonders ärmere Menschen in Ländern des Globalen Südens, weil sie oft in starkem Maße von der Landwirtschaft abhängen und finanziell keine Möglichkeiten haben, Ernteausfälle und steigende Preise zu kompensieren.

Es ist deshalb eine Frage der globalen Gerechtigkeit, Tourismus klimafreundlich zu gestalten. Gerade im Kurz- und Mittelstreckenbereich könnten Flüge drastisch reduziert oder sogar vermieden, und im Urlaub könnten vor Ort öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden.

Im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen hat der Tourismus eine besondere soziokulturelle Dimension: In keiner anderen Wirtschaftsbranche kommt der Kunde zum „Produktionsort“ und hat die Chance, die Menschen zu treffen, die für „sein“ Produkt verantwortlich sind – seien es die Mitarbeitenden im Hotel, die Reiseführerin oder der Reiseführer – oder einfach auch die Menschen, die im Urlaubsort leben.



Gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern bleiben viele Kreuzfahrtschiffe lieber an Bord. Hohe Investitionskosten für die großen Häfen und immense Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen stehen hier verschwindend geringen Einnahmen aus dem Tourismus gegenüber.

Wenn es gelingt, Angebote zu schaffen, die Begegnung zwischen Touristinnen und Touristen und Einheimischen auf Augenhöhe erlauben, kann Tourismus zum globalen Verständnis und Austausch beitragen sowie die gegenseitige Wertschätzung erhöhen. Gelingt dies nicht, droht die Zerstörung der traditionellen Lebens- und Kulturformen im Urlaubsland.

Es geht auch anders – gemeinsam für einen gerechten Tourismus

Der Tourismus gilt als Schlüsselsektor, um die SDGs zu erreichen. Hier sind alle Akteurinnen und Akteure gefragt: politische Entscheidungsträgerinnen und -träger, Unternehmen und die Reisenden selbst. Eine verantwortungsvolle Tourismuspolitik zählt nicht (allein) die Menge der Touristen, sie achtet auf die Qualität der Arbeitsplätze im Tourismus, sorgt dafür, dass der Wasser- und Klimafußabdruck kleiner werden und die Lebensqualität der Menschen vor Ort erhalten oder sogar verbessert werden kann.

Es gibt schon heute erste Unternehmen, die eine Vorreiterrolle einnehmen. Sie führen Menschenrechtsstrategien ein und arbeiten zum Beispiel nicht mehr mit Hotels zusammen, die keine Maßnahmen zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung ergreifen und garantieren. Leider lassen bisher nur die wenigsten Reiseveranstalter ihr Nachhaltigkeitsmanagement unabhängig evaluieren und mit einem glaubwürdigen Nachhaltigkeitszertifikat auszeichnen.

Zu guter Letzt haben es auch die Reisenden selbst in der Hand, ob und wie sich ihre nächste Reise auf die Gerechtigkeit vor Ort auswirkt. Wer seltener verreist, dafür aber länger vor Ort bleibt, verbessert seine Klimabilanz und erhöht gleichzeitig die Wertschöpfung vor Ort. Gerechtigkeit im Tourismus bedeutet letztendlich auch, dass nicht Reisende allein im Mittelpunkt stehen, sondern auch die Gastgeber.

Passport-Ranking

Die Arbeitsstelle Tourism Watch bei Brot für die Welt beschäftigt sich mit der Frage, wie Tourismus vor Ort gerecht gestaltet werden kann. Dabei werden Dimensionen der Chancen-, der Bedürfnis-, Verteilungs- und Beteiligungsgerechtigkeit in den Blick genommen. Aber auch der Zugang zum Reisen ist eine relevante Dimension von Gerechtigkeit. Er ist global sehr unterschiedlich verteilt. Reisen ist bis heute das Privileg einer kleinen Minderheit, die über die wirtschaftlichen und zeitlichen Ressourcen verfügt, Urlaub zu nehmen und reisen zu können. Sie gehört überwiegend der Mittel- und Oberschicht an und ist gerade in Entwicklungsländern sehr klein. Zum anderen spielen aber auch der Reisepass und Vereinbarungen zwischen den Staaten zur Visumsfreiheit eine Rolle. Der „Wert“ des Reisepasses entscheidet nicht nur darüber, ob jemand die globale Urlaubswelt offen steht, sondern auch über die Chance, in einem anderen Land zu studieren oder einen lebenswichtigen medizinischen Eingriff vornehmen zu lassen.

Platz 1: Japan, Singapur:

189 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 2: Deutschland, Südkorea, Finnland:

187 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 3: Dänemark, Italien, Luxemburg:

186 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 4: Frankreich, Spanien, Schweden:

185 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 5: Österreich, Schweiz, Portugal u.a.:

184 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 6: Belgien, Kanada, USA u.a.:

183 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 7: Malta:

182 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 8: Tschechien:

181 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 9: Australien, Neuseeland, Litauen u.a.:

180 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 10: Slowenien, Slowakei, Lettland:

179 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 100: Kosovo:

41 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 101: Bangladesch, Eritrea, Iran, Nordkorea u.a.:

39 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 102: Nepal:

38 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 103: Libyen, Sudan, Palästina:

37 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 104: Jemen:

35 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 105: Somalia:

34 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 106: Pakistan:

30 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 107: Syrien:

29 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 108: Irak:

28 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Platz 109: Afghanistan:

25 Länder, die ohne Visum bereist werden können

Quelle: Henley Passport Index, Stand 3. Quartal 2019

(wird regelmäßig aktualisiert:

www.henleypassportindex.com)

Unternehmen und Gerechtigkeit

Transnationale Konzerne stellen die Aussicht auf schnellen Profit häufig über den Schutz der Menschen und der Umwelt. Bisher können sie für Schäden kaum haftbar gemacht werden. Komplexe Konzerngeflechte und schwer überschaubare Verhältnisse in der Lieferkette helfen ihnen dabei – aber auch eklatante Rechtslücken. Während sie über diverse Schutzabkommen abgesichert sind, haben Betroffene keine vergleichbaren Rechte. Das ist ungerecht.

Von Maren Leifker

Deutsche Unternehmen sind Globalisierungsgewinner: Eine Studie der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers kam 2018 zu dem Ergebnis, dass die Dax-Konzerne 80 Prozent ihres Umsatzes im Ausland erwirtschaften (PricewaterhouseCoopers 2019). Die deutsche Exportstärke bei Autos, Maschinen und chemischen Erzeugnissen wäre nicht denkbar ohne den weltweiten Zugang zu Metall-, Energie- und Agrarrohstoffen und die Möglichkeit, in Billiglohnländern zu produzieren. Die Verlagerung von Produktion in Entwicklungs- und Schwellenländer oder die Beschaffung von Rohstoffen aus diesen Ländern kann dort für wirtschaftlichen Aufschwung sorgen; sie kann aber auch Menschenrechte verletzen und Umwelt zerstören.

Die Liste von Beispielen mit Bezug zu deutschen Unternehmen ist lang. Der jüngste Fall ereignete sich Anfang 2019: Am 25. Januar brach im brasilianischen Brumadinho der Damm des Rückhaltebeckens einer Eisenerzmine des Bergbaukonzerns Vale. Eine Lawine aus giftigem Schlamm rollte über benachbarte Siedlungen hinweg und begrub mehr als 300 Menschen unter sich, 186 wurden tot geborgen. Mitarbeiter des TÜV Süd hatten wenige Wochen zuvor trotz Bedenken bescheinigt, dass der Damm sicher sei – anscheinend wollten sie künftige Geschäfte mit Vale nicht gefährden. Auch der deutsche Stahlkonzern Thyssen-Krupp bezieht weiter Erz von Vale, obwohl schon 2015 durch den fahrlässig herbeigeführten Dammbbruch einer anderen Vale-Mine bekannt geworden war, dass der Konzern die Sicherheit seiner Anlagen nicht besonders ernst nimmt. In Brumadinho wurden die Aktivitäten in der Mine im Dezember 2018 sogar noch ausgeweitet und alle Risiken ignoriert. Wenige Wochen später brach der Damm.

Die Aussicht auf schnelle Profite wird in globalen Lieferketten häufig über den Schutz der Menschenrechte von Arbeiterinnen und Arbeitern oder Anwohnerinnen

und Anwohnern gestellt. Das ist möglich, weil transnationale Konzerne für Schäden kaum zur Verantwortung gezogen werden können. Komplexe Konzerngeflechte und schwer überschaubare Lieferantenverhältnisse helfen dabei, aber auch eklatante Rechtslücken: Unternehmen sind bei transnationalen Geschäften durch Instrumente der Außenwirtschaftsförderung und internationale Handels- und Investitionsschutzabkommen abgesichert – Betroffene haben keine vergleichbaren Rechte.

Die UN-Leitprinzipien sind unverbindlich und können nicht eingeklagt werden

Zwar gibt es seit 2011 die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Sie stellen klar, dass Staaten Maßnahmen zum Schutz vor wirtschaftsbezogenen Verletzungen der Menschenrechte ergreifen, und dass Unternehmen Menschenrechte achten müssen. Die Leitprinzipien sind jedoch unverbindlich und können vor Gericht nicht eingeklagt werden. Für Betroffene ist es daher nach wie vor quasi unmöglich, eine Entschädigung zu erhalten. Das hat kürzlich erst wieder der Kik-Fall gezeigt: Bei dem Brand einer pakistanischen Textilfabrik kamen mehr als 250 Menschen ums Leben. Der deutsche Textildiscounter Kik hatte dieser Fabrik 70 Prozent der Produktion abgenommen. Das Landgericht Dortmund aber wies die Klage von vier Betroffenen gegen Kik im Januar 2019 wegen Verjährung zurück. Da es in Deutschland keine vorrangig zu berücksichtigenden Bestimmungen gibt, die klarstellen, dass Unternehmen auch bei Auslandsgeschäften die Menschenrechte achten müssen und im Schadensfall haften, musste das Gericht pakistanisches Recht anwenden. Und dieses hat sehr kurze Verjährungsfristen, die bei solchen transnationalen Klagen nicht angemessenen sind.

Die Schiefelage im Rechtsschutz ist das Ergebnis einer neoliberalen Globalisierung, die bislang einseitig das Interesse westlicher Staaten und transnationaler Konzerne bedient hat. Wie zur Kolonialzeit können sie enorme Gewinne mit Rohstoffen und Produkten aus Ländern des Globalen Südens machen, ohne für Schäden bei der Produktion und beim Abbau geradestehen zu müssen. Diese Ungerechtigkeit kann nicht länger toleriert werden. Es braucht endlich verbindliche Regeln, die Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, zu denen sie durch ihre Geschäftstätigkeit beitragen, verantwortlich und haftbar machen können – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Welthandel und Gerechtigkeit

Der Welthandel ist auch mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO nicht fairer geworden. Im Gegenteil. Die Intensivlandwirtschaft der Europäischen Union ist so profitabel, dass sie die Weltmärkte bedienen kann - zu Lasten von Tier und Umwelt. Arme Länder müssen mit tropischen Produkten oder arbeitsintensiven Waren wie Textilien handeln, die zu Hungerlöhnen produziert werden. Käme die WTO unter das Dach der Vereinten Nationen, müssten die internationalen Handelsregeln allen Anforderungen an Nachhaltigkeit standhalten – zugunsten von Klima, Umwelt und Menschenrechten.

Von Francisco Mari

Die weltweiten Handelsbeziehungen zwischen Staaten sind in den vergangenen Jahren wieder zum Spielball internationaler Politik geworden. Dabei glaubte man, mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO im Jahr 1995 endlich einen Rahmen geschaffen zu haben, um Staaten zu gemeinsamen Regeln und Prinzipien im Welthandel bringen zu können.

Jahrhundertelange Erfahrungen haben gelehrt, dass unfaire Handelsregeln – mit Vergünstigungen für Partner und Handelschranken für Feinde – zu immer neuen Konflikten und Kriegen beigetragen haben. Nach dem Zweiten Weltkrieg einigten sich im Jahr 1948 23 Nationen in Havanna auf ein Abkommen, das Grundregeln für den Welthandel aufstellt. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) beinhaltet bis heute gültige Prinzipien, darunter die Nicht-Diskriminierungsklausel und die steuerliche Gleichstellung von ausländischen Exporteuren mit inländischen Produzenten. Das Prinzip, dass ein Außenzoll für alle Länder gleich gelten muss, ohne einzelne Länder zu bevorzugen oder zu diskriminieren, sollte endlich Schluss machen mit dem Missbrauch von Handel zum Schaden „befeindeter“ Staaten.

Besonders konfliktbehaftet im Welthandel aber blieb der Agrarsektor. Während der Kolonialzeit wurden den lokalen Gemeinschaften gewaltsam große Landflächen genommen. Nach der Unabhängigkeit mussten Korruption und Kumpanei mit Diktatoren erhalten, um Profite mit Agrargrundstoffen wie Tee, Kakao, Kaffee oder Bananen erwirtschaften zu können. Aufgrund des rasant wachsenden Bedarfes in Europa und den USA wurde der Anbau noch massiv ausgeweitet. Die Gewalt und die Vertreibungen übernahmen die lokalen Sicherheitskräfte.

Diese Landkonflikte mit lokalen Bäuerinnen und Bauern in Südamerika, Asien und Afrika begleiten die Arbeit von Brot für die Welt seit seiner Gründung vor 60 Jahren. Schon früh wurde klar, dass „faire“ Welthandelsregeln über Einfuhrzölle zwar den Welthandel vereinfachen, zunächst aber vor allem die internationalen Konzerne des Nahrungssektors profitieren würden. In vielen Ländern üben sie massiven politischen Einfluss aus. In Mittelamerika setzten Bananenkonzerne Diktatoren ein und unterdrückten gewaltsam Gewerkschafts- und Demokratiebewegungen. Bis heute muss Brot für die Welt Menschen vor Ort, die Opfer globalisierter Handelsbeziehungen werden, unterstützen.

Unter welchen Bedingungen werden die globalen Produkte hergestellt?

Die Tatsache, dass Welthandel immer auch mit konkreten Waren oder Dienstleistungen zu tun hat, ließ Brot für die Welt und viele andere, besonders auch kirchliche Gruppen, immer drängender die Frage stellen: Unter welchen Bedingungen wird diese globale Produktpalette hergestellt und wie können wir darauf Einfluss nehmen? In den 1970er Jahren formulierten die Kirchen ihr Anliegen, Dinge des täglichen Bedarfs – die immer häufiger vor allem in den Ländern des Globalen Südens produziert wurden – nicht mit Verletzungen der Menschenrechte, mit Kinderarbeit, Unterbezahlung und Gefahren für die Gesundheit erkaufen zu wollen.

Man entschied sich, für einige Waren eine alternative Lieferkette aufzubauen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollten sicher sein, dass ihr gekauftes Produkt nicht unter kriminellen Bedingungen hergestellt wurde. So entstand der Faire Handel, den Brot für die Welt bis heute unterstützt. Verbraucherinnen und Verbraucher waren und sind bereit, für faire Waren einen höheren Preis zu zahlen, damit sich die Produzentinnen und Produzenten zu menschenwürdigen Bedingungen ein ausreichendes Einkommen erarbeiten können. Der Erfolg des Fairen Handels zeigt – obwohl er nicht viel mehr ist als der berühmte Wassertropfen auf dem heißen Stein – dass es möglich ist, Waren global so herzustellen und zu handeln, dass sie den Menschen auf beiden Seiten der Lieferkette nützen.

Trotzdem mussten auch die Handelsexpertinnen und -experten in Initiativen, Kirchen und bei Brot für die Welt erkennen, dass dieser Faire Handel nicht abseits der globalen Handelsregeln stattfindet. Eine „faire“ Banane ist für das GATT-Abkommen eine Banane wie jede

andere. Zölle oder inzwischen hohe Lebensmittelstandards der EU gelten auch für sie.

Der Welthandel ist auch nach Gründung der WTO nicht fairer und gerechter geworden. Im Gegenteil. Die Intensivlandwirtschaft in der EU ist auf Kosten von Tier und Umwelt so profitabel, dass sie Weltmärkte bedienen kann, und dies aufgrund immer noch gewährter Subventionen auch besonders günstig. Länder des Globalen Südens müssen sich auf tropische Handelsprodukte konzentrieren, wenn sie etwas auf dem Weltmarkt anbieten wollen. Oder auf arbeitsintensive Waren wie Textilien, die sie zu Hungerlöhnen produzieren lassen.

Gerechte Regeln liegen auf dem Tisch der WTO, werden aber nicht mehr verhandelt

Gerechtigkeit im Welthandel kann nicht heißen, dass für alle Länder und Waren dieselben Regeln gelten. Das GATT hatte eine Sonderbehandlung für arme Länder zugelassen: Entwicklungsländer mussten zum Beispiel ihre Zölle viel später oder gar nicht absenken. Aber nach Gründung der WTO 1995 wurden diese Sonderrechte für den Handel mit Ländern des Globalen Südens nicht weiter entwickelt und konkretisiert. Im Jahr 2001 wurde daher eine sogenannte Entwicklungsrunde, die Doha-Runde, in der WTO eingeläutet, die endlich – verbindlich für alle Industriestaaten – die (Schutz-)Bedürfnisse der Ökonomien der Entwicklungsländer anerkennen sollte

Diese gerechteren Regeln zum Welthandel liegen zwar auf dem Tisch der WTO, sind aber nicht in Kraft. Schlimmer, sie werden nicht mehr verhandelt. Die Industriestaaten haben seit der WTO-Konferenz in Nairobi im Jahr 2015 das Interesse daran verloren. Sie wollen lieber über neue Abkommen für Dienstleistungen oder elektronischen Handel beraten, notfalls auch ohne Entwicklungsländer.

Längst wird die WTO auch wegen anderer Dinge kritisiert. Viele Länder weichen auf bilaterale Abkommen aus. Besonders die EU hat angefangen, bilaterale Verträge abzuschließen, die sogenannten Freihandelsabkommen (EPAs), zum Beispiel mit Afrika. Aber Abkommen zwischen vollkommen ungleichen Partnern werden immer zugunsten des Stärkeren formuliert. Seit 15 Jahren ist Brot für die Welt mit seinen Partnern erfolgreich darin, diese Abkommen zu verhindern. Leider haben sich einige Länder Afrikas auf Zwischenabkommen eingelassen, solange die Gesamtregionen nicht zustimmen. Sie mussten das tun, um ihren freien Zugang zum europäischen

Markt zu behalten. Die ärmsten Staaten in Afrika behalten diesen Zugang auch ohne EPAs.

In Deutschland hat die Debatte um das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) – und hier besonders der Versuch, Vorsorgeprinzipien und demokratische Regeln außer Kraft zu setzen – zu einer gemeinsamen Haltung von Kirchen, Gewerkschaften, NGOs, aber auch einigen politischen Parteien geführt: Sie sind sich einig, dass auch der Welthandel den Entscheidungen und Prinzipien der Vereinten Nationen folgen muss. Dazu gehören das Pariser Klimaabkommen, die Menschenrechtsabkommen, die Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsagentur (ILO), die Kinderrechtskonvention und auch die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030.

Die bisherigen bilateralen Bestrebungen zeigen überdeutlich: Das multilaterale Handelssystem unter der WTO hat ausgedient. Die Organisation muss unter das Dach der Vereinten Nationen überführt werden. Sie wird Instrumente entwickeln müssen, die alle Anforderungen an Nachhaltigkeit, gerade auch an die Ziele der Agenda 2030, erfüllen. Dann kann auch ein einzelner Staat, solange er noch Mitglied der Vereinten Nationen ist, nicht einfach aus dem multilateralen Handelssystem ausbrechen. Wenn das Streitschlichtungsprinzip der WTO integriert wird, haben die Vereinten Nationen ein starkes Sanktionsinstrument in der Hand. Kommt in den nächsten Jahren noch ein verbindliches Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte (UN-Treaty), das klare Haftungsregeln in den Lieferketten von Unternehmen vorschreibt, wären auch die Beschäftigten in den Lieferketten des globalen Handelsaustausches effektiver geschützt.

Dann könnte aus dem Fairen Handel ein wirklich gerechtes Welthandelssystem entstehen – mit mehr lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen und weniger Globalisierung. Der internationale Handel würde sich wieder auf den Austausch globaler Waren reduzieren, der unbedingt nötig ist – zugunsten von Klima, Umwelt und Menschenrechten.

Migration und Gerechtigkeit

Jeder Mensch hat das Recht, aus dem eigenen Land fortzugehen. Umgekehrt darf niemand gezwungen sein, sein Lebensumfeld wegen Krieg, Terror oder Armut zu verlassen. Das zum Beispiel bedeutet Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Migration und Flucht und genau das wird immer schwieriger. Migration und Flucht werden vor allem als Bedrohung gesehen. Anstatt sich auf globale Gerechtigkeit zu konzentrieren, setzt die europäische Migrationspolitik auf Abschottung.

Von Katherine Braun

Seit dem Sommer 2015 sprechen alle über die so genannte Flüchtlingskrise. Dass Flucht und Asyl seit Mitte der 1990er Jahre kaum Gegenstand öffentlicher Debatten waren, heißt nicht, dass es vorher keine humanitären Katastrophen oder Gewaltkonflikte gab. Die Suche nach einem besseren und sicheren Leben ist historisch und global gesehen eine Konstante in der Geschichte der Menschheit. Dass die Zahl der Asylgesuche zurückgeht, hat vor allem mit der Ausgestaltung der Europäischen Migrationspolitik zu tun: Mit der inzwischen überarbeiteten Dublin-Verordnung und der „sicheren Drittstaatenregelung“ wurden Grundpfeiler der jetzigen Abschottungspolitik aufgestellt: Menschen, die über einen sicheren Drittstaat eingereist sind, können nur noch dort Asyl beantragen, wo sie zuerst angekommen sind. Auf Grund der geographischen Lage – Deutschland ist von sicheren Drittstaaten umgeben – kann fast niemand, der auf dem Landweg kommt, legal in Deutschland einreisen, um Asyl zu beantragen.

Die meisten Geflüchteten fliehen innerhalb ihres Landes oder in Nachbarländer

Die kriegerischen Konflikte in Syrien, Afghanistan und im Irak veränderten seit 2011 das globale Fluchtgeschehen. Während zwischen 1990 und 2010 die Zahl der über die Landesgrenzen Geflüchteten von 18,5 auf 16,3 Millionen zurückging, zählte der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) für das Jahr 2019 25,9 Millionen Menschen auf der Flucht. Auch nach Europa fliehen nun mehr Menschen. Das bedeutet allerdings nicht, dass Europa zum Hauptziel globaler Migrations- und Fluchtbewegungen geworden ist. Flucht und Migration sind mit erheblichen finanziellen und sozialen Kosten verbunden. Die meisten schaffen es nicht, ihr Land zu verlassen. Gemäß UNHCR sind 2019 41,3 Millionen

Menschen innerhalb ihres Landes auf der Flucht. Für die Menschen, die die Grenzen überqueren, gilt, dass sie Schutz – wenn auch unter sehr prekären Bedingungen – vor allem in Nachbarstaaten finden. Die Länder mit den höchsten Aufnahmequoten sind die Türkei, Pakistan, Uganda, Libanon und der Iran. Vergleichsweise wenige suchen Schutz in Deutschland.

Die meisten der geflüchteten Menschen fallen nicht unter die Definition der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, welche politische Verfolgung zur Voraussetzung für Flüchtlingsschutz erklärt, und gelten daher nicht als besonders schutzbedürftig. Klimabedingte Migration, Krieg und Gewalt, Diskriminierung, Armut, schwache demokratische Strukturen, fehlende Teilhabe und Perspektivlosigkeit sind aber zentrale Ursachen, warum Menschen ihr Land verlassen mussten und müssen. Eine strikte Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten ist häufig nicht eindeutig zu treffen. Die Realität ist oft komplex. Flüchtlinge können zu Arbeitsmigrantinnen und -migranten werden, Migrantinnen und Migranten werden durch ausbrechende Bürgerkriege zu Flüchtlingen. Viele von diesen Menschen fallen in rechtliche Grauzonen, werden als illegale Migrantinnen und Migranten ausgebeutet und erpresst. Menschen, die vor Krieg fliehen, müssen horrenden Preise zahlen, um auf unsicheren Schlauchbooten das Mittelmeer zu überqueren. Einfach deshalb, weil es kaum Asyl- oder alternative, legale Migrationswege nach Europa gibt.

Zweifelhafte Regierungen bekommen Gelder, um Migration nach Europa zu verhindern

Mit dem Ziel, die Zahl der Schutzsuchenden zu reduzieren, werden seit 2014 fragwürdige Abkommen mit zweifelhaften Regierungen abgeschlossen, denen Verletzungen der Menschenrechte nachgewiesen werden können. Dazu gehören Länder wie Äthiopien, Sudan, Eritrea, Ägypten, Tunesien und Libyen. Die EU investiert dort in die Ausbildung und technische Ausrüstung von Grenzschutzbeamten, die an den europäischen Außengrenzen und auf dem Mittelmeer gegen Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge vorgehen und diese auf ihrem Territorium festhalten. Die libysche Küstenwache, der die Zusammenarbeit mit Milizen und Menschenhändlern nachgewiesen werden kann, ist nur ein Beispiel dafür, dass die Menschenrechte derjenigen, die ein besseres, sicheres Leben suchen, keine Rolle spielen.

Dass so die Fluchtbewegungen nicht zu stoppen sind, zeigen Zahlen des UNHCR: Insgesamt starben 2018



41,3 Millionen Menschen sind laut UNHCR gegenwärtig innerhalb ihres Landes auf der Flucht.

mindestens 2.275 Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Ähnlich verhält es sich mit anderen Routen wie der durch die Sahara-Wüste. Dort werden Grenzwatchen bei den Trinkwasserbrunnen an den – lange genutzten und relativ sicheren – Haupttrouten platziert, um Menschen an der Weiterreise zu hindern. Diese sehen sich dadurch gezwungen, auf wenig erschlossene Wüstengebiete auszuweichen und verdursten oft. Aller Abwehranstrengungen zum Trotz migrieren die Menschen weiter, sie nehmen nur noch gefährlichere Fluchtrouten.

Flucht und ihre Ursachen werden auf Kosten der Menschenrechte bekämpft

Die aktuelle Migrationspolitik widerspricht dem menschenrechtlichen und entwicklungspolitischen Ansatz, wie ihn die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 vorsehen. Dort wird eine menschenwürdige Behandlung von Migrantinnen und Migranten, Flüchtlingen und Binnenvertriebenen gefordert, unabhängig von ihrem Status und ihrer Herkunftsregion. Migration wird als eine wichtige Dimension menschlicher Entwicklung verstanden sowie als Ausdruck einer legitimen Anpassungsstrategie an sich verändernde Lebensbedingungen in einer globalisierten Welt, die aber alles andere als

gerecht ist. Denn: Migration ist Ausdruck von globalen Ungleichheitsstrukturen, Migration ist aber auch Ausdruck eines Strebens nach Selbstbestimmung und Freiheit, die sowohl im Herkunfts- als auch dem Transit- und Zielland Antrieb von menschlicher und ökonomischer Entwicklung sein kann.

Migration und Flucht möglichst effektiv und schnell zu verhindern, kann kein Ziel einer rechtbasierten Migrations- und Entwicklungspolitik sein. Wer Perspektiven in Ländern schaffen möchte, aus denen Menschen vor Krieg, Terror, Hunger, den Folgen des Klimawandels und vor Perspektivlosigkeit fliehen, muss auch bereit sein, die Ursachen in Europa zu suchen. Neben Entwicklungen und Entscheidungen in den Ländern selbst, ist es auch unsere Lebens- und Produktionsweise, die die Ressourcen dieser Länder verbraucht und ausbeutet und damit die Lebensgrundlagen der Menschen im Globalen Süden zerstört. Auch die globalen Wirtschafts- und Handelsstrukturen und die zahlreichen Waffenexporte in Krisenregionen konterkarieren Entwicklung. Dies zu verändern, ist eine langfristige Aufgabe. Sie ersetzt nicht unsere Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen, die nach Europa kommen.

Gerechtigkeit für Opfer – Gewaltsam Verschwundene in Mexiko

Von Gerechtigkeit sprechen wir auch im Zusammenhang mit der Aufarbeitung erlittenen Unrechts. Insbesondere Gewalt reißt tiefe Wunden in die Seelen einzelner Menschen oder ganzer Gesellschaften. Wenn die Verbrechen dahinter nicht aufgearbeitet werden, kann kein neues Vertrauen wachsen und die Spirale der Gewalt dreht sich weiter. In Staaten mit korrupten oder fragilen Justizinstitutionen bleiben Verbrechen oft straflos. Mit der Aufarbeitung von massiven Menschenrechtsverbrechen beim Übergang nach Kriegen oder Diktaturen sind Institutionen oft überfordert. Neben der juristischen Aufarbeitung ist es für die Opfer von zentraler Bedeutung, dass die Wahrheit über das Geschehene ans Licht kommt und ihr Leid Anerkennung erfährt. Umfassende Entschädigungsleistungen und der Einsatz der Verantwortlichen zur Prävention zukünftiger Straftaten sind weitere zentrale Dimensionen dafür, dass Opfern Gerechtigkeit widerfährt. Wie zermürbend die Suche nach Gerechtigkeit oft sein kann, zeigt das Beispiel der Familienangehörigen von gewaltsam Verschwundenen in Mexiko.

Von Melanie Bleil

Am 26. September 2007 rief Francisco Paredes nach der Arbeit seine Tochter Janahuy an. „Ich bin auf dem Weg nach Hause,“ sagte er. Doch er kam nie an. Zwei Tage später fand die Polizei sein Auto. Seitdem verliert sich jede Spur von ihm.

Seine Töchter Cristina und Janahuy und ihre Familien fürchteten schnell, dass Francisco zu den Opfern des Verschwindenlassens gehört. Sie vermuteten politische Motive. Schon früher saß Francisco im Gefängnis und war dort auch von der Polizei gefoltert worden. Damals wollte er mit Waffengewalt die politischen Verhältnisse in Mexiko verändern. Im Gefängnis besann er sich auf andere Strategien: Wieder in Freiheit setzte er sich mit seiner Organisation friedlich für Menschenrechte ein. Ihr Anliegen war es, die Rechte und Erinnerung an 1.300 Menschen aus den 1960er und 1970er Jahren einzufordern, die man schon damals hatte verschwinden lassen.

Janahuy sucht gemeinsam mit ihrer Schwester Cristina bis heute nach Francisco. Der Preis für ihren Einsatz sind Todesdrohungen und Repressionen; beispielsweise hat die Polizei sie willkürlich festgenommen. Im Jahr 2016 gab es einen weiteren Versuch, sie einzuschüchtern: Unbekannte drangen früh morgens in das Haus der Familie ein und drohten, dass sie ebenfalls verschwinden

würden, wenn sie weiter nach ihrem Vater suchten. Als Janahuy und ihre Geschwister daraufhin die Polizei anriefen, tauchten die Unbekannten, die sie kurz zuvor bedroht hatten, in Uniform bei ihnen auf.

Nach diesem Vorfall luden Brot für die Welt und die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko Janahuy für vier Wochen nach Deutschland ein, um sie aus der Gefahrenzone zu holen. Doch Janahuy wollte nicht im Exil bleiben und kehrte nach Mexiko zurück. Aller Drohung zum Trotz suchen sie und ihre Schwester Cristina weiter nach ihrem Vater. Sie haben sich mit anderen Familienangehörigen von Verschwundenen zusammengeschlossen und ein Kollektiv gegründet. Gemeinsam versuchen sie Verschwundene aufzuspüren, fordern Gerechtigkeit und machen öffentlich Druck auf die mexikanische Regierung.

Mittlerweile gelten nach offiziellen Statistiken mehr als 40.000 Menschen in Mexiko als verschwunden. Ihre Angehörigen wissen nicht, was mit ihnen geschehen ist oder wo sie sich aufhalten. Die Ungewissheit begleitet die Opfer des Verschwindenlassens. Viele werden krank, bekommen unter anderem Diabetes oder Depressionen. Jeden Tag haben sie die Hoffnung, ihre Angehörigen wiederzusehen, noch einmal in den Armen zu halten, sei es tot oder lebendig. Deswegen ist ihnen die Suche nach den Verschwundenen so wichtig. Nur wenn sie ihre geliebten Menschen wiederfinden, können sie beginnen, eine Zeit voller Trauer, Bangen und Hoffen zu verarbeiten – aus ihrer Sicht ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu Gerechtigkeit.

Auch die Staatsanwaltschaft konstruiert Geschichten

Die Suche nach Verschwundenen ist eigentlich die Aufgabe staatlicher Instanzen. Polizei und kriminelle Banden sind in Ländern wie Mexiko oder Zentralamerika jedoch eng miteinander verwoben und haben daher meist kein Interesse daran, einzelne Schicksale aufzuklären. In vielen Fällen sind die staatlichen Funktionäre selbst Täter oder Mitwisser. Auch die Staatsanwaltschaft konstruiert lieber Geschichten, als dass sie die Fälle aufklärt. „Sie ist sicherlich mit ihrem Liebhaber durchgebrannt“, bekommen die Familienangehörigen gesagt, wenn sie sich trauen, Anzeige zu erstatten. Ordnerweise füllen die Beamten Zettel aus, auf denen sie andere Behörden um Informationen bitten. Die Adressaten leiten die Formulare weiter, lassen sich von Vorgesetzten bescheinigen, dass sie keine Informationen haben oder nicht zuständig sind.

Mexiko ist ein sehr hierarchischer Staat mit viel Bürokratie. Solche Vorgänge können Monate dauern. Am Ende landet ein Papier in der Akte, das für die Familienangehörigen völlig wertlos ist; Seite um Seite füllen sich die Akten. So belegt der Staat, in den jeweiligen Fällen tätig zu sein. Effektiv passiert jedoch nichts. Gerechtigkeit im juristischen Sinne, also eine rechtskräftige Verurteilung und Bestrafung der Täter, gibt es in den allermeisten Fällen nicht. 98 Prozent der Verbrechen werden nicht aufgeklärt, die Täter kommen ohne Strafe davon. So gibt es auch keine Statistiken über die Motive der Täter oder darüber, wo die verschwundenen Menschen geblieben sind.

Ihre Familien können nur ahnen, was passiert sein könnte. Die Spekulationen gehen von Menschen- und Organhandel bis hin zu Zwangsrekrutierung durch Drogenkartelle. Diese Annahmen werden von einzelnen Verschwundenen, die zurückgekehrt sind, in einigen Fällen bestätigt. Rund 20 Prozent der Verschwundenen sind Frauen, ein Großteil unter 18 Jahren. Bei Männern liegt das durchschnittliche Alter zwischen 18 und 50 Jahren.

Ohne die Unterstützung des Staates bleiben die Angehörigen allein zurück. Die meisten sind wütend und enttäuscht über die Untätigkeit der Behörden, teilweise traumatisiert davon, ihre Geschichte immer wieder erzählen zu müssen. Einige schaffen es, ihre Wut auf die staatlichen Instanzen in Aktivismus zu verwandeln – so wie Janahuy und ihr Kollektiv von weiteren Familienangehörigen. Sie beginnen selbst nach Beweisen zu suchen. Denn die Angehörigen verstehen unter Gerechtigkeit auch das Recht auf Wahrheit. Sie wollen wissen, was passiert ist und vor allem warum.

Einige machen sich selbst auf die Suche, mit Schaufeln und einfachem Werkzeug

Die Frage nach dem Warum quält sie besonders dann, wenn die verschwundene Person nicht politisch aktiv war und so den Mächtigen nicht „gefährlich“ sein konnte. Es sind auch Kellner, Blumenhändler oder Schülerinnen, die verschwinden. Was ist mit ihnen passiert? Mit ihrer Suche nach Wahrheit setzen sich die Familien einem erheblichen persönlichen Risiko aus. Wenn sie Hinweise zu dem möglichen Tathergang an die Polizei weitergeben, werden sie von dieser kriminalisiert. Ihnen wird vorgeworfen, selbst in die kriminellen Machenschaften verstrickt zu sein, denn wie könnten die Familienangehörigen sonst entsprechende Informationen haben.

In ihrer Verzweiflung machen sich einige Angehörige selbst auf die Suche. Mit langen Eisenstangen, Schaufeln und einfachem Werkzeug durchsuchen sie den Boden, um jede Veränderung wahrzunehmen – eine neue Grasnarbe, umgegrabene Erde, Steine, die von einem anderen Ort kommen. Immer wieder finden die kleinen Suchtrupps menschliche Überreste, manchmal auch Massengräber. So furchtbar das ist – die Angehörigen der Opfer erlangen so immerhin Gewissheit. Auch machen sie sich damit unabhängig von der Untätigkeit der Behörden.

Gleichzeitig stellen die Überreste den mexikanischen Staat vor eine Mammutaufgabe. Knapp 2.000 solcher Massengräber hat die mexikanische Staatsanwaltschaft mittlerweile im Land registriert. Allein die Funde zu identifizieren, wird mindestens zwanzig Jahre dauern. Derzeit sind die forensischen Institute in Mexiko überlastet. Sie wissen nicht mehr, wohin mit den vielen Leichen und kommen mit der Arbeit kaum hinterher. Dennoch haben sie eine wichtige Aufgabe bei der Aufklärung der Schicksale. Im besten Fall können sie feststellen, wer der Mensch ist und wann und wie er ums Leben kam. So helfen sie bei der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit.

Wahrheit und Gerechtigkeit – diese beiden Worte finden sich auf vielen Plakaten der Angehörigen von Opfern des Verschwindenlassens. Es sind große Worte. Wie komplex es ist, den Forderungen dahinter nachzukommen, verkennen viele Menschen, die selbst nicht betroffen sind. Doch die Familienangehörigen der Opfer geben nicht auf. Die Suche nach Gerechtigkeit bestimmt ihr Leben. Ein Ausruf, der ihren Einsatz begleitet, ertönt mit voller Inbrunst immer wieder auf öffentlichen Demonstrationen: „Lebend haben sie sie uns genommen, lebend wollen wir sie wieder!“

Hunger nach Gerechtigkeit

Kernbotschaften zur 60./61. Aktion von Brot für die Welt

Seit 1959 setzt sich Brot für die Welt für die Überwindung von Hunger, Armut und Ungerechtigkeit in der Welt ein. Wir verstehen uns dabei als Teil der weltweiten Christenheit, getragen von evangelischen Kirchengemeinden in Deutschland und von der biblischen Verheißung, dass alle „das Leben haben und volle Genüge“ (Johannes 10,10). Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen und Partnerkirchen in aller Welt ist es gelungen, Millionen von Menschen darin zu unterstützen, ihre Lebensumstände aus eigener Kraft zu verbessern.

Beachtliches haben wir erreicht, dennoch bleibt viel zu tun: Jeder neunte Mensch hungert, Millionen leben in Armut, zahllose Männer, Frauen und Kinder werden verfolgt, gedemütigt oder ausgegrenzt. Kriege, Konflikte und der Klimawandel verschärfen die Not. Als Christinnen und Christen glauben wir: Die reichen Gaben der Schöpfung, fair verteilt und weltweit gleichermaßen zugänglich, ermöglichen ein würdiges und erfülltes Leben für alle. Es ist genug für alle da.

Brot für die Welt ist der Überzeugung

1 Eine Welt frei von Hunger und Armut ist möglich

Wir akzeptieren nicht, dass 822 Millionen Menschen hungern, 2,2 Milliarden ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser sind und 736 Millionen von weniger als 1,90 Dollar am Tag leben müssen. Das ist ein Skandal in einer Welt, in der der Reichtum wächst. Um Armut, Hunger und Mangelernährung bis 2030 zu beenden und Ernährung für alle zu sichern, müssen auch wir uns anders entwickeln: Denn unsere eigene Lebens- und Wirtschaftsweise ist eng mit den Lebensbedingungen von Menschen im Süden verflochten.

Wir setzen uns für einen maßvollen Lebensstil und einen Wandel in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ein. Wir fordern von Regierungen die konsequente Umsetzung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen wirken wir an diesen Zielen mit und zeigen Wege zu einer gerechten Welt.

2 Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Leben in Würde und frei von Furcht und Not, wie es die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte formuliert. Staaten sind in

der Pflicht, auch für die soziale Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Trotzdem leben mehr als 70 Prozent der Weltbevölkerung ohne angemessene soziale Absicherung. Wenn Kinder hungern, nicht zur Schule gehen und keine Gesundheitsversorgung erhalten, haben sie kaum Chancen, Ausgrenzung und Armut zu entkommen.

Wir setzen uns für die Gleichberechtigung aller Menschen ein, egal wo sie leben. Dazu gehört, dass für alle gesorgt wird – auch für die Benachteiligten. Unsere Partnerorganisationen tragen dazu bei: Sie fördern Bildung und Gesundheit, den Zugang zu Wasser, Land und Nahrung, die Gleichstellung von Mann und Frau und die Bewahrung der Schöpfung. So schaffen wir gemeinsam die Basis für ein Leben in Würde.

3 Der Schutz der Menschenrechte ist Voraussetzung für eine gerechte Welt

Alle Menschen sind gleich an Rechten geboren. Trotz verbindlicher Völkerrechtsverträge werden ihre Menschenrechte in vielen Ländern fortdauernd verletzt. Kleinbauernfamilien, Arbeiter und Stadtbewohner sind ebenso betroffen wie Landlose und Geflüchtete. Auch die wohlhabenden Länder sind dafür mitverantwortlich, wenn ihre Unternehmen unzureichende Löhne zahlen, Menschen von ihrem Land vertreiben oder das Trinkwasser mit Schadstoffen verseuchen.

Wir fordern die Politik dazu auf, die Menschenrechte weltweit zu verwirklichen und die Handels- und Wirtschaftspolitik konsequent daran auszurichten. Dazu gehört es, Menschenrechtsverletzungen zu benennen und die vielerorts unterdrückte Zivilgesellschaft zu stärken. Unternehmen müssen auch bei ihren Auslandsgeschäften zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet werden. Unsere Partnerorganisationen verteidigen – oft bei Gefahr von Leib und Leben – die Rechte der Schwachen. Gemeinsam ergreifen wir Partei für eine starke Zivilgesellschaft.

Auch nach fast 60 Jahren setzen wir uns weiter ein für eine Welt ohne Hunger, Armut und Ungerechtigkeit. Unser Hunger nach Gerechtigkeit ist noch nicht gestillt.

Quellen

Food and Agriculture Organization of the United Nations FAO (2019): The State of Food Security and Nutrition in the World. Rom.

International Labour Office ILO (2017): Universal social protection floors: Costing estimates and affordability in 57 lower income countries. Geneva.

Pogge, Thomas (2015): Armut, Menschenrechte und globale institutionelle Reformen. In: Kappes, Bernd/Klaus Seitz (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung braucht Global Governance. München.

PricewaterhouseCoopers (2019): Wachstumsmotor der Dax-Industriekonzerne ist das Auslandsgeschäft. Veröffentlicht unter: <https://www.pwc.de/de/pressemitteilungen/2018/wachstumsmotor-der-dax-industriekonzerne-ist-das-auslandsgeschaeft.html>, 1.8.19

Rat der EKD (Hrsg.) (1973): Der Entwicklungsdienst der Kirche. Gütersloh.

Rat der EKD/Deutsche Bischofskonferenz (1997): Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Hannover/Bonn.

Rat der EKD (2007): Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloh.

Rawls, John (1979): Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main.

Sen, Amartya (2009): The idea of Justice. London.

The Guardian (2017): Life expectancy gap between rich and poor US regions is ,more than 20 years. Veröffentlicht unter: <https://www.theguardian.com/inequality/2017/may/08/life-expectancy-gap-rich-poor-us-regions-more-than-20-years>, 21.12.2018

UNESCO World Water Programme (2019): Weltwasserbericht. Niemanden zurücklassen. Perugia.

United Nations Population Division (2018): World Population Prospects. Veröffentlicht unter: <https://population.un.org/wpp/Download/Standard/Population/>, 21.12.2018

United Nations (2015): Agenda 2030. New York.

United Nations (2018): Declaration on the Rights of Peasants and Other People Working in Rural Areas. New York.

United Nations Development Programme UNDP – Human Development Report Office (2018): Human Development Indicators and Indices: 2018 Statistical Update. New York.

Brot für die Welt

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Tel +49 30 65211 0
Fax +49 30 65211 3333
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de